



HESSISCHER LANDTAG

22. 07. 2019

Kleine Anfrage

Oliver Stürböck (Freie Demokraten) vom 01.03.2019

Digitalisierung der Landesverwaltung

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Der seit Beginn der Legislaturperiode mit der zentralen Steuerung und Koordinierung der Digitalisierung im Land Hessen betrauten Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung kommt bei allen Digitalisierungsprojekten eine herausgehobene Rolle zu; dies umfasst auch die Steuerung und Koordination der Mittel für die Digitalisierung, überdies einen diesbezüglichen Genehmigungsvorbehalt. Über die Funktion des bei der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung angesiedelten Chief Information Officers (CIO), Staatssekretär Patrick Burghardt, wird die IT-Gesamtstrategie des Landes im Bereich der Verwaltungsdienstleistungen entwickelt und umgesetzt. Der CIO hat den Vorsitz im CIO-Rat inne, der die Digitalisierung der Staatsverwaltung des Landes Hessen koordiniert. Weiterhin verantwortet die Ministerin die strategische Steuerung der internen IT-Dienstleister, der insbesondere im Zusammenhang mit dem Voranbringen des E-Governments in Hessen eine herausragende Bedeutung zukommt, ebenso wie der Möglichkeit, einheitliche Standards festzulegen. Zudem nimmt der CIO die Vertretung des Landes im IT-Planungsrat und den Vorsitz des E-Government-Rats, der gemäß § 15 HEGovG zum Zusammenwirken von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden in der Informationstechnik eingerichtet ist, wahr.

Unter Digitalisierung der Landesverwaltung werden Bezug nehmend auf Frage 1 im Folgenden Landesleistungen verstanden, die im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen digitalisiert angeboten werden.

Zuständig für die Koordinierung der operativen Umsetzung des OZG ist das Ministerium des Innern und für Sport. Über die Mitwirkung in der Programmsteuerung Verwaltungsdigitalisierung erfolgt eine Beteiligung der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung an der strategischen Steuerung.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, dem Minister der Finanzen, der Ministerin der Justiz, dem Kultusminister, der Ministerin für Wissenschaft und Kunst, dem Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie dem Minister für Soziales und Integration wie folgt:

- Frage 1. a) Welche Verwaltungsleistungen hat die Landesregierung zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (OZG) identifiziert?
 b) Bis wann sollen welche konkreten Verwaltungsleistungen (bitte jeweils einzeln auflisten) digitalisiert werden?

Im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) müssen die Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen ihre Verwaltungsleistungen bis zum 31. Dezember 2022 auch online anbieten. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) ist im April 2018 auf Basis des Leistungskataloges (Leika) ein auf das OZG ausgerichteter Katalog erstellt worden, der alle zu diesem Zeitpunkt bekannten Verwaltungsleistungen nebst einem Vorschlag der Priorisierung zusammenstellt, für die digitale Lösungen umgesetzt werden müssen. Insgesamt sind im hessischen OZG-Umsetzungskatalog derzeit 631 Leistungen im Vollzug der Landesverwaltung aufgeführt. Zu bemerken ist, dass dieser Katalog einer ständigen Fortentwicklung unterliegt und daher diese Angaben lediglich den derzeitigen Stand wiedergeben.

Eine Aufstellung der 631 Leistungen im Vollzug der Landesverwaltung ist als Anlage der Antwort beigelegt.

Zu Frage 1 b: Die Komplexität der Aufgabe besteht nicht nur in der hohen Quantität der durchzuführenden Digitalisierungsvorhaben, sondern vor allem auch in ihrer rechtlichen, administrativen, organisatorischen und technischen Heterogenität sowie in der großen Anzahl unterschiedlicher Beteiligter.

Hinzu kommt, dass ein Teil der Verwaltungsleistungen, die gemäß OZG umgesetzt werden sollen, in der Rechtsetzung des Bundes und im Vollzug in der Verantwortung von Ländern beziehungsweise Kommunen liegen. Die Koordinierung der OZG-Umsetzung dieser Leistungen erfolgt auf Beschluss des IT-Planungsrats durch das BMI gemeinsam mit dem Aufbaustab Föderale IT Kooperation (FITKO). Bund und Länder haben ein arbeitsteiliges Vorgehen etabliert. Länder, die ein bestimmtes Themenfeld übernommen haben, erarbeiten für die hierin enthaltenen Verwaltungsleistungen mit Unterstützung durch das zuständige Bundesressort technische und organisatorische Grundlagen, aus denen die anderen Länder digitale Lösungen entwickeln können. Die Länder setzen wiederum in eigenen OZG-Umsetzungsprojekten die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen um. Vor diesem Hintergrund ist gegenwärtig eine Angabe, für welche konkrete Verwaltungsleistung ein Onlinezugang bis zu welchem Zeitpunkt umgesetzt wird, nicht möglich. Generell gilt die Zeitvorgabe aus dem OZG, siehe Antwort zu Frage 1 a.

Frage 2. Welche Stelle ist jeweils für die Digitalisierung welcher Verwaltungsvorgänge verantwortlich und wer ist übergeordnet für das Gesamtprojekt verantwortlich?

Verantwortlich für die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen im Sinne der Vorbemerkung sind die Ressorts in Abhängigkeit zum Umsetzungsprojekt (vgl. Antwort Frage 1 b). Eine Steuerung und Koordinierung der ressort- und ebenenübergreifenden Umsetzung erfolgt in Hessen durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport in enger Abstimmung mit der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung. Die Koordinierung des Ausbaus von elektronischen Services für Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft erfolgt durch die Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung.

Frage 3. Wie viele und welche Verwaltungsleistungen wurden bereits wann digitalisiert?

Eine Auswertung, seit wann Verfahren im Sinne des Onlinezugangsgesetzes oder auch weitere Leistungen oder Angebote im Einzelnen digitalisiert sind, d.h. online zu beantragen oder abzurufen sind, steht derzeit nicht für alle Verfahren zur Verfügung bzw. war aufgrund des Aufwands in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu ermitteln.

Verwaltungsverfahren, die mit der Aufnahme, Änderung oder Aufgabe eines Gewerbes zusammenhängen, können über den Unternehmensservice „Einheitlicher Ansprechpartner Hessen (EAH)“ mit elektronischer Antragstellung abgewickelt werden. Der EAH steht seit dem 28. Dezember 2009 zur Verfügung und wird seitdem sukzessive erweitert.

Die Dienstleistungsplattform des EAH enthält gegenwärtig u.a. die Onlineantragstellung für die folgenden Verwaltungsleistungen:

- Neugründung eines Betriebs
- Veränderung des Betriebs (z.B. Umzug, Tätigkeitsänderung, etc.)
- Übernahme eines bestehenden Betriebs
- Auflösung des bestehenden Betriebs
- Vorübergehende grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung
- Niederlassung aus einem anderen EU-Staat
- Anerkennung/Verlängerung als Sachverständige/r oder sachverständige Stelle
- Anzeigen/Erlaubnisse nach dem Sprengstoffgesetz bzw. Waffengesetz
- Handwerksordnung – Ausnahmegewilligung, Ausübungsberechtigung, Lehrlingsrolle
- Reisegewerbekarte
- Anträge zur Nutzung des OASIS-Sperrsystems
- Gaststättengewerbe: Vorübergehender Betrieb aus besonderem Anlass
- Gaststättenbetrieb: Stellvertreter
- Straußwirtschaft anzeigen
- Sperrzeit: Beantragung von Verkürzungen oder Aufhebungen
- Gewerbeanzeige – Nachträgliche Ausstellung der Empfangsbescheinigung zur Gewerbeanzeige
- Gewerbe: Wiedergestattung zur Ausübung eines Gewerbes

- Makler und Bauträger, Anzeige nach § 9 der Makler- und Bauträgerverordnung
- Festsetzung von Messen, Ausstellungen, Märkten und Volksfesten
- Wanderlager, Anzeige
- Vermittlerregister – Änderung der Registerdaten – (Finanzanlagenvermittler, etc.)
- Vermittlerregister – Änderung der Registerdaten – (Versicherungsvermittler, etc.)
- Auswandererberatung – Erlaubnis beantragen
- Allgemeine Beeidigung als Dolmetscher/in – Ermächtigung als Übersetzer/in
- Erbringung entgeltlicher Rechtsdienstleistungen – Registrierung Alterlaubnisinhaber
- Erbringung entgeltlicher Rechtsdienstleistungen – Registrierung nach § 13 RDG
- Öffentliche Waage – Betrieb anzeigen
- Öffentliche Waagen – Sachkundenachweis für Betriebspersonal beantragen
- Tätigkeit mit Krankheitsserregern – Anzeige
- Tätigkeit mit Krankheitsserregern – Erlaubnis
- Tierarzt – Anerkennung einer Fachtierarzt- oder Zusatzbezeichnung beantragen
- Rechtsanwaltskammer – Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer nach Kanzleisitzverlegung
- Chemikalien-Ozonschichtverordnung – Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen
- Berufsakademien – staatliche Anerkennung beantragen
- Privathochschulen – staatliche Anerkennung beantragen
- Fernlehrgänge – Zulassung
- Fernlehrgänge – Zulassung von wesentlichen Änderungen
- Instandsetzerkennzeichen beantragen
- Anerkennung der Geeignetheit als Träger für Bildungsurlaubsveranstaltungen
- Staatliche Anerkennung als Weiterbildungsstätte für Pflegeberufe

Darüber hinaus sind in der Landesverwaltung nach Ressortzugehörigkeit die folgenden Verwaltungsleistungen und Angebote digitalisiert:

Hessische Staatskanzlei:

- Statistikportal
- Erhebungsportal

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport:

- Onlinewache
- Onlinebewerbung im Polizeibereich

Hessisches Ministerium der Finanzen:

- Entlastungsbetrag für Alleinerziehende
- Arbeitnehmersparzulage
- Einkommensteuer
- Gewerbesteuer
- Körperschaftsteuer
- Steuerliche Anmeldung eines Unternehmens
- Umsatzsteuer
- Wohnungsbauprämie
- Kirchensteuer
- Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale
- Anzeige einer freiberuflichen Tätigkeit
- Kapitalertragsteuer
- Bescheinigung für den Lohnsteuerabzug
- Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber
- Feststellungserklärung

Hessisches Ministerium der Justiz:

- eErbschein – elektronisches Erbscheinverfahren
- Handelsregisterauskunft
- Genossenschaftsregisterauskunft
- Partnerschaftsregisterauskunft
- Vereinsregisterauskunft
- Insolvenz bekanntmachungen
- Zwangsversteigerungs-Portal

- Justiz-Auktion
- Vollstreckungsportal
- Online-Mahnantrag (AUMAV)
- Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank (DÜD)
- Prozesskostenrechner

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

- Auskunft aus dem Vermittlerregister
- Automatisierte Wertberechnung für Standardimmobilien
- Bodenrichtwertkarte
- Grundstücksmarktbericht
- Liegenschaftsbuch
- Liegenschaftskarte
- Liegenschaftskataster
- Sachkundeprüfung für Versicherungsberater
- Sachkundeprüfung von Versicherungsvermittlern
- Solarkataster
- Staatliche Anerkennung als Prüfstelle für die Eichung von Messgeräten für Elektrizität, Gas, Wasser oder Wärme und Instandsetzer

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (einschließlich nachgeordneter Bereich):

- Studienplatzvergabe
- Veränderungsmitteilung
- Immatrikulation
- Exmatrikulation
- Unterbrechung des Studiums
- Mitteilung einer Namensänderung gegenüber der Hochschule
- Hochschulzugang für ausländische Studienbewerber
- Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus anderen Bundesländern
- Anrechnung und Anerkennung von Studienzeiten und Studienleistungen
- Anerkennung der Zeugnisse von ausländischen Hochschulqualifikation
- Antrag auf Notenverbesserung
- Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags
- Online-Antrag Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
- Online-Antrag Bundesausbildungsförderungsgesetz
- Denkmalverzeichnis (DenkXweb)
- Archivinformationssystem Arcinsys

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

- BUBE Betriebliche Umweltdatenberichterstattung
- ReSyMeSa Recherchesystem, Stellen Sachverständige

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration:

- Wirtschaftliche Jugendhilfe – Onlineantrag auf wirtschaftliche Jugendhilfe
- Betriebskostenförderung für Kindertageseinrichtungen

Frage 4. Wie viele Bürgerinnen und Bürger haben nach Kenntnis der Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren eine oder mehrere Verwaltungsdienstleistungen auf elektronischem Wege in Anspruch genommen?

Eine übergreifende Erhebung der Nutzung einzelner Verwaltungsleistungen, bei denen eine Antragstellung auf elektronischem Weg möglich ist, findet nicht statt. Systeme, die entsprechende Statistiken führen, zählen in der Regel auch aus Datenschutzgründen nur Zugriffe und Leistungen, nicht aber die Zahl der konkreten Personen, die sie in Anspruch nehmen.

Die folgenden Angaben sollen gleichwohl einen Eindruck von der Nutzungshäufigkeit bereits im Betrieb befindlicher Verfahren vermitteln.

Im polizeilichen Bereich wurden in den Jahren 2014 bis 2018 185.579 Vorgänge über die Onlinewache an die Polizei Hessen übermittelt. Seit Einführung der Onlinebewerbung 2016 sind insgesamt 30.228 Bewerbungen beim Eignungsauswahlzentrum eingegangen.

Die verschiedenen Register der Justiz werden intensiv genutzt. Aus den Tagesstatistiken ergeben sich für das laufende Kalenderjahr werktätlich durchschnittlich 1.018 Abrufe von aktuellen Registerausdrucken und 1.913 Abrufe von chronologischen Registerausdrucken hessischer Registergerichte. Im elektronischen Erbscheinverfahren der hessischen Justiz haben Bürgerinnen und Bürger in dem Zeitraum seit Einführung im September 2018 380 Anträge gestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass sich das elektronische Erbscheinverfahren aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht vollständig digitalisieren lässt. Es handelt sich um ein Online-Formular, mit dem die Bürgerinnen und Bürger den Antrag auf Erteilung eines Erbscheins in Hessen elektronisch vorbereiten können. In den vergangenen fünf Jahren sind beim für Hessen zuständigen Amtsgericht Hünfeld über das an die Bürgerinnen und Bürger gerichtete Angebot „Online-Mahnantrag“ 19.672 Anträge erstellt und elektronisch übermittelt worden. Im automatisierten gerichtlichen Mahnverfahren für Unternehmen und andere professionelle Einreicher gingen dort im selben Zeitraum 3.474.058 Anträge auf elektronischem Wege ein.

Bei dem Portal „Mein ELSTER“ der deutschen Steuerverwaltung sind aktuell ca. 6,4 Mio. Nutzer bundesweit registriert. Eine statistische Auswertung, wie viele Nutzerinnen und Nutzer davon aus Hessen stammen, ist derzeit nicht verfügbar.

Im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst konnten folgende Nutzerzahlen in den letzten fünf Jahren erhoben werden:

- Anerkennung der Zeugnisse von ausländischen Hochschulqualifikationen: ... 54.100
- Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus anderen Bundesländern: 16.000
- Anrechnung und Anerkennung von Studienzeiten und Studienleistungen: 5.100
- Denkmalverzeichnis (DenkXweb): 96.500
- Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags: 941.800
- Exmatrikulation: 22.000
- Hochschulzugang für ausländische Studienbewerber: 30.030
- Hochschulzugang für Berufstätige ohne Hochschulreife: 650
- Immatrikulation: 98.900
- Mitteilung einer Namensänderung: 5.000
- Online-Antrag Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG): 40
- Online-Antrag Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG): 230
- Studienplatzvergabe: 225.400
- Veränderungsmitteilung (Adresse, Familienstand, etc.): 11.800
- Archivinformationssystem Arcinsys: 277.300
- Denkmalverzeichnis DenkXweb: 96.500

Im Bereich des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration wurde die IT-Anwendung eKiföG seit 2015 von 6.406 Antragstellern und damit ca. ein Drittel aller Träger von Kindertageseinrichtungen in Anspruch genommen.

Frage 5. Hat die Landesregierung eine zentrale eID-Infrastruktur für die Kommunen aufgebaut und wenn nein, bis wann plant die Landesregierung den Aufbau?

Die Landesregierung hat eine für die hessischen Landes- und Kommunalbehörden nutzbare zentrale eID-Infrastruktur entsprechend dem OZG aufgebaut. Grundlage für die eID-Funktion ist eine Entwicklungskooperation zwischen dem Land Hessen, dem Freistaat Bayern und dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nach Art. 91c Grundgesetz (GG).

Die eID-Infrastruktur steht seit dem 08. März 2019 allen Behörden des Landes und den hessischen Kommunen kostenfrei zur Verfügung. Die eID-Infrastruktur ist bei der ekom21 – KGRZ Hessen entsprechend § 7 Abs. 1 OZG eingerichtet.

Die Nutzung der eID-Infrastruktur ist bei der Abwicklung von elektronischen Verwaltungsverfahren möglich. Hierbei ist die Einbindung der eID-Funktion in das elektronische Verwaltungsverfahren in die Zuständigkeit der jeweiligen Behörde gestellt.

Bei der Einbindung steht die ekom21 – KGRZ Hessen den kommunalen Behörden unterstützend zur Seite.

Frage 6. Führt die Landesregierung statistische Erhebungen zur Zufriedenheit der Bürger und Unternehmen mit den digitalen Angeboten der öffentlichen Verwaltung durch und falls ja, mit welchem Ergebnis?

Die Landesregierung führt keine Erhebungen zur Zufriedenheit der Bürger und Unternehmen mit den digitalen Angeboten durch. Im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetz können ggfs. nach Abschluss einer Erprobungszeit auch die Gesichtspunkte des Nutzungsgrads und der Zufriedenheit der Antragsteller evaluiert werden.

Frage 7. Ermittelt die Landesregierung im Rahmen statistischer Erhebungen, inwieweit die Digitalisierung der Antragstellung zu einer Zeitersparnis bei den zuständigen Behörden und den Bürgern und Unternehmen führt und wie sehen die Ergebnisse aus?

Die Umsetzung des OZG verpflichtet Bund, Länder und damit auch die kommunale Ebene bis zum 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen online anzubieten. Die Möglichkeit der Antragstellung auf elektronischem Wege erleichtert Bürgern und Unternehmen den Zugang zu den öffentlichen Verwaltungen. Die Beantragung kann jederzeit und von jedem Ort erfolgen. Statistische Erhebungen wurden für bereits digitalisierte Verwaltungsleistungen (siehe Antwort auf Frage 3) bisher nicht erhoben. Bei der konkreten Umsetzung wird dieser Aspekt im Rahmen der Nutzwertbetrachtung Einfluss finden.

Frage 8. Werden in Hessen die eID-Funktion des Personalausweises im Rahmen digitaler Verwaltungsvorfahren genutzt und in welchen Bereichen?

Generell zur Nutzbarkeit der eID-Funktion des Personalausweises im Zusammenhang mit dem Servicekonto siehe die Antwort zu Frage 5.

Die eID-Funktion des Personalausweises wird im Bereich der Justiz für Online-Mahnträge angeboten und wurde im Jahr 2018 118-mal zur Durchführung eines Antrags genutzt. Zudem ist die Registrierung im Vollstreckungsportal mittels eID möglich.

Darüber hinaus wird im Bereich der Steuerverwaltung die Registrierung am Portal „Mein ELSTER“ mittels der eID-Funktion des Personalausweises ermöglicht.

Die eID-Funktion des Personalausweises wird im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst für Anträge zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und zum Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) angeboten.

Frage 9. Plant die Landesregierung konkrete Einsatzmöglichkeiten zur digitalen Identitätsfeststellung mittels intelligenter Gesichtserkennungssoftware?

Im Rahmen der Umsetzung des OZG ist derzeit keine digitale Identitätsfeststellung mittels intelligenter Gesichtserkennungssoftware geplant.

Frage 10. Plant die Landesregierung den Einsatz von KI-gestützten Systemen zur vollautomatisierten Verwaltungsdienstleistung?

Im Rahmen der Umsetzung des OZG ist derzeit keine Verwendung KI-gestützter Elemente zur vollautomatisierten Verwaltungsdienstleistung geplant.

Wiesbaden, 12. Juli 2019

Peter Beuth

Anlage(n):

Die komplette Drucksache inklusive der Anlage(n) kann im Landtagsinformationssystem unter:

➔ <http://starweb.hessen.de> abgerufen werden.

OZG-Verwaltungsleistung	Gruppierung der OZG-Verwaltungsleistung	Beschreibung der OZG-Verwaltungsleistung	Für den <u>Vollzug</u> zuständige Behörde in Hessen
Gewerbemüll	Abfall	Korrekte und ordnungsgemäße Abfallentsorgung schützt die Umwelt. Insbesondere im gewerblichen Bereich gelten besondere Anforderungen an die Entsorgung von Abfällen. Die jeweils zuständigen Behörden geben Informationen zur Entsorgung, Vermeidung und Verwertung von Abfällen, zum abfallrechtlichen Nachweisverfahren, zur Anzeige von Abfallsammlungen, zur Verbringung von Abfällen und den entsprechenden Gebühren.	Regierungspräsidium
abfallrechtliches Nachweisverfahren	Abfall	Korrekte und ordnungsgemäße Abfallentsorgung schützt die Umwelt. Insbesondere im gewerblichen Bereich gelten besondere Anforderungen an die Entsorgung von Abfällen. Die jeweils zuständigen Behörden geben Informationen zur Entsorgung, Vermeidung und Verwertung von Abfällen, zum abfallrechtlichen Nachweisverfahren, zur Anzeige von Abfallsammlungen, zur Verbringung von Abfällen und den entsprechenden Gebühren.	Regierungspräsidium
Abfallbehandlungsanlage	Abfall	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Transport nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz	Abfall	Zur gewerbsmäßigen Vermittlung einer Verbringung von Abfällen durch Dritte ist eine Genehmigung notwendig. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden werden. Zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen ist eine Befreiung von der Genehmigungspflicht möglich. Entsorgungsfachbetriebe, die dies der zuständigen Stelle anzeigen, bedürfen keiner Maklergenehmigung. Die Zuständigkeit liegt bei den Gewerbeaufsichtsamtern.	Regierungspräsidium
Vermittlungsgeschäfte	Abfall	Zur gewerbsmäßigen Vermittlung einer Verbringung von Abfällen durch Dritte ist eine Genehmigung notwendig. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden werden. Zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen ist eine Befreiung von der Genehmigungspflicht möglich. Entsorgungsfachbetriebe, die dies der zuständigen Stelle anzeigen, bedürfen keiner Maklergenehmigung. Die Zuständigkeit liegt bei den Gewerbeaufsichtsamtern.	Regierungspräsidium
Abfallbeseitigungsanlage	Abfall	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Emissionserklärung	Abfall	Betreiber von industriellen und gewerblichen Anlagen müssen alle vier Jahre die von Ihren Anlagen ausgehenden Luftverunreinigungen ermitteln. Art, Menge, räumliche und zeitliche Verteilung der Emissionen müssen an die zuständige Stelle in elektronischer Form übermittelt werden. Auf Antrag und unter bestimmten Voraussetzungen kann der Betreiber von der Pflicht zur Abgabe einer Emissionserklärung befreit werden.	Regierungspräsidium
Deponie	Abfall	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Entsorgungsnachweis	Abfall	Wenn bei Tätigkeiten in einem Unternehmen gefährlichen Abfälle entstehen, müssen diese durch ein zugelassenes Unternehmen entsorgt werden. Um die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle nachzuweisen, muss der Abfallerzeuger und -entsorger sowie ein eventuell beteiligter Abfallbeförderer ein Entsorgungsnachweisverfahren durchführen.	Regierungspräsidium

Sammelentsorgungsnachweis	Abfall	Wenn bei Tätigkeiten in einem Unternehmen gefährlichen Abfälle entstehen, müssen diese durch ein zugelassenes Unternehmen entsorgt werden. Um die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle nachzuweisen, muss der Abfallerzeuger und -entsorger sowie ein eventuell beteiligter Abfallbeförderer ein Entsorgungsnachweisverfahren durchführen.	Regierungspräsidium
Nachweis- und Registerpflegepflicht	Abfall	Wenn bei Tätigkeiten in einem Unternehmen gefährlichen Abfälle entstehen, müssen diese durch ein zugelassenes Unternehmen entsorgt werden. Um die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle nachzuweisen, muss der Abfallerzeuger und -entsorger sowie ein eventuell beteiligter Abfallbeförderer ein Entsorgungsnachweisverfahren durchführen.	Regierungspräsidium
Fremdkontrolleure für Gewerbeabfall	Abfall	Wenn bei Tätigkeiten in einem Unternehmen gefährlichen Abfälle entstehen, müssen diese durch ein zugelassenes Unternehmen entsorgt werden. Um die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle nachzuweisen, muss der Abfallerzeuger und -entsorger sowie ein eventuell beteiligter Abfallbeförderer ein Entsorgungsnachweisverfahren durchführen.	Regierungspräsidium
Anzeige gemeinnütziger und gewerblicher Abfallsammlungen	Abfall	Korrekte und ordnungsgemäße Abfallentsorgung schützt die Umwelt. Insbesondere im gewerblichen Bereich gelten besondere Anforderungen an die Entsorgung von Abfällen. Die jeweils zuständigen Behörden geben Informationen zur Entsorgung, Vermeidung und Verwertung von Abfällen, zum abfallrechtlichen Nachweisverfahren, zur Anzeige von Abfallsammlungen, zur Verbringung von Abfällen und den entsprechenden Gebühren.	Regierungspräsidium
Verbringung von Abfällen in Deutschland und Europa	Abfall	Korrekte und ordnungsgemäße Abfallentsorgung schützt die Umwelt. Insbesondere im gewerblichen Bereich gelten besondere Anforderungen an die Entsorgung von Abfällen. Die jeweils zuständigen Behörden geben Informationen zur Entsorgung, Vermeidung und Verwertung von Abfällen, zum abfallrechtlichen Nachweisverfahren, zur Anzeige von Abfallsammlungen, zur Verbringung von Abfällen und den entsprechenden Gebühren.	Regierungspräsidium
Untersuchungsstellen in der Abfallwirtschaft	Abfall	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrzeignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Regierungspräsidium
Sachverständiger nach Deponieverordnung	Abfall	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiebsgutachterliche und schiebsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium

Sachverständiger nach Batteriegesetz	Abfall	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
akademische Grade, Titel und Bezeichnungen	Akademische Grade und Titel	Eine Zeugnisbewertung ist ein offizielles Dokument der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB), mit dem eine ausländische Hochschulqualifikation beschrieben und ihre beruflichen und akademischen Verwendungsmöglichkeiten bescheinigt werden. Eine Zeugnisbewertung der ZAB soll den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt mit einer ausländischen Hochschulqualifikation erleichtern. Sie ist eine vergleichende Einstufung, keine Anerkennung.	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Exportzertifikate für Arzneimittel	Gesundheit	Zur Ausfuhr von Arzneimitteln muss ein Zertifikat entsprechend dem Zertifikatsystem der Weltgesundheitsorganisation beantragt werden. Die Arzneimittel müssen demgemäß beschrieben und die Anforderungen des Bestimmungslandes dargelegt werden. Für die Ausstellung des Exportzertifikats wird für jedes Arzneimittel eine Gebühr pro Arzneimittel erhoben.	Regierungspräsidium
privatwirtschaftliche Krankenhäuser	Gesundheit	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Patientenbeschwerde	Gesundheit	Patienten haben die Möglichkeit, sich bei Problemen in der Arzt-Patienten-Beziehung mit einer schriftlichen Beschwerde an die zuständige Ärztekammer zu wenden. Die Beschwerde beinhaltet eine Schilderung des konkreten Sachverhalts und erfolgt unter namentlicher Nennung des behandelnden Arztes.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Betrieb einer Krankenhausapotheke	Apotheken	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Betrieb einer öffentlichen Apotheke	Apotheken	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Betrieb einer Zweigapotheke	Apotheken	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium

Herstellung von Arzneimitteln	Arzneimittel	Das Arzneimittelgesetz enthält die wichtigsten Bestimmungen zur Herstellung, zur Zulassung, zur Abgabe und zur Anwendung von Arzneimitteln. Die Herstellung von Humanarzneimitteln wird überwacht. Angezeigt werden müssen Tätigkeiten mit Arzneimitteln. Homöopathische und pflanzliche Arzneimittel brauchen eine Registrierung. Die zuständigen Stellen erteilen die Erlaubnis zur Herstellung sowie die Zertifikate für den Import und Export von Arzneimitteln.	Regierungspräsidium
Versand von apothekenpflichtigen Arzneimitteln	Arzneimittel	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen, sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
homöopathische Arzneimittel	Arzneimittel	Das Arzneimittelgesetz enthält die wichtigsten Bestimmungen zur Herstellung, zur Zulassung, zur Abgabe und zur Anwendung von Arzneimitteln. Die Herstellung von Humanarzneimitteln wird überwacht. Angezeigt werden müssen Tätigkeiten mit Arzneimitteln. Homöopathische und pflanzliche Arzneimittel brauchen eine Registrierung. Die zuständigen Stellen erteilen die Erlaubnis zur Herstellung sowie die Zertifikate für den Import und Export von Arzneimitteln.	Regierungspräsidium
Arzneimittel	Arzneimittel	Das Arzneimittelgesetz enthält die wichtigsten Bestimmungen zur Herstellung, zur Zulassung, zur Abgabe und zur Anwendung von Arzneimitteln. Die Herstellung von Humanarzneimitteln wird überwacht. Angezeigt werden müssen Tätigkeiten mit Arzneimitteln. Homöopathische und pflanzliche Arzneimittel brauchen eine Registrierung. Die zuständigen Stellen erteilen die Erlaubnis zur Herstellung sowie die Zertifikate für den Import und Export von Arzneimitteln.	Regierungspräsidium
traditionelle pflanzliche Arzneimittel	Arzneimittel	Das Arzneimittelgesetz enthält die wichtigsten Bestimmungen zur Herstellung, zur Zulassung, zur Abgabe und zur Anwendung von Arzneimitteln. Die Herstellung von Humanarzneimitteln wird überwacht. Angezeigt werden müssen Tätigkeiten mit Arzneimitteln. Homöopathische und pflanzliche Arzneimittel brauchen eine Registrierung. Die zuständigen Stellen erteilen die Erlaubnis zur Herstellung sowie die Zertifikate für den Import und Export von Arzneimitteln.	Regierungspräsidium
Einfuhr von Gewebe	Arzneimittel	Gewebe und bestimmte Gewebezubereitungen dürfen nur eingeführt werden, wenn die Behörde des Herkunftslandes durch ein Zertifikat bestätigt hat, dass die Gewinnung, Laboruntersuchung, Be- oder Verarbeitung, Konservierung, Lagerung oder Prüfung nach Standards durchgeführt wurden, die den von der Europäischen Union festgelegten Standards der guten fachlichen Praxis mindestens gleichwertig sind, und solche Zertifikate gegenseitig anerkannt sind.	Regierungspräsidium
Anzeige des Sicherheitsbeauftragten für Medizinprodukte	Arzneimittel	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Regierungspräsidium
Anzeige des Informationsbeauftragten	Arzneimittel	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Regierungspräsidium

Anzeige von Tätigkeiten mit Arzneimitteln	Arzneimittel	Das Arzneimittelgesetz enthält die wichtigsten Bestimmungen zur Herstellung, zur Zulassung, zur Abgabe und zur Anwendung von Arzneimitteln. Die Herstellung von Humanarzneimitteln wird überwacht. Angezeigt werden müssen Tätigkeiten mit Arzneimitteln. Homöopathische und pflanzliche Arzneimittel brauchen eine Registrierung. Die zuständigen Stellen erteilen die Erlaubnis zur Herstellung sowie die Zertifikate für den Import und Export von Arzneimitteln.	Regierungspräsidium
Anzeige der sachkundigen Person nach § 14 Arzneimittelgesetz	Arzneimittel	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Großhandel mit Arzneimitteln	Arzneimittel	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen, sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Pharmaberater	Arzneimittel	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Betrieb druckpneumatischer Anlagen	Arbeitsschutz	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Abweichen von Regelungen zur Arbeitszeit	Arbeitsschutz	An Sonn- und Feiertagen gilt in Deutschland nach dem Arbeitszeitgesetz ein Beschäftigungsverbot, von dem jedoch mit besonderer Genehmigung Ausnahmen gemacht werden dürfen. Weiterhin können unter bestimmten Umständen auch Abweichungen von den Regelungen zur Arbeitszeit, Ruhezeit, Schichtzeit, sowie Nachtarbeitszeit bewilligt werden. Andere Regelungen zum Arbeitsschutz stellen beispielsweise der Einhaltung des Mutterschutzes sicher.	Regierungspräsidium
Prüfbescheinigung für eine überwachungsbedürftige Anlage nach Betriebssicherheitsverordnung	Arbeitsschutz	Überwachungsbedürftige Anlagen sind vor erstmaliger Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen zu überprüfen. Zusätzlich sind sicherheitstechnische Maßnahmen zu erfüllen. Die Prüfungen sind von einer zugelassenen Überwachungsstelle durchzuführen, ggf. können diese auch von einer zur Prüfung befähigten Person durchgeführt werden.	Regierungspräsidium
Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen nach Betriebssicherheitsverordnung	Arbeitsschutz	Der Betrieb von Anlagen mit Gefährdungspotenzial oder besonderer Bedeutung für Umwelt und Menschen muss regelmäßig überprüft werden und Nachweise von Sicherheitsmaßnahmen durch Sachverständige dokumentiert werden. Die Einhaltung von Standards nach dem Produktsicherheitsgesetz gewährleistet die Sicherheit von Mensch und Natur. Ein hohes Maß an Sicherheit erreichen Unternehmen, wenn Prozesse oder Abläufe reibungslos funktionieren. Das gilt für Anlagen, geschultes Fachpersonal und Produktionserzeugnisse.	Regierungspräsidium
Heimarbeit	Arbeitsschutz	Das Heimarbeitsgesetz enthält zwingende Vorschriften zum Schutz von in Heimarbeit tätigen Personen. Es soll einer Benachteiligung von Angestellten in Heimarbeit entgegenwirken. Bei der erstmaligen Beschäftigung von Personen in Heimarbeit muss dies der im jeweiligen Bundesland zuständigen Behörde mitgeteilt bzw. angezeigt werden.	Regierungspräsidium

besondere Kündigungsverbote	Arbeitsschutz	Unter bestimmten Voraussetzungen - unter anderem geregelt durch Mutterschutzgesetz, Elternzeitgesetz, Pflegegesetz oder für Menschen mit Behinderung - gilt ein besonderer Kündigungsschutz oder ein Kündigungsverbot. Kündigungen dieser Beschäftigten durch den Arbeitgeber sind nur mit einer Genehmigung der zuständigen Stelle möglich. Zuständig ist das Gewerbeaufsichtsamt.	Regierungspräsidium
Fortbildungsveranstaltungen nach Gentechnik-Sicherheitsverordnung	Arbeitsschutz	Bestimmte Bildungsmaßnahmen bedürfen einer Zulassung von einer fachkundigen Stelle. Diese ist dann sowohl für den Weiterbildungsanbieter als auch für das Bildungsangebot notwendig. Weiterbildungsanbieter und auch die entsprechenden Bildungsmaßnahmen haben vielfältige Voraussetzungen für die Erteilung der Zulassung zu erfüllen.	Regierungspräsidium
Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung einer Röntgeneinrichtung	Arbeitsschutz	Medizinprodukteherstellung, -betrieb und -kontrolle sind Maßnahmen, die gewährleisten, dass Medizinprodukte in Deutschland sicher produziert und nur gemäß ihrer Entsprechung angewendet werden. Die Maßnahmen umfassen, unter anderem, die Überwachung der Vorschriften zur Herstellung und zum Umgang mit Medizinprodukten sowie die Durchführung und Kennzeichnung der Messtechnischen Kontrolle (MTK), d.h. die Kontrolle der Messgenauigkeit von Medizinprodukten mit Messfunktion, beides laut Medizinprodukte-Betreiberverordnung. Weiterhin gehört die Prüfung und Eintragung in das Medizinprüfbuch dazu, d.h. eine zusammenfassende Dokumentation aller Daten eines energetisch betriebenen Medizinprodukts, wie Betreiber, Inventarnummer, Seriennummer, Funktionsprüfung, Prüfdaten, Ergebnis von vorgeschriebenen sicherheits- und messtechnischen Kontrollen, usw. Hinzu kommen die Anzeige des Betriebs einer medizinischen bzw. einer nichtmedizinischen Röntgeneinrichtung, die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung eines Störstrahlers sowie die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung einer Röntgeneinrichtung zur Teleradiologie, für Dentalröntgeneinrichtungen oder zur Werkstoffprüfung.	Regierungspräsidium
Anzeige des Betriebs einer medizinischen Röntgeneinrichtung	Arbeitsschutz	Medizinprodukteherstellung, -betrieb und -kontrolle sind Maßnahmen, die gewährleisten, dass Medizinprodukte in Deutschland sicher produziert und nur gemäß ihrer Entsprechung angewendet werden. Die Maßnahmen umfassen, unter anderem, die Überwachung der Vorschriften zur Herstellung und zum Umgang mit Medizinprodukten sowie die Durchführung und Kennzeichnung der Messtechnischen Kontrolle (MTK), d.h. die Kontrolle der Messgenauigkeit von Medizinprodukten mit Messfunktion, beides laut Medizinprodukte-Betreiberverordnung. Weiterhin gehört die Prüfung und Eintragung in das Medizinprüfbuch dazu, d.h. eine zusammenfassende Dokumentation aller Daten eines energetisch betriebenen Medizinprodukts, wie Betreiber, Inventarnummer, Seriennummer, Funktionsprüfung, Prüfdaten, Ergebnis von vorgeschriebenen sicherheits- und messtechnischen Kontrollen, usw. Hinzu kommen die Anzeige des Betriebs einer medizinischen bzw. einer nichtmedizinischen Röntgeneinrichtung, die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung eines Störstrahlers sowie die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung einer Röntgeneinrichtung zur Teleradiologie, für Dentalröntgeneinrichtungen oder zur Werkstoffprüfung.	Regierungspräsidium

Anzeige des Betriebs einer nichtmedizinischen Röntgeneinrichtungen	Arbeitsschutz	Medizinprodukteherstellung, -betrieb und -kontrolle sind Maßnahmen, die gewährleisten, dass Medizinprodukte in Deutschland sicher produziert und nur gemäß ihrer Entsprechung angewendet werden. Die Maßnahmen umfassen, unter anderem, die Überwachung der Vorschriften zur Herstellung und zum Umgang mit Medizinprodukten sowie die Durchführung und Kennzeichnung der Messtechnischen Kontrolle (MTK), d.h. die Kontrolle der Messgenauigkeit von Medizinprodukten mit Messfunktion, beides laut Medizinprodukte-Betreiberverordnung. Weiterhin gehört die Prüfung und Eintragung in das Medizinprüfbuch dazu, d.h. eine zusammenfassende Dokumentation aller Daten eines energetisch betriebenen Medizinprodukts, wie Betreiber, Inventarnummer, Seriennummer, Funktionsprüfung, Prüfdaten, Ergebnis von vorgeschriebenen sicherheits- und messtechnischen Kontrollen, usw. Hinzu kommen die Anzeige des Betriebs einer medizinischen bzw. einer nichtmedizinischen Röntgeneinrichtung, die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung eines Störstrahlers sowie die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung einer Röntgeneinrichtung zur Teleradiologie, für Dentalröntgeneinrichtungen oder zur Werkstoffprüfung.	Regierungspräsidium
Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung eines Störstrahlers	Arbeitsschutz	Medizinprodukteherstellung, -betrieb und -kontrolle sind Maßnahmen, die gewährleisten, dass Medizinprodukte in Deutschland sicher produziert und nur gemäß ihrer Entsprechung angewendet werden. Die Maßnahmen umfassen, unter anderem, die Überwachung der Vorschriften zur Herstellung und zum Umgang mit Medizinprodukten sowie die Durchführung und Kennzeichnung der Messtechnischen Kontrolle (MTK), d.h. die Kontrolle der Messgenauigkeit von Medizinprodukten mit Messfunktion, beides laut Medizinprodukte-Betreiberverordnung. Weiterhin gehört die Prüfung und Eintragung in das Medizinprüfbuch dazu, d.h. eine zusammenfassende Dokumentation aller Daten eines energetisch betriebenen Medizinprodukts, wie Betreiber, Inventarnummer, Seriennummer, Funktionsprüfung, Prüfdaten, Ergebnis von vorgeschriebenen sicherheits- und messtechnischen Kontrollen, usw. Hinzu kommen die Anzeige des Betriebs einer medizinischen bzw. einer nichtmedizinischen Röntgeneinrichtung, die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung eines Störstrahlers sowie die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung einer Röntgeneinrichtung zur Teleradiologie, für Dentalröntgeneinrichtungen oder zur Werkstoffprüfung.	Regierungspräsidium
Anzeige von Tätigkeiten mit biologischen Arbeitsstoffen	Arbeitsschutz	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Mitteilung des Arbeitgebers über die Beschäftigung einer werdenden Mutter	Arbeitsschutz	Arbeitgeber sind verpflichtet, die zuständige Aufsichtsbehörde über die Schwangerschaft einer Beschäftigten zu unterrichten. Die Meldepflicht für den Arbeitgeber und die Schutzvorschriften für die Arbeitnehmerin gelten ab dem Zeitpunkt, an dem der Arbeitgeber über die Schwangerschaft informiert und der voraussichtliche Termin der Entbindung bekannt gegeben wurde.	Regierungspräsidium
Tarifregister	Arbeitsschutz	Die Tarifvertragsparteien sind verpflichtet, den Arbeitsministerien der Länder Abschriften von Tarifverträgen zu übersenden. Auf dieser Basis führen die Länder so genannte Tarifregister. Die Tarifregister sind öffentlich.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Auskunft aus dem Tarifregister	Arbeitsschutz	Die Tarifvertragsparteien sind verpflichtet, den Arbeitsministerien der Länder Abschriften von Tarifverträgen zu übersenden. Auf dieser Basis führen die Länder so genannte Tarifregister. Die Tarifregister sind öffentlich.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Beschäftigung und Entsendung von EU-Bürgern	Ausländerangelegenheiten	Bürger der EU-Mitgliedstaaten benötigen für die Einreise und den Aufenthalt in Deutschland weder ein Visum noch einen Aufenthaltstitel. Grundsätzlich unterliegen Unionsbürger somit auch keinen Einschränkungen beim Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Es gelten jedoch Ausnahmen zum Beispiel für bestimmte Staaten oder Berufsgruppen. Im Gegensatz dazu halten sich entsandte Arbeitnehmer zwar vorübergehend im Aufnahmestaat auf, werden jedoch nicht in dessen Arbeitsmarkt integriert.	Regierungspräsidium
Liegenschaftsbuch	Baurecht	Das Liegenschaftskataster ist das landesweit flächendeckende Register sämtlicher Flurstücke (Parzellen, Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte) und deren Beschreibung. In einem beschreibenden Teil (Liegenschaftsbuch) und in Karten (Liegenschaftskarte) werden die Flurstücke mit ihrer räumlichen Lage, Art der Nutzung und Größe sowie auf den Flurstücken befindliche Gebäude beschrieben. Um Eintragungen im Liegenschaftskataster zu prüfen, kann Einsicht darin gewährt bzw. Auszüge aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte erstellt werden.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Bodenrichtwertkarte	Baurecht	Die Bodenrichtwerte sind die durchschnittlichen Lagewerte des Bodens für eine Mehrheit von Grundstücken, für die im Wesentlichen gleiche Nutzungs- und Wertverhältnisse vorliegen. Der Bodenrichtwert bezieht sich immer auf ein unbebautes Grundstück. Sie werden von den Gutachterausschüssen auf der Grundlage ihrer Kaufpreissammlung mindestens alle zwei Jahre ermittelt und beschlossen. Die Veröffentlichung erfolgt mittels Bodenrichtwertkarten oder Bodenrichtwerttabellen.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Liegenschaftskarte	Baurecht	Das Liegenschaftskataster ist das landesweit flächendeckende Register sämtlicher Flurstücke (Parzellen, Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte) und deren Beschreibung. In einem beschreibenden Teil (Liegenschaftsbuch) und in Karten (Liegenschaftskarte) werden die Flurstücke mit ihrer räumlichen Lage, Art der Nutzung und Größe sowie auf den Flurstücken befindliche Gebäude beschrieben. Um Eintragungen im Liegenschaftskataster zu prüfen, kann Einsicht darin gewährt bzw. Auszüge aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte erstellt werden.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Flächennutzungsplan	Baurecht	Im Flächennutzungsplan stellen Gemeinden die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung dar. Darin aufgeführt sind beispielsweise Aussagen zu geplanten Wohnbauflächen, Gewerbe- und Industriebauflächen, Grünflächen oder Verkehrsflächen. Die dazugehörige Begründung erklärt die Ziele der Planung und die Darstellungen im Flächennutzungsplan. Bei der Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung kann Einsicht in den Flächennutzungsplan genommen werden.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Verkehrswert nach BauGB	Baurecht	Die Bodenrichtwerte sind die durchschnittlichen Lagewerte des Bodens für eine Mehrheit von Grundstücken, für die im Wesentlichen gleiche Nutzungs- und Wertverhältnisse vorliegen. Der Bodenrichtwert bezieht sich immer auf ein unbebautes Grundstück. Sie werden von den Gutachterausschüssen auf der Grundlage ihrer Kaufpreissammlung mindestens alle zwei Jahre ermittelt und beschlossen. Die Veröffentlichung erfolgt mittels Bodenrichtwertkarten oder Bodenrichtwerttabellen.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation

Fliegende Bauten	Baurecht	Wenn Neubauten errichtet oder Veränderungen an Bauten vorgenommen werden, ist dafür eine Baugenehmigung notwendig, sofern diese nicht baugenehmigungsfrei sind. Die Baugenehmigung wird schriftlich erteilt, wenn dem Bauvorhaben keine öffentlich rechtlichen Vorschriften entgegenstehen, die im Baugenehmigungsverfahren geprüft werden. Vor dem Einreichen eines Bauantrages kann eine Bauvoranfrage bei der Bauverwaltung für eine verbindliche Vorentscheidung gestellt werden. Der daraus folgende Vorbescheid bindet die Bauverwaltung für einen Zeitraum von drei Jahren. Es besteht die Möglichkeit, den aktuellen Verfahrensstand von Bauanträgen über das „Elektronische Bau- und Genehmigungsverfahren“ abzufragen.	Regierungspräsidium
Prüfingenieure für Baustatik	Baurecht	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Bauvorhaben	Baurecht	Die Baustellenverordnung verpflichtet grundsätzlich, die Einrichtung einer Baustelle bei der zuständigen Behörde rechtzeitig anzukündigen. Die sogenannte Vorankündigung ist auf der Baustelle sichtbar und vor Witterungseinflüssen geschützt auszuhängen. Bei erheblichen Änderungen ist die Vorankündigung entsprechend zu aktualisieren. Eine erneute Mitteilung an die Behörde ist dann jedoch nicht mehr erforderlich.	Regierungspräsidium
Liste der bauvorlageberechtigten Entwurfsverfasser	Baurecht	Über Personen, die bestimmte Berufe ausüben bzw. über ganze Unternehmen, können Register geführt werden. In der Regel erfolgt die Eintragung automatisch, für bestimmte Berufe ist ein schriftlicher Antrag auf Eintragung in das jeweilige Register zu stellen. Bestimmte Änderungen sind melde- bzw. eintragungspflichtig, Löschungen sind teilweise ebenso meldepflichtig. Ein Registerauszug ist ein Auszug aus dem Register um Auskünfte zu unterschiedlichen Informationen über die registrierte Person oder das Unternehmen zu erhalten.	Regierungspräsidium
Typenprüfung	Baurecht	Gewisse Bauvorhaben bedürfen der Zustimmung durch die zuständige Bauaufsichtsbehörde oder Gemeinde. Das Bauordnungsamt überwacht im Auftrag des Gesetzgebers das Einhalten des öffentlichen Baurechts. Sind Typenpläne für das Bauvorhaben vorhanden, wird nur die Übereinstimmung der Ausführung mit den Typenplänen überprüft.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Vorzeitige Besitzinweisung	Baurecht	Eine Besonderheit des Enteignungsrechts ist die gesetzlich geregelte vorzeitige Besitzinweisung bei eilbedürftigen Baumaßnahmen. Die vorzeitige Besitzinweisung dient der beschleunigten Verwirklichung des dem allgemeinen Wohl dienenden Enteignungszweckes. Durch die vorzeitige Besitzinweisung wird dem Eigentümer und des betroffenen Grundstückes der Besitz entzogen. Sie ermöglicht dem Maßnahmenträger, noch vor dem Eigentumswechsel den Besitz an dem zu enteignenden Grundstück zu erlangen und auf diesem das geplante Bauvorhaben auszuführen. Eine vorzeitige Besitzinweisung ist nur unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen zulässig.	Regierungspräsidium

Planfeststellungsbeschluss	Baurecht	Die Planfeststellung ist ein Verwaltungsverfahren zur verbindlichen behördlichen Feststellung eines Planes. Dabei werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen geregelt, was eine effiziente und konsistente Planung ermöglicht. Insbesondere für den Bau, die Errichtung und Änderung von Bergbahnen, Energiefreileitungen ab 110 kV, Flughäfen und Landeplätzen, Gasversorgungsleitungen über 300 mm, Deichbau und Gewässerausbau, Eisenbahnstrecken, Bundes- und Landesstraßen ist grundsätzlich ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, das eine öffentliche Bekanntmachung, Einsichtgewährung sowie die Prüfung von Einwendungen vorsieht und in der Regel mit dem Erlass eines Planfeststellungsbeschlusses endet.	Regierungspräsidium
Plan im Planfeststellungsverfahren	Baurecht	Die Planfeststellung ist ein Verwaltungsverfahren zur verbindlichen behördlichen Feststellung eines Planes. Dabei werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen geregelt, was eine effiziente und konsistente Planung ermöglicht. Insbesondere für den Bau, die Errichtung und Änderung von Bergbahnen, Energiefreileitungen ab 110 kV, Flughäfen und Landeplätzen, Gasversorgungsleitungen über 300 mm, Deichbau und Gewässerausbau, Eisenbahnstrecken, Bundes- und Landesstraßen ist grundsätzlich ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, das eine öffentliche Bekanntmachung, Einsichtgewährung sowie die Prüfung von Einwendungen vorsieht und in der Regel mit dem Erlass eines Planfeststellungsbeschlusses endet.	Regierungspräsidium
Einwendungen im Planfeststellungsverfahren	Baurecht	Die Planfeststellung ist ein Verwaltungsverfahren zur verbindlichen behördlichen Feststellung eines Planes. Dabei werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen geregelt, was eine effiziente und konsistente Planung ermöglicht. Insbesondere für den Bau, die Errichtung und Änderung von Bergbahnen, Energiefreileitungen ab 110 kV, Flughäfen und Landeplätzen, Gasversorgungsleitungen über 300 mm, Deichbau und Gewässerausbau, Eisenbahnstrecken, Bundes- und Landesstraßen ist grundsätzlich ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, das eine öffentliche Bekanntmachung, Einsichtgewährung sowie die Prüfung von Einwendungen vorsieht und in der Regel mit dem Erlass eines Planfeststellungsbeschlusses endet.	Regierungspräsidium
Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren	Baurecht	Die Planfeststellung ist ein Verwaltungsverfahren zur verbindlichen behördlichen Feststellung eines Planes. Dabei werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen geregelt, was eine effiziente und konsistente Planung ermöglicht. Insbesondere für den Bau, die Errichtung und Änderung von Bergbahnen, Energiefreileitungen ab 110 kV, Flughäfen und Landeplätzen, Gasversorgungsleitungen über 300 mm, Deichbau und Gewässerausbau, Eisenbahnstrecken, Bundes- und Landesstraßen ist grundsätzlich ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, das eine öffentliche Bekanntmachung, Einsichtgewährung sowie die Prüfung von Einwendungen vorsieht und in der Regel mit dem Erlass eines Planfeststellungsbeschlusses endet.	Regierungspräsidium

		Die Planfeststellung ist ein Verwaltungsverfahren zur verbindlichen behördlichen Feststellung eines Planes. Dabei werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen geregelt, was eine effiziente und konsistente Planung ermöglicht. Insbesondere für den Bau, die Errichtung und Änderung von Bergbahnen, Energiefreileitungen ab 110 kV, Flughäfen und Landeplätzen, Gasversorgungsleitungen über 300 mm, Deichbau und Gewässerausbau, Eisenbahnstrecken, Bundes- und Landesstraßen ist grundsätzlich ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, das eine öffentliche Bekanntmachung, Einsichtgewährung sowie die Prüfung von Einwendungen vorsieht und in der Regel mit dem Erlass eines Planfeststellungsbeschlusses endet.	Regierungspräsidium
Plangenehmigung	Baurecht		
		Der Käufer eines Grundstücks hat gegenüber dem Grundbuchamt unter anderem nachzuweisen, dass für das Grundstück kein gemeindliches Vorkaufsrecht existiert oder es nicht ausgeübt wird, bevor der Eintrag in das Grundbuch vollzogen werden kann. Dazu zeigen die Vertragsparteien der Gemeinde den Verkauf eines Grundstückes an, sodass die Gemeinde prüfen kann, ob sie ein Vorkaufsrecht hat und ob sie dieses wahrnehmen will. Besteht kein Vorkaufsrecht oder soll es nicht ausgeübt werden, erteilt die Gemeinde ein Negativzeugnis.	Regierungspräsidium
Vorkaufsrecht der Gemeinde	Baurecht		
		Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen, sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Anzeige von Tätigkeiten, bei denen Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien freigesetzt wird oder freigesetzt werden kann	Baurecht		
		Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Prüfingenieure für Bautechnik	Baurecht		
		Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Prüfingenieur für Standsicherheit	Baurecht		
		Die Beglaubigung bestätigt die Richtigkeit und Echtheit einer Unterschrift sowie eines Dokuments. Eine Beglaubigung bestätigt auch, dass Kopien dasselbe zeigen wie das jeweilige Original. Bei Verlust von Urkunden kann unter bestimmten Umständen eine neue beglaubigte Abschrift oder Ausfertigung erstellt werden.	Regierungspräsidium
Urkunden	Beglaubigungen und Beurkundungen		

Behinderung	Behinderte Menschen	Zur Anerkennung und zum Nachweis von gesundheitlichen Einschränkungen wird ein Antrag auf Feststellung beim jeweiligen Versorgungsamt gestellt. Bei Auslandsaufenthalten kann eine Bestätigung der Feststellung nach dem Schwerbehindertenrecht erstellt werden. Gesundheitliche Einschränkungen sind zum Beispiel Behinderungen, Berufskrankheiten oder Impfschäden. Bei Impfschäden kann zusätzlich ein Antrag auf Entschädigung gestellt werden. Das jeweilige Versorgungsamt erteilt Auskünfte und berät zum Feststellungs- und Widerspruchsverfahren.	Hessisches Amt für Versorgung und Soziales
Schwerbehindertenausweis	Behinderte Menschen	Einen Schwerbehindertenausweis können Personen erhalten, bei denen der Grad der Behinderung mindestens 50 beträgt. In der Regel wird der Schwerbehindertenausweis für fünf Jahre ausgestellt und kann nach Ablauf dieser Frist zweimal ohne besondere Formalien verlängert werden. Die Ausstellung des Schwerbehindertenausweises erfolgt durch das zuständige Versorgungsamt, häufig auch beim Bürgeramt.	Hessisches Amt für Versorgung und Soziales
Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen nach SGB IX	Behinderte Menschen	Zur Förderung von Menschen mit Behinderung stehen zahlreiche staatliche Förderprogramme und Leistungen zur Verfügung. Diese Programme beinhalten die Inklusion von Behinderten in der Arbeitswelt, Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen.	Hessisches Amt für Versorgung und Soziales
Approbation als Arzt	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Befristete Berufserlaubnis für Ärzte	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Markscheider	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Fahrschülerlaubnis	Berufsberechtigung	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
fachlichen Eignung als Dolmetscher und Übersetzer	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessische Lehrkräfteakademie
Approbation als Tierarzt	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des tierärztlichen Berufs	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium

Fahrlehrerlaubnis	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Approbation als Apotheker	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Approbation als Zahnarzt	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Approbation als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Approbation als Psychologischer Psychotherapeut	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Approbation	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Zeugnis über den Krankenpflagedienst	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Zweitschrift einer Approbation	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Certificate of good standing	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Diätassistentin/ Diätassistent	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium

Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Ergotherapeutin / Ergotherapeut	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin / pfleger	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Gesundheits- und Krankenpflegerin / - pfleger	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Hebamme / Entbindungspfleger	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des zahnärztlichen Berufs	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des Apothekerberufs	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Erlaubnis zur vorübergehenden/ Ausübung des ärztlichen Berufs	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Hufbeschlagleherschmied/-schmiedin	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Desinfektor / Desinfektorin	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Kardiotechnikerin / -techniker	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium

Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Medizinische Sektions- und Präparationsassistentin / assistent	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Gesundheitsaufseherin / aufseher	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Logopädin / Logopäde	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Masseurin/Masseur und medizinische(r) Bademeisterin / Bademeister	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Medizinischtechnische(r) Assistent / Assistentin für Funktionsdiagnostik	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Medizinischtechnische(r) Laboratoriumsassistentin / assistent	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Medizinischtechnische(r) Radiologieassistentin / assistent	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Orthoptist/in	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Veterinärmedizinischtechnische(r) Assistentin / assistent	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Physiotherapeutin / -therapeut	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium

Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Podologin / Podologe	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Pharmazeutisch-technische(r) Assistentin / Assistent	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Staatliche Prüfung zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Staatliche Prüfung zum Psychologischen Psychotherapeuten	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Pharmazeutische Prüfung	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Ärztliche Prüfung	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Zahnärztliche Prüfung	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Notfallsanitäterin / Notfallsanitäter	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Altenpflegerin oder Altenpfleger	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Gesundheits- und Krankenpflegehelferin / pflegehelfer	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium

Ausbildungsstätte für Psychotherapie oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie	Berufsberechtigung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
erstes juristisches Staatsexamens	Berufsbildung	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Ergebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Justizprüfungsamt
zweites juristisches Staatsexamens	Berufsbildung	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Ergebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Justizprüfungsamt
Abschlussprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen nach BBiG	Berufsbildung	Auszubildende haben sich einer Zwischenprüfung und einer Gesellen- oder Abschlussprüfung zu stellen. Die Prüfungen dienen zur Überprüfung der Kenntnisse und Fertigkeiten während bzw. zum Abschluss der Ausbildung. Über das Ergebnis der Prüfungen wird von den jeweils zuständigen Stellen ein Zeugnis ausgestellt. Sämtliche Formalien zum Prüfungszeugnis sind in der jeweiligen Prüfungsordnung geregelt.	Regierungspräsidium
Eignung von Ausbildungsstätten nach BBiG	Berufsbildung	Um in einem Unternehmen ausbilden zu dürfen, muss der Betrieb dafür geeignet sein und die ausbildende Person die für den jeweiligen Ausbildungsberuf erforderliche fachliche und persönliche Eignung haben. Hierüber wacht die für das jeweilige Unternehmen zuständige Kammer. In der Ausbilder-Eignungsordnung sind die je nach Beruf unterschiedlichen Anforderungen an den Ausbilder erfasst.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Erstuntersuchung von jugendlichen Auszubildenden	Berufsbildung	Ein jugendlicher Auszubildender ist vor Ausbildungsbeginn verpflichtet, sich untersuchen zu lassen (Erstuntersuchung) und seinem Arbeitgeber eine ärztliche Bescheinigung darüber vorzulegen. Bei der Erstuntersuchung soll der Gesundheitszustand des Jugendlichen festgestellt werden, damit der Arzt eine für den Arbeitgeber bestimmte Bescheinigung ausstellen kann. In dieser Bescheinigung sind ggf. Arbeiten vermerkt, die der jugendliche Auszubildende nicht ausführen darf, wenn sie seine Gesundheit oder Entwicklung gefährden würden.	Regierungspräsidium
Weiterbildungsstätte	Berufsbildung	Bildungsstätten werden bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen anerkannt. Bildungsstätten sind unter anderem Forschungseinrichtungen, Ausbildungsstätten, Schulungsveranstalter für Ausbildungen, Ausbildungsorganisationen, Weiterbildungsstätten, Privathochschulen, Niederlassungen von Hochschulen, Berufsakademien, Ergänzungsschulen, Ersatzschulen, Privatschulen und Deutsche Schulen im Ausland.	Regierungspräsidium
Förderung eines Ausbildungsverbands für Auszubildende	Berufsbildung	Unternehmen können für bestimmte Bildungsangebote Förderungen erhalten, zum einen, wenn sie als Bildungsstätte Kurse anbieten, zum anderen, wenn sie für ihre eigenen Beschäftigten Bildungsangebote entwickeln, beispielsweise in Ausbildungsverbänden. Mehrere Ausbildungsbetriebe können sich zu einem Ausbildungsverbund zusammenschließen. Innerhalb dieses Ausbildungsverbundes gibt es den Stammbetrieb und den durchführenden Betrieb oder mehrere durchführende Betriebe. Der Stammbetrieb kann mit einer Prämie gefördert werden. Die Förderung muss schriftlich beantragt werden, wobei kein Rechtsanspruch besteht.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse	Berufsbildung	Das Berufsbildungsgesetz schreibt vor dem Ausbildungsbeginn den Abschluss eines schriftlichen Berufsausbildungsvertrages vor. Dieser ist spätestens eine Woche nach Abschluss ins Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eintragen zu lassen. Dieses Verzeichnis führen Kammern oder Regierungspräsidien. Es enthält alle anerkannten Ausbildungsberufe und hält die wesentlichen Inhalte des Berufsausbildungsvertrags fest.	Regierungspräsidium

Rechtsreferendariat	Berufsbildung	Gewisse Berufe erfordern zur Ausübung nach der Ausbildung beziehungsweise beim Studium mindestens nach der bestandenen ersten Staatsprüfung einen Vorbereitungsdienst auf den entsprechenden Beruf. Der Vorbereitungsdienst wird als Referendariat bezeichnet. Hier erfolgt eine Vertiefung und Erweiterung des erworbenen Wissens. Für die Ausübung des Vorbereitungsdiensts ist eine Zulassung der jeweiligen Stellen erforderlich.	Oberlandesgericht
Gleichwertigkeit von in der DDR erworbenen oder staatlich anerkannten schulischen, beruflichen und akademischen Abschlüsse oder Befähigungsnachweise	Berufsbildung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Staatliches Schulamt
Hochschulangelegenheiten	Berufsbildung	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule, sowie die Festsetzung und Erhebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
Altlastenkataster	Bodenschutz	Fachliche Informationen über den Zustand des Bodens, vor allem über bestehende Belastungen sowie die Belastbarkeit des Bodens, werden von der zuständigen Behörde erfasst. Auskünfte zur Beurteilung eines Grundstückes erteilen entweder die unteren Bodenschutzbehörden oder die obere Bodenschutzbehörde. Es werden Auskünfte erteilt, ob sich auf einem Grundstück altlastverdächtige Flächen, Altlasten, Verdachtsflächen oder Flächen mit schädlichen Bodenveränderungen befinden.	Regierungspräsidium
Bergbau	Bodenschutz	Wer bergfreie Bodenschätze aufsuchen, will benötigt dazu eine Erlaubnis. Die Erteilung erfolgt auf Antrag durch die zuständige Behörde. Die Erlaubnis gewährt das ausschließliche Recht, innerhalb eines bestimmten Feldes, Bodenschätze aufzusuchen. Rechtsverbindliche Auskünfte aus dem Berechtsamsbuch und der Berechtsamskarte können auf Antrag erteilt werden.	Regierungspräsidium
Bodenschutzkataster	Bodenschutz	Fachliche Informationen über den Zustand des Bodens, vor allem über bestehende Belastungen sowie die Belastbarkeit des Bodens, werden von der zuständigen Behörde erfasst. Auskünfte zur Beurteilung eines Grundstückes erteilen entweder die unteren Bodenschutzbehörden oder die obere Bodenschutzbehörde. Es werden Auskünfte erteilt, ob sich auf einem Grundstück altlastverdächtige Flächen, Altlasten, Verdachtsflächen oder Flächen mit schädlichen Bodenveränderungen befinden.	Regierungspräsidium
Bergrechtsamsbuch	Bodenschutz	Wer bergfreie Bodenschätze aufsuchen, will benötigt dazu eine Erlaubnis. Die Erteilung erfolgt auf Antrag durch die zuständige Behörde. Die Erlaubnis gewährt das ausschließliche Recht, innerhalb eines bestimmten Feldes, Bodenschätze aufzusuchen. Rechtsverbindliche Auskünfte aus dem Berechtsamsbuch und der Berechtsamskarte können auf Antrag erteilt werden.	Regierungspräsidium
Bergrechtsamskarte	Bodenschutz	Wer bergfreie Bodenschätze aufsuchen, will benötigt dazu eine Erlaubnis. Die Erteilung erfolgt auf Antrag durch die zuständige Behörde. Die Erlaubnis gewährt das ausschließliche Recht, innerhalb eines bestimmten Feldes, Bodenschätze aufzusuchen. Rechtsverbindliche Auskünfte aus dem Berechtsamsbuch und der Berechtsamskarte können auf Antrag erteilt werden.	Regierungspräsidium
Feldes- und Förderabgabe	Bodenschutz	Die Feldesabgabe und die Förderabgabe sind Steuern aus dem Bergrecht. Der Inhaber einer Erlaubnis zur Aufsuchung bergfreier Bodenschätze zu gewerblichen Zwecken hat jährlich eine Feldesabgabe zu entrichten. Die Feldesabgabe ist an das jeweilige Bundesland zu entrichten, in dem das Erlaubnisfeld liegt. Der Inhaber einer Bewilligung hat für die innerhalb des jeweiligen Jahres aus dem Bewilligungsfeld gewonnenen oder mitgewonnenen bergfreien Bodenschätze eine Förderabgabe zu entrichten.	Regierungspräsidium

Bodenabbaugenehmigung	Bodenschutz	Die Genehmigungspflicht für den Abbau von Bodenschätzen ergibt sich bei bergrechtlichen Bodenschätzen aus dem Bundesberggesetz. Bei allen anderen Bodenschätzen, wenn beim Abbau ein Gewässer hergestellt oder wesentlich verändert wird, aus dem Wasserhaushaltsgesetz. Wenn trocken abgebaut wird und die Abbaufäche über 10 ha groß ist oder gesprengt wird aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Wenn die Abbaufäche unter 10 ha groß ist und nicht gesprengt wird aus der Bauordnung. In allen Fällen bedarf es ferner im Regelfall einer naturschutzrechtlichen Eingriffszulassung.	Regierungspräsidium
Prüfstellen für Rohrfernleitungsanlagen	Bodenschutz	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Zulassung zur Börse	Börsenangelegenheiten	Zum Besuch der Börse, zur Teilnahme am Börsenhandel und für Personen, die für ein zugelassenes Unternehmen an der Börse handeln (Börsenhändler), ist eine Zulassung auf schriftlichen Antrag durch die Geschäftsführung der Börse erforderlich. Die Voraussetzungen regelt die Börsenordnung. Ein aktuelles Verzeichnis der an der Börse zugelassenen Handelsteilnehmer ist regelmäßig von der Geschäftsführung der Börse an die Börsenaufsichtsbehörde zu übermitteln.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Zulassung als Skontroführer	Börsenangelegenheiten	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen, sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel	Börsenangelegenheiten	Zum Besuch der Börse, zur Teilnahme am Börsenhandel und für Personen, die für ein zugelassenes Unternehmen an der Börse handeln (Börsenhändler), ist eine Zulassung auf schriftlichen Antrag durch die Geschäftsführung der Börse erforderlich. Die Voraussetzungen regelt die Börsenordnung. Ein aktuelles Verzeichnis der an der Börse zugelassenen Handelsteilnehmer ist regelmäßig von der Geschäftsführung der Börse an die Börsenaufsichtsbehörde zu übermitteln.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Einbeziehung von Wertpapieren in den regulierten Markt	Börsenangelegenheiten	Zum Besuch der Börse, zur Teilnahme am Börsenhandel und für Personen, die für ein zugelassenes Unternehmen an der Börse handeln (Börsenhändler), ist eine Zulassung auf schriftlichen Antrag durch die Geschäftsführung der Börse erforderlich. Die Voraussetzungen regelt die Börsenordnung. Ein aktuelles Verzeichnis der an der Börse zugelassenen Handelsteilnehmer ist regelmäßig von der Geschäftsführung der Börse an die Börsenaufsichtsbehörde zu übermitteln.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Notierung zugelassener Wertpapiere im regulierten Markt	Börsenangelegenheiten	Zum Besuch der Börse, zur Teilnahme am Börsenhandel und für Personen, die für ein zugelassenes Unternehmen an der Börse handeln (Börsenhändler), ist eine Zulassung auf schriftlichen Antrag durch die Geschäftsführung der Börse erforderlich. Die Voraussetzungen regelt die Börsenordnung. Ein aktuelles Verzeichnis der an der Börse zugelassenen Handelsteilnehmer ist regelmäßig von der Geschäftsführung der Börse an die Börsenaufsichtsbehörde zu übermitteln.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Zulassung von Wirtschaftsgütern und Rechten	Börsenangelegenheiten	Zum Besuch der Börse, zur Teilnahme am Börsenhandel und für Personen, die für ein zugelassenes Unternehmen an der Börse handeln (Börsenhändler), ist eine Zulassung auf schriftlichen Antrag durch die Geschäftsführung der Börse erforderlich. Die Voraussetzungen regelt die Börsenordnung. Ein aktuelles Verzeichnis der an der Börse zugelassenen Handelsteilnehmer ist regelmäßig von der Geschäftsführung der Börse an die Börsenaufsichtsbehörde zu übermitteln.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Unterrichtungsnachweis für Gaststättengewerbe	Gaststätten	In bestimmten Fällen ist ein Unterrichtsnachweis zu erbringen. Ein Beispiel ist der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit. Hierzu ist eine Bescheinigung einer Industrie- und Handelskammer über die Unterrichtung zum Spieler- und Jugendschutz erforderlich. Des Weiteren ist beim Betrieb von Gaststätten mit Alkoholausschank eine Unterrichtung im Gaststättengewerbe erforderlich.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Grundlehrgänge für Gefahrgutbeauftragte	Gefahrguttransport	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Prüfung für Gefahrgutbeauftragte	Gefahrguttransport	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Schulungsveranstalter für Lehrgänge der Gefahrgutbeauftragten	Gefahrguttransport	Eine öffentliche Bekanntmachung erfolgt in unterschiedlichen Bereichen. So werden im Handwerk die Satzung, Wahlergebnisse von Arbeitnehmervertretern, sowie Beschlüsse der Vollversammlung einer Handwerkskammer öffentlich bekanntgemacht. Im Bereich des Immissionsschutzes werden sachverständige Stellen zur Verifizierung von Zuteilungsanträgen sowie Sachverständige nach dem Immissionsschutz-Gesetz bekanntgemacht; im Bereich des Gefahrguttransports sind es Schulungsveranstalter für Lehrgänge der Gefahrgutbeauftragten. Ebenso erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung bei Tierkrankheiten von allgemeinem Interesse, wie zum Beispiel der Geflügelpest.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Portal für ehrenamtliche Tätigkeiten	Bürgerengagement	Ehrenamtliches Engagement ist ein unverzichtbarer und wertvoller Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Bund, Länder und Kommunen haben deshalb in den vergangenen 15 Jahren eine umfangreiche „Kultur der Anerkennung“ entwickelt. Ein wichtiger Baustein dieser Anerkennung ist die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit, beispielsweise in Form von Ehrenamtskarten. Diese werden an besonders verdiente Engagierte ausgegeben und berechtigen dazu, Vergünstigungen bei den Partnern der Ehrenamtskarten in Anspruch zu nehmen.	Hessische Staatskanzlei
Einhaltung der Grundsätze der Guten Laborpraxis	Chemikalien	Laboratorien, die nicht-klinische gesundheits- und umweltrelevante Sicherheitsprüfungen von Stoffen oder Zubereitungen vornehmen, müssen diese unter Einhaltung der Grundsätze der Guten Laborpraxis (GLP) durchführen. Dies gilt, wenn die Ergebnisse der Sicherheitsprüfungen eine Bewertung der möglichen Gefahren der Stoffe oder Zubereitungen für Mensch und Umwelt durch die Bundesoberbehörden in einem Zulassungs-, Erlaubnis-, Registrierungs-, Anmelde- oder Mitteilungsverfahren ermöglichen sollen. Unter Zubereitungen sind Gemenge, Gemische oder Lösungen zu verstehen, die aus zwei oder mehreren Stoffen bestehen. Wer GLPpflichtig Prüfungen durchführt, kann beantragen, dass ihm eine Bescheinigung über die Einhaltung der Guten Laborpraxis erteilt wird.	Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Inverkehrbringen von giftigen Stoffen oder Zubereitungen	Chemikalien	Die Produkt- und Stoffzulassung gewährleistet den Schutz der Bürger durch Kontrolle von chemischen, biologischen, technischen und anderen Gefahrenquellen im Rahmen ihrer amtlichen Zulassung. Zulassungspflichtigen Stoffe sind unter anderem Chemikalien (giftige Stoffe, Biozid), Pflanzenschutzmittel, oder Fahrzeuge und Telekommunikationsanlagen. Amtliche Zulassungsverfahren sind weiterhin in den folgenden Bereichen vorgesehen: Gewerbe (Spielgeräte, Medizinprodukte), Sicherheit und Ordnung (Explosivstoffe, Sprengzubehör), Tierhaltung und Tierschutz (Futtermittel, Tierimpfstoffe) und andere.	Regierungspräsidium
Sachkundeprüfung nach ChemVerbotsV	Chemikalien	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Prüfungs- und Bescheinigungsstellen nach Chemikalien-Klimaschutzverordnung	Chemikalien	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Regierungspräsidium
Fortbildungsveranstaltungen zum Erwerb der Sachkunde nach ChemikalienOzonschichtverordnung	Chemikalien	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Betriebe für die klimaschutzgerechte Installation, Wartung und Instandhaltung von Anlagen	Chemikalien	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Meldung von Verfahren automatisierter Verarbeitungen	Datenschutz	Grundsätzlich müssen alle Verfahren automatisierter Verarbeitungen personenbezogener Daten bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde gemeldet werden. Die Verfahren automatisierter Verarbeitungen, in denen personenbezogene Daten geschäftsmäßig zum Zweck der (anonymisierten) Übermittlung oder der Markt- und Meinungsforschung gespeichert werden, unterliegen ohne Ausnahme der Meldepflicht. Für Verfahren automatisierter Verarbeitungen personenbezogener Daten, die anderen Zwecken dienen, kann die Meldepflicht unter bestimmten Voraussetzungen entfallen.	Hessischer Datenschutzbeauftragter
Denkmalförderung	Denkmalschutz	Gegenstand der Denkmalförderung sind Kulturdenkmale einschließlich Ensembles oder einzelne Teile sowie der Umgebungsschutzbereich, wenn die erforderlichen Maßnahmen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Denkmal stehen. Zuwendungen werden als nichtrückzahlbare Zuschüsse ausschließlich für noch nicht begonnen Vorhaben gewährt. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligung der Zuwendung erfolgt durch einen Bescheid unter Angabe der ermittelten zuwendungsfähigen Ausgaben und des genauen Verwendungszwecks der Fördermittel.	Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Denkmalverzeichnis	Denkmalschutz	Da der Denkmalschutz in Deutschland unter die Kulturhoheit der Bundesländer fällt, erlässt jedes Land ein eigenes Denkmalschutzgesetz und führt eine Denkmalliste. Durch Eigentümer oder von Amts wegen kann eine Eintragung darin beantragt werden. Zuständig für die Bearbeitung und Eintragung ist die untere Denkmalbehörde. Die Denkmalliste ist öffentlich, wobei in manchen Bundesländern ein berechtigtes Interesse nachgewiesen werden muss.	Landesamt für Denkmalpflege Hessen
Ehrung der Arbeitsjubilantinnen und -jubilare privater Unternehmen	Ehrungen	k.A.	Hessische Staatskanzlei
Hessischer Verdienstorden / Hessischer Verdienstorden am Bande	Ehrungen	k.A.	Hessische Staatskanzlei
Ehrungen für Lebensretter	Ehrungen	k.A.	Hessische Staatskanzlei
Überlassung eines Fahrzeuges	Fahrzeugzulassung	Wer sich eines Personenkraftwagens („Altautos“) oder leichten Nutzfahrzeugs entledigen will oder muss, ist verpflichtet, dieses nur einer anerkannten Annahmestelle, Rücknahmestelle oder einem Demontagebetrieb zu überlassen. Dort wird ein Verwertungsnachweis über die Stilllegung ausgestellt, der zur Abmeldung bei der Kfz- Zulassungsstelle vorzulegen ist. Altfahrzeuge müssen einer ordnungsgemäßen Verwertung gemäß der Vorschriften der Altfahrzeugverordnung zugeführt werden, was der Demontagebetrieb über den Verwertungsnachweises zusichert.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Bauart von Fahrzeugteilen	Fahrzeugzulassung	Die Produkt- und Stoffzulassung gewährleistet den Schutz der Bürger durch Kontrolle von chemischen, biologischen, technischen und anderen Gefahrenquellen im Rahmen ihrer amtlichen Zulassung. Zulassungspflichtige Stoffe sind unter anderem Chemikalien (giftige Stoffe, Biozid), Pflanzenschutzmittel oder Fahrzeuge und Telekommunikationsanlagen. Amtliche Zulassungsverfahren sind weiterhin in den folgenden Bereichen vorgesehen: Gewerbe (Spielgeräte, Medizinprodukte), Sicherheit und Ordnung (Explosivstoffe, Sprengzubehör), Tierhaltung und Tierschutz (Futtermittel, Tierimpfstoffe) und andere.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Sachverständige nach Altfahrzeug-Verordnung	Fahrzeugzulassung	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Instandsetzerkennzeichen	Eichrecht	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Hessische Eichdirektion
Sachkunde zum Betrieb einer öffentlichen Waage	Eichrecht	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Hessische Eichdirektion

Staatliche Anerkennung als Prüfstelle für die Eichung von Messgeräten für Elektrizität, Gas, Wasser oder Wärme und Instandsetzer	Eichrecht	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessische Eichdirektion
Anzeige des Betriebs einer öffentlichen Waage	Eichrecht	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Hessische Eichdirektion
Elterngeld	Familienförderung	Eltern können zwischen dem Elterngeld und dem ElterngeldPlus wählen oder beides kombinieren. Das Elterngeld wird schriftlich beantragt, wobei in dem Antrag festgelegt wird, wer von den beiden Eltern wann das Elterngeld beziehen möchte. Bei gemeinsamer Beantragung müssen beide Eltern unterschreiben.	Hessisches Amt für Versorgung und Soziales
Zuwendungen bei Mehrlingsgeburten	Familienförderung	Bei der Geburt von Mehrlingen können gegebenenfalls zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden. Hierzu gibt es eine Vielzahl an möglichen Leistungen wie finanzielle Zuwendungen, Kinderbetreuung, Haushaltshilfen und Kuren. Es handelt sich dabei teilweise um freiwillige staatliche Leistungen ohne Rechtsanspruch.	Hessische Staatskanzlei
Fischerprüfung	Fischerei	Der Fischereischein ist ein Erlaubnisschein, der es dem Inhaber erlaubt, zu angeln oder zu fischen. Voraussetzung ist eine bestandene Fischerprüfung. Zusätzlich zum Fischereischein ist die Erlaubnis derjenigen Person notwendig, die das Fischereirecht für das Gewässer hat, in dem gefischt werden soll.	Landrat als Behörde der Landesverwaltung
Eintragung eines Berechtigten im Grundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Grundbuch-Eintragung Erbbaurecht	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht

Eintragung eines Erbbaurechts an mehreren Grundstücken oder Erbbaurechten im Grundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Eintragungsbewilligung für das Grundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Eintragungserklärung für das Grundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Grundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Grundbuchabschrift	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht

Grundbucheinsicht	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Grundpfandrechte im Grundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Grundstückseigentümerrechte im Grundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Grundstück im Grundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Regierungspräsidium
Löschungsbewilligung für das Grundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht

Wohnungsgrundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Teileigentumsgrundbuch	Grundbuch	Grundbuchangelegenheiten fallen in den Bereich der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein Grundbucheintrag gibt die privatrechtlichen Verhältnisse eines Grundstücks an, d.h. zum Beispiel hinsichtlich des Eigentümers eines Grundstückes oder einer möglichen Grundschuld. Zu den weiteren Einträgen zählen die Erbenberichtigung, Grunddienstbarkeiten, Vormerkungen, Nießbrauchrecht, Teilungserklärungen, Zwangssicherungshypotheken und die Löschung von Rechten. Auch wenn das Grundbuch als öffentliches Register gilt, ist eine Einsicht nur bei berechtigtem Interesse möglich. Neben der Bearbeitung von Anträgen auf Löschung bzw. Änderung von Einträgen können kostenpflichtige Grundbuchabschriften mit Beglaubigung erteilt werden.	Amtsgericht
Genossenschaftsregister	Genossenschaftsregister	Das Genossenschaftsregister ist ein öffentliches Register, das über die Rechtsverhältnisse einer eingetragenen Genossenschaft (eG) Auskunft gibt und zu Informationszwecken Einsicht gestattet. Das Genossenschaftsregister wird bei den Amtsgerichten geführt. Der schriftlich abzufassende Gründungsvertrag über die Errichtung einer Genossenschaft und rechtliche Veränderungen sind dem Genossenschaftsregister zur Eintragung einzureichen.	Amtsgericht
Errichtung und Betrieb gentechnischer Anlagen	Gentechnik	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Schuldnerverzeichnis	Gerichtliche Leistungen	Das Schuldnerverzeichnis dient dazu, den Geschäftsverkehr vor nicht kreditwürdigen Personen zu schützen. Im Schuldnerverzeichnis werden insbesondere Personen eingetragen, die der Verpflichtung zur Abgabe einer Vermögensauskunft nicht nachgekommen sind oder denen eine Befriedigung der Gläubiger nicht möglich ist. Die elektronischen Schuldnerverzeichnisse werden bei den zentralen Vollstreckungsgerichten der Länder geführt. Bei berechtigtem Interesse wird Auskunft über einzelne Einträge oder die eigenen Datensätze gewährt.	Amtsgericht
Ausschlagung der Erbschaft	Gerichtliche Leistungen	Nach deutschem Recht geht eine Erbschaft mit dem Tod des Erblassers oder der Erblasserin automatisch auf die Erben über. Soll die Erbschaft nicht angetreten werden, ist eine ausdrückliche Ausschlagungserklärung notwendig. Zuständig ist das jeweilige Amtsgericht.	Amtsgericht
Betreuer	Gerichtliche Leistungen	In bestimmten Rechtsfragen können Betreuer, Verfahrenspfleger, Abwesenheitspfleger für eine Pflegschaft für unbekannte Beteiligte durch ein Gericht bestellt werden. Im Gegensatz zur Betreuung, welche einem volljährigen Betroffenen einen Betreuer unbefristet in bestimmten Lebensbereichen zur Seite stellt, gilt eine Pflegschaft für einen klar umrissenen Sachverhalt oder Zeitraum. In anderen gerichtlichen Kontexten können Güterichter bestimmt, Notarvertreter bestellt sowie allgemein beeidigte oder ermächtigte Dolmetscher bzw. Übersetzer berufen werden.	Amtsgericht

Prozesskostenhilfe	Gerichtliche Leistungen	Prozesskostenhilfe kann beantragt werden, falls Kläger nachweislich nicht im Stande sind, berechnete Forderungen vor Gericht durchzusetzen, oder Beklagte nicht in der Lage sind, sich gegen Ansprüche anderer zu verteidigen. In familiengerichtlichen Angelegenheiten und den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird die Prozesskostenhilfe Verfahrenskostenhilfe genannt. Prozesskostenhilfe kann weiterhin für die Zwangsvollstreckung oder als Vorschuss bewilligt werden. Angeklagte in Strafverfahren erhalten generell keine Prozesskostenhilfe.	Amtsgericht
Erbschein	Gerichtliche Leistungen	Das Nachlassgericht kann dem Erben ein Erbschein als Zeugnis über sein Erbrecht erteilen. Der Erbschein wird auf Antrag des Erben vom Amtsgericht, das als Nachlassgericht fungiert, erteilt.	Amtsgericht
Testament	Gerichtliche Leistungen	Zentrale Register sind elektronische Registrierungsstellen der Bundesnotarkammer für private sowie notarielle Vollmachten und Verfügungen aus dem gesamten Bundesgebiet. Damit besteht die Möglichkeit Registrierungen zum Testament, zur Vorsorge, Patientenverfügung und Betreuung vorzunehmen. Im plötzlich eintretenden Notfall können somit Klärungen über die elektronisch geführten Inhalte in den zentralen Registern erfolgen. Des Weiteren können auch Sorgerechtsverfügungen sowie Todeserklärungen verwahrt werden.	Amtsgericht
Abdrucke aus dem Schuldnerverzeichnis	Gerichtliche Leistungen	Das Schuldnerverzeichnis dient dazu, den Geschäftsverkehr vor nicht kreditwürdigen Personen zu schützen. Im Schuldnerverzeichnis werden insbesondere Personen eingetragen, die der Verpflichtung zur Abgabe einer Vermögensauskunft nicht nachgekommen sind, oder denen eine Befriedigung der Gläubiger nicht möglich ist. Die elektronischen Schuldnerverzeichnisse werden bei den zentralen Vollstreckungsgerichten der Länder geführt. Bei berechtigtem Interesse wird Auskunft über einzelne Einträge oder die eigenen Datensätze gewährt.	Amtsgericht
Zwangsversteigerung	Gerichtliche Leistungen	Das Zwangsvollstreckungsrecht ist ein staatliches Verfahren zur zwangsweisen Durchsetzung oder Sicherung von zivilrechtlichen Ansprüchen eines Gläubigers gegenüber einem Schuldner. Schuldet eine Person Geld aus einem Vollstreckungstitel und kommt der Zahlungsverpflichtung nicht nach, kann ein Gerichtsvollzieher zur Durchsetzung der Geldforderung beauftragt werden. Dazu gehören Vorschriften über die Pfändung und Verwertung von beweglichen Gegenständen, die Zwangsversteigerung und -verwaltung von Immobilien und die Forderungspfändung wie zum Beispiel die Lohn- und Gehaltspfändung. Die Zuständigkeit liegt bei den jeweiligen Amtsgerichten.	Amtsgericht
Verzeichnis der allgemeinen beeidigten Dolmetscher	Gerichtliche Leistungen	Über Personen, die bestimmte Berufe ausüben bzw. über ganze Unternehmen, können Register geführt werden. In der Regel erfolgt die Eintragung automatisch, für bestimmte Berufe ist ein schriftlicher Antrag auf Eintragung in das jeweilige Register zu stellen. Bestimmte Änderungen sind melde- bzw. eintragungspflichtig, Löschungen sind teilweise ebenso meldepflichtig. Ein Registerauszug ist ein Auszug aus dem Register um Auskünfte zu unterschiedlichen Informationen über die registrierte Person oder das Unternehmen zu erhalten.	Landgericht
Erbaueinandersetzung	Gerichtliche Leistungen	Bei Streitigkeiten kann zur außergerichtlichen Streitschlichtung ein Schlichtungsversuch unternommen werden. Indem bei der Streitschlichtung mit dem Gegner eine einvernehmliche Lösung gefunden wird, sollen Anzeigen, Klagen vor Gericht und ein langer Rechtsstreit vermieden werden. Zur Einleitung des Schlichtungsversuchs ist bei der jeweiligen Gütestelle ein schriftlicher Antrag einzureichen. Eine Vermittlung kann auch bei Erbaueinandersetzung dazu beitragen, eine außergerichtliche Einigung herbeizuführen.	Amtsgericht

Scheidungsantrag	Gerichtliche Leistungen	Eine Ehe kann durch das Familiengericht geschieden werden, wenn sie gescheitert ist. Ehepartner müssen vor Einreichung eines Scheidungsantrags mindestens ein Jahr getrennt gelebt haben. In dem Scheidungsverfahren regelt das Familiengericht auf Antrag eines oder beider Ehegatten auch die Angelegenheiten, die mit der Scheidung im Zusammenhang stehen, wie zum Beispiel elterliche Sorge, der Umgang mit den gemeinsamen Kindern, Unterhaltsansprüche, die Aufteilung des Hausrates, usw. Unter bestimmten Umständen ist zudem eine Anerkennung von ausländischen Scheidungsurteilen möglich.	Amtsgericht
Maßnahmen der Zwangsvollstreckung	Gerichtliche Leistungen	Das Zwangsvollstreckungsrecht ist ein staatliches Verfahren zur zwangsweisen Durchsetzung oder Sicherung von zivilrechtlichen Ansprüchen eines Gläubigers gegenüber einem Schuldner. Schuldet eine Person Geld aus einem Vollstreckungstitel und kommt der Zahlungsverpflichtung nicht nach, kann ein Gerichtsvollzieher zur Durchsetzung der Geldforderung beauftragt werden. Dazu gehören Vorschriften über die Pfändung und Verwertung von beweglichen Gegenständen, die Zwangsversteigerung und -verwaltung von Immobilien und die Forderungspfändung wie zum Beispiel die Lohn- und Gehaltspfändung. Die Zuständigkeit liegt bei den jeweiligen Amtsgerichten.	Amtsgericht
Erinnerung gegen die Art und Weise der Zwangsvollstreckung	Gerichtliche Leistungen	Das Zwangsvollstreckungsrecht ist ein staatliches Verfahren zur zwangsweisen Durchsetzung oder Sicherung von zivilrechtlichen Ansprüchen eines Gläubigers gegenüber einem Schuldner. Schuldet eine Person Geld aus einem Vollstreckungstitel und kommt der Zahlungsverpflichtung nicht nach, kann ein Gerichtsvollzieher zur Durchsetzung der Geldforderung beauftragt werden. Dazu gehören Vorschriften über die Pfändung und Verwertung von beweglichen Gegenständen, die Zwangsversteigerung und -verwaltung von Immobilien und die Forderungspfändung wie zum Beispiel die Lohn- und Gehaltspfändung. Die Zuständigkeit liegt bei den jeweiligen Amtsgerichten.	Amtsgericht
Widerspruch gegen die Anordnung zur Eintragung in das Schuldnerverzeichnis	Gerichtliche Leistungen	Das Schuldnerverzeichnis dient dazu, den Geschäftsverkehr vor nicht kreditwürdigen Personen zu schützen. Im Schuldnerverzeichnis werden insbesondere Personen eingetragen, die der Verpflichtung zur Abgabe einer Vermögensauskunft nicht nachgekommen sind, oder denen eine Befriedigung der Gläubiger nicht möglich ist. Die elektronischen Schuldnerverzeichnisse werden bei den zentralen Vollstreckungsgerichten der Länder geführt. Bei berechtigtem Interesse wird Auskunft über einzelne Einträge oder die eigenen Datensätze gewährt.	Amtsgericht
Löschung einer Eintragung im Schuldnerverzeichnis	Gerichtliche Leistungen	Das Schuldnerverzeichnis dient dazu, den Geschäftsverkehr vor nicht kreditwürdigen Personen zu schützen. Im Schuldnerverzeichnis werden insbesondere Personen eingetragen, die der Verpflichtung zur Abgabe einer Vermögensauskunft nicht nachgekommen sind, oder denen eine Befriedigung der Gläubiger nicht möglich ist. Die elektronischen Schuldnerverzeichnisse werden bei den zentralen Vollstreckungsgerichten der Länder geführt. Bei berechtigtem Interesse wird Auskunft über einzelne Einträge oder die eigenen Datensätze gewährt.	Amtsgericht
Flurbereinigung	Flurstücksangelegenheiten	Eine Flurbereinigung dient dem Ziel, eine raumordnerisch gewollte, regionaltypische, ökonomisch sinnvolle und umweltverträgliche Nutzung des Grund und Bodens (Landnutzung) auf der Grundlage konzeptioneller Vorgaben in sozialverträglicher Weise zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern. Flurstücksbildung ist die Zerlegung von einem Flurstück in zwei oder mehrere neue Flurstücke. Die neu gebildeten Flurstücke sind Voraussetzung, damit diese als selbständige Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden können. Eine besonders schnelle Variante der Flurstücksbildung ist die Sonderung. Sie kann durchgeführt werden, wenn auf Grundlage des Liegenschaftskatasters die Bestimmung der neuen Flurstücksgrenzen und die Flächenberechnung genau und zuverlässig erfolgen kann.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation

Flurstück	Flurstücksangelegenheiten	Eine Flurbereinigung dient dem Ziel, eine raumordnerisch gewollte, regionaltypische, ökonomisch sinnvolle und umweltverträgliche Nutzung des Grund und Bodens (Landnutzung) auf der Grundlage konzeptioneller Vorgaben in sozialverträglicher Weise zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern. Flurstücksbildung ist die Zerlegung von einem Flurstück in zwei oder mehrere neue Flurstücke. Die neu gebildeten Flurstücke sind Voraussetzung, damit diese als selbständige Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden können. Eine besonders schnelle Variante der Flurstücksbildung ist die Sonderung. Sie kann durchgeführt werden, wenn auf Grundlage des Liegenschaftskatasters die Bestimmung der neuen Flurstücksgrenzen und die Flächenberechnung genau und zuverlässig erfolgen kann.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Identitätsbescheinigung für Flurstücke	Flurstücksangelegenheiten	Eine Flurbereinigung dient dem Ziel, eine raumordnerisch gewollte, regionaltypische, ökonomisch sinnvolle und umweltverträgliche Nutzung des Grund und Bodens (Landnutzung) auf der Grundlage konzeptioneller Vorgaben in sozialverträglicher Weise zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern. Flurstücksbildung ist die Zerlegung von einem Flurstück in zwei oder mehrere neue Flurstücke. Die neu gebildeten Flurstücke sind Voraussetzung, damit diese als selbständige Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden können. Eine besonders schnelle Variante der Flurstücksbildung ist die Sonderung. Sie kann durchgeführt werden, wenn auf Grundlage des Liegenschaftskatasters die Bestimmung der neuen Flurstücksgrenzen und die Flächenberechnung genau und zuverlässig erfolgen kann.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Flurbereinigungsplan	Flurstücksangelegenheiten	Eine Flurbereinigung dient dem Ziel, eine raumordnerisch gewollte, regionaltypische, ökonomisch sinnvolle und umweltverträgliche Nutzung des Grund und Bodens (Landnutzung) auf der Grundlage konzeptioneller Vorgaben in sozialverträglicher Weise zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern. Flurstücksbildung ist die Zerlegung von einem Flurstück in zwei oder mehrere neue Flurstücke. Die neu gebildeten Flurstücke sind Voraussetzung, damit diese als selbständige Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden können. Eine besonders schnelle Variante der Flurstücksbildung ist die Sonderung. Sie kann durchgeführt werden, wenn auf Grundlage des Liegenschaftskatasters die Bestimmung der neuen Flurstücksgrenzen und die Flächenberechnung genau und zuverlässig erfolgen kann.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren	Flurstücksangelegenheiten	Eine Flurbereinigung dient dem Ziel, eine raumordnerisch gewollte, regionaltypische, ökonomisch sinnvolle und umweltverträgliche Nutzung des Grund und Bodens (Landnutzung) auf der Grundlage konzeptioneller Vorgaben in sozialverträglicher Weise zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern. Flurstücksbildung ist die Zerlegung von einem Flurstück in zwei oder mehrere neue Flurstücke. Die neu gebildeten Flurstücke sind Voraussetzung, damit diese als selbständige Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden können. Eine besonders schnelle Variante der Flurstücksbildung ist die Sonderung. Sie kann durchgeführt werden, wenn auf Grundlage des Liegenschaftskatasters die Bestimmung der neuen Flurstücksgrenzen und die Flächenberechnung genau und zuverlässig erfolgen kann.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes	Flurstücksangelegenheiten	Eine Flurbereinigung dient dem Ziel, eine raumordnerisch gewollte, regionaltypische, ökonomisch sinnvolle und umweltverträgliche Nutzung des Grund und Bodens (Landnutzung) auf der Grundlage konzeptioneller Vorgaben in sozialverträglicher Weise zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern. Flurstücksbildung ist die Zerlegung von einem Flurstück in zwei oder mehrere neue Flurstücke. Die neu gebildeten Flurstücke sind Voraussetzung, damit diese als selbständige Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden können. Eine besonders schnelle Variante der Flurstücksbildung ist die Sonderung. Sie kann durchgeführt werden, wenn auf Grundlage des Liegenschaftskatasters die Bestimmung der neuen Flurstücksgrenzen und die Flächenberechnung genau und zuverlässig erfolgen kann.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation

Sonderung	Flurstücksangelegenheiten	Eine Flurbereinigung dient dem Ziel, eine raumordnerisch gewollte, regionaltypische, ökonomisch sinnvolle und umweltverträgliche Nutzung des Grund und Bodens (Landnutzung) auf der Grundlage konzeptioneller Vorgaben in sozialverträglicher Weise zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern. Flurstücksbildung ist die Zerlegung von einem Flurstück in zwei oder mehrere neue Flurstücke. Die neu gebildeten Flurstücke sind Voraussetzung, damit diese als selbständige Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden können. Eine besonders schnelle Variante der Flurstücksbildung ist die Sonderung. Sie kann durchgeführt werden, wenn auf Grundlage des Liegenschaftskatasters die Bestimmung der neuen Flurstücksgrenzen und die Flächenberechnung genau und zuverlässig erfolgen kann.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Erstaufforstung von Waldflächen	Forst	Die Forstaufsicht ist die hoheitliche Tätigkeit der Forstbehörden, um Wald zu erhalten, vor Schäden zu bewahren, seine ordnungsgemäße, nachhaltige, planmäßige und sachkundige Bewirtschaftung zu sichern und den Revierdienst zu gewährleisten. Bei Wald der im Alleineigentum des Bundes steht und auch bei Privatwald wacht das staatliche Forstamt darüber, dass die gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt werden, Zuwiderhandlungen verhütet, verfolgt und geahndet werden.	Regierungspräsidium
Forstbetriebsgemeinschaft	Forst	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Forstwirtschaftliche Vereinigung	Forst	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Rodung von Waldflächen	Forst	Die Forstaufsicht ist die hoheitliche Tätigkeit der Forstbehörden, um Wald zu erhalten, vor Schäden zu bewahren, seine ordnungsgemäße, nachhaltige, planmäßige und sachkundige Bewirtschaftung zu sichern und den Revierdienst zu gewährleisten. Bei Wald der im Alleineigentum des Bundes steht und auch bei Privatwald wacht das staatliche Forstamt darüber, dass die gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt werden, Zuwiderhandlungen verhütet, verfolgt und geahndet werden.	Regierungspräsidium
Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart	Forst	Die Umwandlung der Nutzungsart von Flächen bedarf der vorherigen, zeitweiligen oder dauerhaften Genehmigung durch die zuständigen Stellen. Die Waldumwandlungsgenehmigung bei Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart wird in der Regel in ein anderes Verwaltungsverfahren integriert. Eine so genannte konzentrierte Waldumwandlungsgenehmigung erfolgt im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren, Immissionsschutzrechtlichen Genehmigung, Bergrechtlichen Genehmigungsverfahren oder Planfeststellungsverfahren.	Regierungspräsidium
Zulassung von Ausgangsmaterial zur Erzeugung von forstlichem Vermehrungsgut	Forst	Die Produkt- und Stoffzulassung gewährleistet den Schutz der Bürger durch Kontrolle von chemischen, biologischen, technischen und anderen Gefahrenquellen im Rahmen ihrer amtlichen Zulassung. Zulassungspflichtige Stoffe sind unter anderem Chemikalien (giftige Stoffe, Biozid), Pflanzenschutzmittel oder Fahrzeuge und Telekommunikationsanlagen. Amtliche Zulassungsverfahren sind weiterhin in den folgenden Bereichen vorgesehen: Gewerbe (Spielgeräte, Medizinprodukte), Sicherheit und Ordnung (Explosivstoffe, Sprengzubehör), Tierhaltung und Tierschutz (Futtermittel, Tierimpfstoffe) und andere.	Regierungspräsidium

Anzeige eines Forstsaamen- oder Forstpflanzenbetriebes	Forst	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Bestellung zum Bezirksschornsteinfeger	Gewerbe	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Bezirksschornsteinfeger	Gewerbe	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Führung von Gesundheitsfachberufsbezeichnungen	Gewerbe	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Gewerbe	Gewerbe	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Sachverständige	Gewerbe	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Betrieb eines Energieversorgungsnetzes	Gewerbe	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Ein-, Durch-, Ausfuhren und innergemeinschaftliche Verbringungen nach tierseuchen- und lebensmittelrechtlichen Vorschriften	Gewerbe	Alle Waren, die aus einem Nicht-EU-Staat eingeführt bzw. in einem solchen Staat ausgeführt werden, müssen durch den Zoll abgefertigt werden. Besonders sensible Waren bedürfen zusätzlich einer Genehmigung oder Zertifizierung, um ihre Ein- bzw. Ausfuhr zu ermöglichen. Dazu gehören unter anderem Arzneimittel, eingetragene Archivgute und geschützte Pflanzen- und Tierarten. Ebenso genehmigungspflichtig sind die Einfuhr von Wirbeltieren aus Drittländern zu Versuchszwecken oder von Schadorganismen im Rahmen von pflanzenschutztechnischen Forschungsprojekten.	Landesbetrieb Hessisches Landeslabor
Gewerbsmäßiger Umgang mit Giftstoffen	Gewerbe	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Hufbeschlagschmied	Gewerbe	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Registrierung von Lebensmittelbetrieben	Gewerbe	Über Personen, die bestimmte Berufe ausüben bzw. über ganze Unternehmen, können Register geführt werden. In der Regel erfolgt die Eintragung automatisch, für bestimmte Berufe ist ein schriftlicher Antrag auf Eintragung in das jeweilige Register zu stellen. Bestimmte Änderungen sind melde- bzw. eintragungspflichtig, Löschungen sind teilweise ebenso meldepflichtig. Ein Registerauszug ist ein Auszug aus dem Register um Auskünfte zu unterschiedlichen Informationen über die registrierte Person oder das Unternehmen zu erhalten.	Regierungspräsidium
Sachverständige für Gegenproben	Gewerbe	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Anzeige des gewerblichen Umgangs mit Medizinprodukten	Gewerbe	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium

Prüfungsnummer für Deutschen Weinbrand	Gewerbe	Die Produkt- und Stoffzulassung gewährleistet den Schutz der Bürger durch Kontrolle von chemischen, biologischen, technischen und anderen Gefahrenquellen im Rahmen ihrer amtlichen Zulassung. Zulassungspflichtige Stoffe sind unter anderem Chemikalien (giftige Stoffe, Biozid), Pflanzenschutzmittel oder Fahrzeuge und Telekommunikationsanlagen. Amtliche Zulassungsverfahren sind weiterhin in den folgenden Bereichen vorgesehen: Gewerbe (Spielgeräte, Medizinprodukte), Sicherheit und Ordnung (Explosivstoffe, Sprengzubehör), Tierhaltung und Tierschutz (Futtermittel, Tierimpfstoffe) und andere.	Regierungspräsidium
Eignung als sachverständige Stelle laut Heizkostenverordnung	Gewerbe	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessische Eichdirektion
Anzeige einer selbstständigen Tätigkeit in einem Heilberuf	Gewerbe	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Beschwerde- und Schlichtungsverfahren nach Energiewirtschaftsgesetz	Gewerbe	Die Versorgung mit Strom und Gas ist an vielfältigen rechtlichen und technischen Anforderungen geknüpft. Dadurch kann es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Verbraucher und Energieversorger kommen. In solchen Fällen, insb. wenn der direkte Kontakt mit dem Versorger nicht zur Lösung genügt, kann sich der Verbraucher an die Schlichtungsstelle Energie wenden.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Verkehrsfähigkeit von Medizinprodukten	Gewerbe	Medizinprodukteherstellung, -betrieb und -kontrolle sind Maßnahmen, die gewährleisten, dass Medizinprodukte in Deutschland sicher produziert und nur gemäß ihrer Entsprechung angewendet werden. Die Maßnahmen umfassen, unter anderem, die Überwachung der Vorschriften zur Herstellung und zum Umgang mit Medizinprodukten sowie die Durchführung und Kennzeichnung der Messtechnischen Kontrolle (MTK), d.h. die Kontrolle der Messgenauigkeit von Medizinprodukten mit Messfunktion, beides laut Medizinprodukte-Betreiberverordnung. Weiterhin gehört die Prüfung und Eintragung in das Medizinprüfbuch dazu, d.h. eine zusammenfassende Dokumentation aller Daten eines energetisch betriebenen Medizinprodukts, wie Betreiber, Inventarnummer, Seriennummer, Funktionsprüfung, Prüfdaten, Ergebnis von vorgeschriebenen sicherheits- und messtechnischen Kontrollen, usw. Hinzu kommen die Anzeige des Betriebs einer medizinischen bzw. einer nichtmedizinischen Röntgeneinrichtung, die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung eines Störstrahlers, sowie die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb oder wesentlichen Veränderung einer Röntgeneinrichtung zur Teleradiologie, für Dentalröntgeneinrichtungen oder zur Werkstoffprüfung.	Regierungspräsidium

Betrieb eines Gewerbes nach dem Tode des Gewerbetreibenden ohne befähigten Stellvertreter	Gewerbe	Ein Betrieb, dessen Inhaber verstorben ist oder dem die Erlaubnis zum Betreiben eines erlaubnispflichtigen Gewerbes wegen Unzuverlässigkeit entzogen wurde, kann durch einen Stellvertreter weitergeführt werden. Bei Gewähr ordnungsgemäßer Führung kann die zuständige Stelle einem entsprechenden Antrag stattgeben oder gestatten, dass das Gewerbe bis zur Dauer eines Jahres nach dem Tode der Gewerbetreibenden auch ohne eine solche Stellvertretung betrieben wird.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Fortführung eines Gewerbebetriebs durch einen Stellvertreter	Gewerbe	Ein Betrieb, dessen Inhaber verstorben ist oder dem die Erlaubnis zum Betreiben eines erlaubnispflichtigen Gewerbes wegen Unzuverlässigkeit entzogen wurde, kann durch einen Stellvertreter weitergeführt werden. Bei Gewähr ordnungsgemäßer Führung kann die zuständige Stelle einem entsprechenden Antrag stattgeben oder gestatten, dass das Gewerbe bis zur Dauer eines Jahres nach dem Tode der Gewerbetreibenden auch ohne eine solche Stellvertretung betrieben wird.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Fahrlehrerausbildungsstätten	Gewerbe	Bildungsstätten werden bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen anerkannt. Bildungsstätten sind unter anderem Forschungseinrichtungen, Ausbildungsstätten, Schulungsveranstalter für Ausbildungen, Ausbildungsorganisationen, Weiterbildungsstätten, Privathochschulen, Niederlassungen von Hochschulen, Berufsakademien, Ergänzungsschulen, Ersatzschulen, Privatschulen und Deutsche Schulen im Ausland.	Regierungspräsidium
Präqualifikationsverfahren im Baubereich (VOB)	Gewerbe	Unter Präqualifizierung versteht man eine Eignungsprüfung, bei der potenzielle Lieferanten nach bestimmten Vorgaben unabhängig von einer konkreten öffentlichen Ausschreibung, ihre Fachkunde und Leistungsfähigkeit nachweisen. Präqualifikationsverfahren sind in Deutschland in unterschiedlichen Leistungsbereichen vorgesehen, darunter im Liefer- und Dienstleistungsbereich (VOL/A), im Baubereich (VOB), sowie Präqualifikationsverfahren im freiberuflichen Bereich (VOF). Nach erfolgreicher Teilnahme erhalten Unternehmen eine Präqualifikation, die sie in der Regel von der Pflicht zur Einreichung von Einzelnachweisen bei Teilnahme an öffentlichen Vergabeverfahren in den jeweiligen Bereichen entbindet.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Präqualifikationsverfahren im freiberuflichen Bereich (VOF)	Gewerbe	Unter Präqualifizierung versteht man eine Eignungsprüfung, bei der potenzielle Lieferanten nach bestimmten Vorgaben unabhängig von einer konkreten öffentlichen Ausschreibung, ihre Fachkunde und Leistungsfähigkeit nachweisen. Präqualifikationsverfahren sind in Deutschland in unterschiedlichen Leistungsbereichen vorgesehen, darunter im Liefer- und Dienstleistungsbereich (VOL/A), im Baubereich (VOB), sowie Präqualifikationsverfahren im freiberuflichen Bereich (VOF). Nach erfolgreicher Teilnahme erhalten Unternehmen eine Präqualifikation, die sie in der Regel von der Pflicht zur Einreichung von Einzelnachweisen bei Teilnahme an öffentlichen Vergabeverfahren in den jeweiligen Bereichen entbindet.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Negativbescheinigung über die Anhängigkeit eines Insolvenzverfahrens	Gewerbe	Die Zuverlässigkeitsüberprüfung wird für bestimmte Personen unterschiedlicher Berufsgruppen durchgeführt. Nach der bestandenen Zuverlässigkeitsprüfung erfolgt die Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung. Solche Berufsgruppen sind unter anderem Gewerbetreibende bei überwachungsbedürftigen Gewerben, Güterkraftverkehrsgeschäfte, sowie der Luftverkehr. Gegebenenfalls ist darüber hinaus eine gesonderte Erlaubniserteilung im Einzelfall erforderlich.	Amtsgericht
Konzession für Privatkranken- und Privatentbindungsanstalten sowie Privatnervenkliniken	Gewerbe	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium

Sachverständige zur Zertifizierung von Erstbehandlungsanlagen von Altgeräten	Gewerbe	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Daten im Vermittlerregister	Gewerbe	Über Personen, die bestimmte Berufe ausüben bzw. über ganze Unternehmen, können Register geführt werden. In der Regel erfolgt die Eintragung automatisch, für bestimmte Berufe ist ein schriftlicher Antrag auf Eintragung in das jeweilige Register zu stellen. Bestimmte Änderungen sind melde- bzw. eintragungspflichtig, Löschungen sind teilweise ebenso meldepflichtig. Ein Registerauszug ist ein Auszug aus dem Register um Auskünfte zu unterschiedlichen Informationen über die registrierte Person oder das Unternehmen zu erhalten.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Untersuchungsstellen für den Bereich des BBodSchG	Gewerbe	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrzeignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Güterrechtsregister	Güterrechtsregister	Mit der Eheschließung gilt, sofern keine ehevertraglichen Vereinbarungen anderer Art vorliegen, für das jeweilige Ehepaar der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft. Abweichende Bestimmung können nach Bundesgesetzbuch im Güterrechtsregister vermerkt werden, sowohl hinsichtlich Gütertrennung als auch Gütergemeinschaft. Zuständig für den jeweiligen Eintrag ins Güterrechtsregister ist das örtliche Amtsgericht.	Amtsgericht
Berufszugangsvoraussetzungen nach § 3 GüKG und GBZugV	Güterverkehr	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Bescheinigung über die fachliche Eignung für den innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr	Güterverkehr	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnisurkunde für den gewerblichen Güterkraftverkehr	Güterverkehr	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium

finanzielle Leistungsfähigkeit von Unternehmen des Güterkraftverkehrs	Güterverkehr	Die Zuverlässigkeitsüberprüfung wird für bestimmte Personen unterschiedlicher Berufsgruppen durchgeführt. Nach der bestandenen Zuverlässigkeitsprüfung erfolgt die Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung. Solche Berufsgruppen sind unter anderem Gewerbetreibende bei überwachungsbedürftigen Gewerben, Güterkraftverkehrsgeschäfte sowie der Luftverkehr. Gegebenenfalls ist darüber hinaus eine gesonderte Erlaubniserteilung im Einzelfall erforderlich.	Regierungspräsidium
persönliche Zuverlässigkeit von Unternehmen und den zur Führung der Güterkraftverkehrsgeschäfte bestellten Personen	Güterverkehr	Die Zuverlässigkeitsüberprüfung wird für bestimmte Personen unterschiedlicher Berufsgruppen durchgeführt. Nach der bestandenen Zuverlässigkeitsprüfung erfolgt die Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung. Solche Berufsgruppen sind unter anderem Gewerbetreibende bei überwachungsbedürftigen Gewerben, Güterkraftverkehrsgeschäfte sowie der Luftverkehr. Gegebenenfalls ist darüber hinaus eine gesonderte Erlaubniserteilung im Einzelfall erforderlich.	Regierungspräsidium
Handelsregister	Handelsregister	Das Handelsregister ist ein bei den Amtsgerichten elektronisch geführtes öffentliches Register. In ihm werden Kaufleute und Handelsgesellschaften mit ihrer Firmenzugehörigkeit aufgeführt. Darüber hinaus werden im Register nach dem Publizitätsprinzip verschiedene Rechtsvorgänge bekannt gemacht. Das Handelsregister ist in zwei Abteilungen untergliedert: Abteilung A für Einzelkaufleute und Personengesellschaften sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts; Abteilung B für Kapitalgesellschaften. Grundsätzlich ist jeder Person die Einsicht ins Handelsregister gestattet.	Amtsgericht
Abgrenzung zwischen Handwerk und Industrie	Handwerk	Die Abgrenzung der Zugehörigkeit eines Betriebes zur Handwerks- bzw. zur Industrie- und Handelskammer ist unter Umständen komplex. Die Eintragung in die sogenannte Handwerksrolle ist unter Vorweis der beruflichen Qualifikation für einen selbständigen Betrieb als stehendes Handwerksgewerbe notwendig. Mit der Eintragung wird der Betrieb Mitglied der zuständigen Handwerkskammer und ist zur Entrichtung von Beiträgen verpflichtet, wobei unter bestimmten Umständen eine Befreiung von den Beiträgen beantragt werden kann.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Beiträge zur Tragung der durch die Errichtung und Tätigkeit der Handwerkskammer entstehenden Kosten	Handwerk	Die Abgrenzung der Zugehörigkeit eines Betriebes zur Handwerks- bzw. zur Industrie- und Handelskammer ist unter Umständen komplex. Die Eintragung in die sogenannte Handwerksrolle ist unter Vorweis der beruflichen Qualifikation für einen selbständigen Betrieb als stehendes Handwerksgewerbe notwendig. Mit der Eintragung wird der Betrieb Mitglied der zuständigen Handwerkskammer und ist zur Entrichtung von Beiträgen verpflichtet, wobei unter bestimmten Umständen eine Befreiung von den Beiträgen beantragt werden kann.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Sachverständige zur Erstattung von Gutachten über Waren, Leistungen und Preise von Handwerkern	Handwerk	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Ausbildungs- und Befähigungsnachweise	Handwerk	Personen, die ausbilden oder erworbene Qualifikationen weitergeben, benötigen in einigen Fällen eine Erlaubnis. Erforderlich ist ein Nachweis der fachlichen, berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten sowie der persönlichen Eignung. Dazu gibt es Prüfungen oder auch Zuerkennungen auf Antrag und Nachweis. Zuständig ist die Industrie und Handelskammer am Ort der Betriebsstätte.	Regierungspräsidium

Mitgliedsbestätigung der Handwerkskammer	Handwerk	Die Abgrenzung der Zugehörigkeit eines Betriebes zur Handwerks- bzw. zur Industrie- und Handelskammer ist unter Umständen komplex. Die Eintragung in die sogenannte Handwerksrolle ist unter Vorweis der beruflichen Qualifikation für einen selbständigen Betrieb als stehendes Handwerksgewerbe notwendig. Mit der Eintragung wird der Betrieb Mitglied der zuständigen Handwerkskammer und ist zur Entrichtung von Beiträgen verpflichtet, wobei unter bestimmten Umständen eine Befreiung von den Beiträgen beantragt werden kann.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Ergebnis der Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer in der Vollversammlung der Handwerkskammer	Handwerk	Eine öffentliche Bekanntmachung erfolgt in unterschiedlichen Bereichen. So werden im Handwerk die Satzung, Wahlergebnisse von Arbeitnehmervertretern sowie Beschlüsse der Vollversammlung einer Handwerkskammer öffentlich bekanntgemacht. Im Bereich des Immissionsschutzes werden sachverständige Stellen zur Verifizierung von Zuteilungsanträgen sowie Sachverständige nach dem Immissionsschutz-Gesetz bekanntgemacht; im Bereich des Gefahrguttransports sind es Schulungsveranstalter für Lehrgänge der Gefahrgutbeauftragten. Ebenso erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung bei Tierkrankheiten von allgemeinem Interesse, wie zum Beispiel der Geflügelpest.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Daten der Erhebung der Zahl der Beschäftigten bei beitragspflichtigen Kammerzugehörigen	Handwerk	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Unterbrechung des Studiums	Hochschulangelegenheiten	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Erhebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
Exmatrikulation	Hochschulangelegenheiten	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Erhebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
Immatrikulation	Hochschulangelegenheiten	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Erhebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
Namensänderung bei der Hochschule	Hochschulangelegenheiten	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Erhebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
ausländische Studienbewerber	Hochschulangelegenheiten	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Erhebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
Hochschulzugang für Berufstätige ohne Hochschulreife	Hochschulangelegenheiten	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Erhebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen

Veränderungsmitteilung	Hochschulangelegenheiten	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Ergebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
Zeugnisse von ausländischen Hochschulqualifikationen	Hochschulangelegenheiten	Eine im Ausland abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildung kann unter bestimmten Voraussetzungen in Deutschland anerkannt werden. Die Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen umfasst die akademischen Grade und Titel, Berufsqualifikationen, Berufsbildungen, ausgeübte Tätigkeiten nach der Berufsanerkennungsrichtlinie, Meisterprüfungen in einem zulassungspflichtigen Handwerk, Hochschulqualifikationen, Anrechnung von Studienzeiten und Studienleistungen, Ausbildungszeiten, Gleichstellung von Prüfungszeugnissen und Fortbildungsprüfungen sowie Abschlussprüfungen. Informationen zum Anerkennungsverfahren gibt das Bundesministerium für Bildung und Forschung.	Hochschulen
Privathochschule	Hochschulangelegenheiten	Bildungsstätten werden bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen anerkannt. Bildungsstätten sind unter anderem Forschungseinrichtungen, Ausbildungsstätten, Schulungsveranstalter für Ausbildungen, Ausbildungsorganisationen, Weiterbildungsstätten, Privathochschulen, Niederlassungen von Hochschulen, Berufsakademien, Ergänzungsschulen, Ersatzschulen, Privatschulen und Deutsche Schulen im Ausland.	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Studienbeitrag	Hochschulangelegenheiten	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Ergebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
Antrag auf Notenverbesserung	Hochschulangelegenheiten	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Ergebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
Anrechnung und Anerkennung von Studienzeiten und Studienleistungen	Hochschulangelegenheiten	Eine im Ausland abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildung kann unter bestimmten Voraussetzungen in Deutschland anerkannt werden. Die Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen umfasst die akademischen Grade und Titel, Berufsqualifikationen, Berufsbildungen, ausgeübte Tätigkeiten nach der Berufsanerkennungsrichtlinie, Meisterprüfungen in einem zulassungspflichtigen Handwerk, Hochschulqualifikationen, Anrechnung von Studienzeiten und Studienleistungen, Ausbildungszeiten, Gleichstellung von Prüfungszeugnissen und Fortbildungsprüfungen sowie Abschlussprüfungen. Informationen zum Anerkennungsverfahren gibt das Bundesministerium für Bildung und Forschung.	Hochschulen
Staatliche Anerkennung einer Berufsakademie	Hochschulangelegenheiten	Bildungsstätten werden bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen anerkannt. Bildungsstätten sind unter anderem Forschungseinrichtungen, Ausbildungsstätten, Schulungsveranstalter für Ausbildungen, Ausbildungsorganisationen, Weiterbildungsstätten, Privathochschulen, Niederlassungen von Hochschulen, Berufsakademien, Ergänzungsschulen, Ersatzschulen, Privatschulen und Deutsche Schulen im Ausland.	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Verwendung des Landeswappens	Hoheitszeichen	Hoheitssymbole des deutschen Staates sind geschützt und dürfen nur von den jeweiligen staatlichen Organen benutzt werden. Die Verwendung des Bundesadlers, kommunaler Wappen, oder Landeswappen durch Dritte ist jedoch mit einer Erlaubnis möglich. Die Verwendung zu wissenschaftlichen sowie Lehr- oder Sammlerzwecken kann unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne gesonderte Genehmigung erfolgen.	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Änderung einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach BImSchG	Immissionsschutz	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Emissionserklärung nach BImSchG	Immissionsschutz	Betreiber von industriellen und gewerblichen Anlagen müssen alle vier Jahre die von Ihren Anlagen ausgehenden Luftverunreinigungen ermitteln. Art, Menge, räumliche und zeitliche Verteilung der Emissionen müssen an die zuständige Stelle in elektronischer Form übermittelt werden. Auf Antrag und unter bestimmten Voraussetzungen kann der Betreiber von der Pflicht zur Abgabe einer Emissionserklärung befreit werden.	Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Emissionskataster	Immissionsschutz	Emissionskataster sind räumlich untergliederte Verzeichnisse von Emissionen, die in einem definierten regionalen Gebiet über einen festgelegten Zeitraum abgegeben werden. Sie sind Teil des strategischen Instruments zur Luftreinhaltung und bilden einen wesentlichen Bestandteil eines umfassenden raumbezogenen Informationssystems.	Regierungspräsidium
Entschädigung für Schallschutzmaßnahmen nach BImSchG	Immissionsschutz	Der Lärmschutz an neu gebauten oder wesentlich geänderten Straßen richtet sich nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG). Grundsätzlich ist gemäß BImSchG vorrangig aktiver Lärmschutz herzustellen, soweit dies technisch möglich ist und der Schutzzweck im Verhältnis zu den Kosten und anderen öffentliche und private Belangen steht. Bei verbleibenden Beeinträchtigungen des Außenwohnbereiches haben Anwohner einen Anspruch auf Entschädigung. Diese ist grundsätzlich dafür vorgesehen, bauliche Verbesserungen am Gebäude zu Zweck des Lärmschutzes vorzunehmen.	Hessen Mobil - Straßen- und Verkehrsmanagement
Errichtung und Betrieb von Anlagen	Immissionsschutz	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Teilgenehmigung zur Errichtung einer Anlage	Immissionsschutz	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Anlagenüberprüfung durch Sachverständige	Immissionsschutz	Der Betrieb von Anlagen mit Gefährdungspotenzial oder besonderer Bedeutung für Umwelt und Menschen muss regelmäßig überprüft werden und Nachweise von Sicherheitsmaßnahmen durch Sachverständige dokumentiert werden. Die Einhaltung von Standards nach dem Produktsicherheitsgesetz gewährleistet die Sicherheit von Mensch und Natur. Ein hohes Maß an Sicherheit erreichen Unternehmen, wenn Prozesse oder Abläufe reibungslos funktionieren. Das gilt für Anlagen, geschultes Fachpersonal und Produktionserzeugnisse.	Regierungspräsidium
vereinfachtes Verfahren nach BImSchG	Immissionsschutz	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Vorbescheid zu einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach BImSchG	Immissionsschutz	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
vorzeitige Errichtung einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach BImSchG	Immissionsschutz	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium

Stelle für Emissions- und Immissionsermittlungen	Immissionsschutz	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Immissionsschutzbeauftragter	Immissionsschutz	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Sachverständiger nach § 29a Bundes-Immissionsschutzgesetz für bestimmte sicherheitstechnische Prüfungen	Immissionsschutz	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Prüfstelle zur Überprüfung von Messgeräten	Immissionsschutz	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Regierungspräsidium
Bekanntgabe von Stellen und Sachverständigen nach Bundes-Immissionsschutzgesetz	Immissionsschutz	Eine öffentliche Bekanntmachung erfolgt in unterschiedlichen Bereichen. So werden im Handwerk die Satzung, Wahlergebnisse von Arbeitnehmervertretern sowie Beschlüsse der Vollversammlung einer Handwerkskammer öffentlich bekanntgemacht. Im Bereich des Immissionsschutzes werden sachverständige Stellen zur Verifizierung von Zuteilungsanträgen sowie Sachverständige nach dem Immissionsschutz-Gesetz bekanntgemacht; im Bereich des Gefahrguttransports sind es Schulungsveranstalter für Lehrgänge der Gefahrgutbeauftragten. Ebenso erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung bei Tierkrankheiten von allgemeinem Interesse, wie zum Beispiel der Geflügelpest.	Regierungspräsidium
Antrag auf Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen, die nicht für einen anerkannten Ausbildungsberuf in Betracht kommen	handwerkliche Berufsbildung	Die Berufsausbildungsvorbereitung bezeichnet qualifizierende Angebote für junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt, jedoch auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keinen Platz gefunden haben. Sie wird von Seiten der berufsbildenden Schulen, der Jugendhilfe und der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Die Berufsausbildungsvorbereitung vermittelt die Grundlagen für die im Anschluss folgende Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Ausbildungszeit	handwerkliche Berufsbildung	Die Berufsausbildungsvorbereitung bezeichnet qualifizierende Angebote für junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt, jedoch auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keinen Platz gefunden haben. Sie wird von Seiten der berufsbildenden Schulen, der Jugendhilfe und der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Die Berufsausbildungsvorbereitung vermittelt die Grundlagen für die im Anschluss folgende Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Berufsausbildung	handwerkliche Berufsbildung	Die Ausbildungsförderung ermöglicht jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation eine Schul- bzw. Hochschulausbildung, die ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Ausbildungsförderung kann unter bestimmten Voraussetzungen für den Lebensunterhalt und für die Ausbildung in Anspruch genommen werden. Ausbildungsförderung gibt es für Schüler, Studenten und Praktikanten sowie für die Fortbildung oder den Besuch einer im Ausland gelegenen Ausbildungsstätte.	Regierungspräsidium
Berufsbildung	handwerkliche Berufsbildung	Unternehmen können für bestimmte Bildungsangebote Förderungen erhalten, zum einen, wenn sie als Bildungsstätte Kurse anbieten, zum anderen, wenn sie für ihre eigenen Beschäftigten Bildungsangebote entwickeln, beispielsweise in Ausbildungsverbänden. Mehrere Ausbildungsbetriebe können sich zu einem Ausbildungsverbund zusammenschließen. Innerhalb dieses Ausbildungsverbundes gibt es den Stammbetrieb und den durchführenden Betrieb oder mehrere durchführende Betriebe. Der Stammbetrieb kann mit einer Prämie gefördert werden. Die Förderung muss schriftlich beantragt werden, wobei kein Rechtsanspruch besteht.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Antrag auf Verlängerung oder Verkürzung der Ausbildungszeit	handwerkliche Berufsbildung	Die Berufsausbildungsvorbereitung bezeichnet qualifizierende Angebote für junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt, jedoch auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keinen Platz gefunden haben. Sie wird von Seiten der berufsbildenden Schulen, der Jugendhilfe und der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Die Berufsausbildungsvorbereitung vermittelt die Grundlagen für die im Anschluss folgende Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf.	Regierungspräsidium
Daten der Lehrlingsrolle	handwerkliche Berufsbildung	Handwerkskammern bzw. Industrie- und Handelskammern führen eine Lehrlingsrolle, in der alle bestehenden Berufsausbildungsverträge eingetragen sind. Nach der Einrichtung der Lehrlingsrolle finden darin Eintragungen und Löschungen statt; die enthaltenen Daten können übermittelt, verändert, gesperrt oder gelöscht werden. Die Lehrlingsrolle wird als "Das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse" bezeichnet.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Durchführung der Berufsausbildungsvorbereitung, Berufsausbildung, beruflichen Umschulung oder von Auslandsaufenthalten	handwerkliche Berufsbildung	Die Berufsausbildungsvorbereitung bezeichnet qualifizierende Angebote für junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt, jedoch auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keinen Platz gefunden haben. Sie wird von Seiten der berufsbildenden Schulen, der Jugendhilfe und der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Die Berufsausbildungsvorbereitung vermittelt die Grundlagen für die im Anschluss folgende Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Anzeige der Durchführung einer beruflichen Umschulung	handwerkliche Berufsbildung	Grundsätzlich hat vor einer beruflichen Umschulung eine fristgerechte Anzeige über die Durchführung bei den zuständigen Stellen zu erfolgen. Eine Umschulung setzt eine bestimmte Zeit an vorheriger beruflicher Tätigkeit voraus. Die vorherigen beruflichen Tätigkeiten und Abschlüsse sind anhand von Zeugnissen oder Tätigkeitsnachweisen zu belegen. Auch ein Lebenslauf ist mit der Umschulungsanzeige auszuhändigen.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Antrag auf Befreiung von der Ablegung einzelner Prüfungsbestandteile bei der beruflichen Umschulungsprüfung	handwerkliche Berufsbildung	Für die Abnahme der Umschulungsprüfung werden von der zuständigen Stelle Prüfungsausschüsse errichtet. Stellt der Prüfling einer Umschulungsprüfung einen Antrag, so ist er von der Ablegung einzelner Prüfungsteile zu befreien, wenn er eine andere vergleichbare Prüfung vor einer öffentlichen bzw. staatlich anerkannten Bildungseinrichtung oder vor einem staatlichen Prüfungsausschuss, vor Ablauf von fünf Jahren, erfolgreich abgelegt hat. Als Ergebnis der Prüfungen wird dem Prüfling ein schriftliches Zeugnis ausgestellt.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Anzeige der Durchführung einer Maßnahme der Berufsausbildungsvorbereitung	handwerkliche Berufsbildung	Die Berufsausbildungsvorbereitung bezeichnet qualifizierende Angebote für junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt, jedoch auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keinen Platz gefunden haben. Sie wird von Seiten der berufsbildenden Schulen, der Jugendhilfe und der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Die Berufsausbildungsvorbereitung vermittelt die Grundlagen für die im Anschluss folgende Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Meisterprüfung in einem zulassungsfreien Handwerk oder in einem handwerksähnlichen Gewerbe	handwerkliche Berufsbildung	Mit der Meisterprüfung wird die Aufstiegsfortbildung zum Meister abgeschlossen. Sie erfolgt auf Grundlage einer Prüfungsordnung, welche nach den Regelungen zum Zulassungsverfahren und Prüfungsverfahren von Meisterprüfungen in einem zulassungspflichtigen Handwerk bzw. in einem zulassungsfreien Handwerk oder handwerksähnlichen Gewerbe vom Bundesministerium für Bildung und Forschung oder einer Industrie- und Handelskammer erlassen wird. Bei der Meisterprüfung in einem zulassungsfreien Handwerk oder in einem handwerksähnlichen Gewerbe wird die Prüfung nach der Zulassung des Prüflings durch einen Meisterprüfungsausschuss abgenommen. Zudem kann auf Antrag des Prüflings eine Befreiung von der Meisterprüfung auf Grund ausländischer Bildungsabschlüsse erfolgen.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Insolvenzverwalter	Insolvenz	Als Treuhänder und Insolvenzverwalter sind für den jeweiligen Einzelfall geeignete, insbesondere geschäftskundige und von den Gläubigern und dem Schuldner unabhängige natürliche Person zu bestellen. Insolvenzverwalter werden bei der Eröffnung des Insolvenzverfahrens vom Insolvenzgericht ernannt und von diesem Gericht beaufsichtigt. Insolvenzverwalter erhalten eine Vergütung, die sie als Verfahrenskosten geltend machen.	Amtsgericht
Insolvenzverfahren	Insolvenz	Zuständig für Insolvenzverfahren sind in jedem Bundesland regionale Insolvenzgerichte. Von ihnen werden Insolvenzverfahren über das Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit und Vereine, aber auch Nachlässe verhandelt. Ziel eines Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger des insolventen Schuldners.	Amtsgericht
Restschuldbefreiung	Insolvenz	Zuständig für Insolvenzverfahren sind in jedem Bundesland regionale Insolvenzgerichte. Von ihnen werden Insolvenzverfahren über das Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit und Vereine, aber auch Nachlässe verhandelt. Ziel eines Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger des insolventen Schuldners.	Amtsgericht
Kosten des Insolvenzverfahrens	Insolvenz	Zuständig für Insolvenzverfahren sind in jedem Bundesland regionale Insolvenzgerichte. Von ihnen werden Insolvenzverfahren über das Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit und Vereine, aber auch Nachlässe verhandelt. Ziel eines Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger des insolventen Schuldners.	Amtsgericht

Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen	Insolvenz	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Gläubigerversammlung	Insolvenz	Zuständig für Insolvenzverfahren sind in jedem Bundesland regionale Insolvenzgerichte. Von ihnen werden Insolvenzverfahren über das Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit und Vereine, aber auch Nachlässe verhandelt. Ziel eines Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger des insolventen Schuldners.	Amtsgericht
Insolvenzforderungen	Insolvenz	Zuständig für Insolvenzverfahren sind in jedem Bundesland regionale Insolvenzgerichte. Von ihnen werden Insolvenzverfahren über das Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit und Vereine, aber auch Nachlässe verhandelt. Ziel eines Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger des insolventen Schuldners.	Amtsgericht
Insolvenzplan	Insolvenz	Zuständig für Insolvenzverfahren sind in jedem Bundesland regionale Insolvenzgerichte. Von ihnen werden Insolvenzverfahren über das Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit und Vereine, aber auch Nachlässe verhandelt. Ziel eines Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger des insolventen Schuldners.	Amtsgericht
Nachtragsverteilung	Insolvenz	Zuständig für Insolvenzverfahren sind in jedem Bundesland regionale Insolvenzgerichte. Von ihnen werden Insolvenzverfahren über das Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit und Vereine, aber auch Nachlässe verhandelt. Ziel eines Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger des insolventen Schuldners.	Amtsgericht
Pfändungsschutzkonto	Insolvenz	Zuständig für Insolvenzverfahren sind in jedem Bundesland regionale Insolvenzgerichte. Von ihnen werden Insolvenzverfahren über das Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit und Vereine, aber auch Nachlässe verhandelt. Ziel eines Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger des insolventen Schuldners.	Amtsgericht
Vorauswahlliste für Insolvenzverwalter	Insolvenz	Über Personen, die bestimmte Berufe ausüben bzw. über ganze Unternehmen, können Register geführt werden. In der Regel erfolgt die Eintragung automatisch, für bestimmte Berufe ist ein schriftlicher Antrag auf Eintragung in das jeweilige Register zu stellen. Bestimmte Änderungen sind melde- bzw. eintragungspflichtig, Löschungen sind teilweise ebenso meldepflichtig. Ein Registerauszug ist ein Auszug aus dem Register um Auskünfte zu unterschiedlichen Informationen über die registrierte Person oder das Unternehmen zu erhalten.	Amtsgericht
Jägerprüfung	Jagd	Die Jägerprüfung soll sowohl die theoretische als auch praktische Fähigkeit des Prüflings zur Jagd beweisen. Sie beinhaltet eine Schießprüfung, eine schriftlichen sowie eine mündlich-praktischen Prüfung. Der Antrag auf Zulassung zur Jägerprüfung ist bei der jeweils zuständigen Jagdbehörde zu stellen.	Regierungspräsidium
Antrag auf Mitwirkung von Kindern bei Veranstaltungen	Jugendarbeit	Auf Antrag kann ein Gericht Eltern oder weitere Personen zur Herausgabe des Kindes verpflichten, wenn der gerichtlich festgelegte Umgang auf Dauer verhindert wird. Der Anspruch ist auch mit Zwangsmitteln durchsetzbar. So kann beispielsweise ein Ordnungsgeld gegen das Elternteil festgesetzt werden, der die Umgangsvereinbarung nicht einhält. Die Zuständigkeit liegt beim Amtsgericht (Familiengericht) am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Kindes. Die Beratung übernimmt das jeweilige Jugendamt.	Regierungspräsidium

Beschwerde über Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen im Internet	Jugendschutz	k.A.	Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien
Nachprüfungsverfahren	Kartellrecht	Das Kartellrecht ist ein Teil des Wirtschaftsrechts, der sowohl mehrseitige Verfahrensweisen, d.h. Kartelle und Zusammenschlüsse, als auch einseitige Verhaltensweisen, d.h. Missbrauch marktbeherrschender Stellung auf Grundlage von Wettbewerbsregeln verhandelt. Problemstellungen und Übertretungen des Kartellrechts, sowie unter bestimmten Umständen der Zusammenschluss von Unternehmen, werden in Verfahren vor der Kartellbehörde behandelt.	Regierungspräsidium
Förderung in Kindertagespflege	Kindertagespflege	Auf Grundlage der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zur Kindertagesbetreuung können Eltern je nach regionalen Angebot zwischen verschiedenen Leistungen zur Kinderbetreuung, d.h. Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege, für ihre Kinder wählen. Zuständig ist das Jugendamt, wobei Eltern je nach Bundesland unterschiedliche Rechtsansprüche auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder haben.	Regierungspräsidium
Meldung von Änderungen des Personals in einer Kindertageseinrichtung	Kindertagespflege	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Landrat als Behörde der Landesverwaltung
Meldung einer bevorstehenden Schließung einer Kindertageseinrichtung	Kindertagespflege	Damit alle Betroffenen sich rechtzeitig auf die Folgen einstellen können, müssen Kindertageseinrichtungen eine geplante Schließung gemäß § 47 SGB VIII (KJHG) der Aufsichtsbehörde melden.	Landrat als Behörde der Landesverwaltung
Begutachtungsstellen für Kraftfahrreignung	Kraftfahrreignung	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Regierungspräsidium
Sehteststellen	Kraftfahrreignung	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Regierungspräsidium
Stellen für die Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen und die Ausbildung in erster Hilfe	Kraftfahrreignung	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Regierungspräsidium

Bestattungsgeld für Kriegsofper	Kriegsofperentschädigung	Nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten Angehörige eines Kriegsofper Bestattungsgeld, um die Kosten der Bestattung zu decken. Besteht nach der Kostendeckung der Bestattung ein finanzieller Überschuss des Bestattungsgelds, ist dieses an die nächsten Verwandten des Kriegsofper auszuzahlen. Stirbt ein nach dem Bundesversorgungsgesetz Rentenberechtigter, erhalten seine Verwandten auf Antrag das Kriegsofpersterbegeld in der dreifachen Höhe der Versorgungsbezüge, die der Verstorbene monatlich erhalten hat.	Hessisches Amt für Versorgung und Soziales
Heilbehandlung für Kriegsofper	Kriegsofperentschädigung	Die Kriegsofperfürsorge stellt eine Ergänzung zu regulären Versorgungsleistungen der Sozialen Entschädigung dar. Sie gewährt auf Antrag für Betroffene eine besondere Hilfe im Einzelfall. Kriegsgeschädigte stellen die größte, aber nicht die einzige Gruppe dar, die Anspruch auf Kriegsofperfürsorge haben kann.	Hessisches Amt für Versorgung und Soziales
Pflegezulage für Kriegsofper	Kriegsofperentschädigung	Die Kriegsofperfürsorge stellt eine Ergänzung zu regulären Versorgungsleistungen der Sozialen Entschädigung dar. Sie gewährt auf Antrag für Betroffene eine besondere Hilfe im Einzelfall. Kriegsgeschädigte stellen die größte, aber nicht die einzige Gruppe dar, die Anspruch auf Kriegsofperfürsorge haben kann.	Hessisches Amt für Versorgung und Soziales
Sterbegeld für Kriegsofper	Kriegsofperentschädigung	Nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten Angehörige eines Kriegsofper Bestattungsgeld, um die Kosten der Bestattung zu decken. Besteht nach der Kostendeckung der Bestattung ein finanzieller Überschuss des Bestattungsgelds, ist dieses an die nächsten Verwandten des Kriegsofper auszuzahlen. Stirbt ein nach dem Bundesversorgungsgesetz Rentenberechtigter, erhalten seine Verwandten auf Antrag das Kriegsofpersterbegeld in der dreifachen Höhe der Versorgungsbezüge, die der Verstorbene monatlich erhalten hat.	Hessisches Amt für Versorgung und Soziales
Erhaltung von Kriegsgräbern	Kriegsofperentschädigung	Die Kriegsgräberfürsorge wird in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. übernommen. Als gemeinnütziger Verein handelt diese im humanitären Auftrag. Sie betreut im Ausland Kriegsgräberstätten deutscher Soldaten, die in den vergangenen Kriegen gefallen sind, und leistet Jugend- und Bildungsarbeit für den Frieden.	Regierungspräsidium
Archivgut	Kultur	Archivgut sind alle in ein Archiv übernommenen archivwürdigen Unterlagen mit den zu ihrer Nutzung nötigen Hilfsmitteln. Unterlagen sind unabhängig von ihrer Speicherungsform alle Aufzeichnungen, insbesondere Urkunden, Amtsbücher, Akten, Einzelschriftstücke, Karten, Risse, Pläne, Medaillen, Bilder, Filme, Tonaufzeichnungen. Zu bestimmten Zwecken, wie Wissenschaft, Erforschung der eigenen Familie oder zur Klärung von Rechtsfragen kann Einsicht in Archivgut gewährt werden. Sowohl Archivgut als auch publizierte Informationen werden in Bibliotheken verwahrt. Publizierte Informationen können jedoch im Gegensatz zu Archivgut verliehen werden.	Hessisches Staatsarchiv
Pflanzengesundheitszeugnisse für den Drittlandexport	Landwirtschaft	Bei der Einfuhr von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen, Erde oder sonstigen Einfuhrgütern nach der Pflanzenbeschauverordnung, ist an der Einlasestelle in die Europäische Union ein Pflanzengesundheitszeugnis des Pflanzenschutzdienstes des Ursprungslandes vorzulegen und die Sendung einer pflanzengesundheitlichen Untersuchung zu unterziehen. Analog dazu kann nach einer Untersuchung durch die Pflanzengesundheitskontrolle ein Pflanzengesundheitszeugnis für den Export in ein Drittland ausgestellt werden, wenn das Bestimmungsland für das jeweilige Exportgut bestimmte Auflagen gelistet hat.	Regierungspräsidium
Verzeichnis der Sachverständigen für die Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	Über Personen, die bestimmte Berufe ausüben bzw. über ganze Unternehmen, können Register geführt werden. In der Regel erfolgt die Eintragung automatisch, für bestimmte Berufe ist ein schriftlicher Antrag auf Eintragung in das jeweilige Register zu stellen. Bestimmte Änderungen sind melde- bzw. eintragungspflichtig, Löschungen sind teilweise ebenso meldepflichtig. Ein Registerauszug ist ein Auszug aus dem Register um Auskünfte zu unterschiedlichen Informationen über die registrierte Person oder das Unternehmen zu erhalten.	Regierungspräsidium

Erlaubnis zum Außenstart und zur Außenlandung	Luftverkehr	Luftfahrzeuge dürfen auch außerhalb der dafür genehmigten Flugplätze starten und landen, wenn sie eine Erlaubnis der zuständigen Luftfahrtbehörde haben. Ferner wird eine Erlaubnis für Starts und Landungen auf Flugplätzen außerhalb der Start- oder Landebahnen, die in der Genehmigung für den Flugplatz festgelegt sind, benötigt. Zudem ist für Starts und Landungen außerhalb der Betriebszeiten sowie innerhalb von Zeiten mit Betriebsbeschränkung eine Erlaubnis einzuholen.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum Führen eines Luftfahrzeuges	Luftverkehr	Die Teilnahme am Luftverkehr bedarf einer Erlaubnis. Der Erwerb der Erlaubnis zum Führen von Luftfahrzeugen wiederum erfordert persönliche und fachliche Voraussetzungen, die durch eine Ausbildung bei einer genehmigten Ausbildungsorganisation oder Flugschule zu erwerben sind. Theoretische und praktische Kenntnisse müssen aufrechterhalten und die Lizenz entsprechend verlängert werden.	Regierungspräsidium
Flugplatz	Luftverkehr	Die Erteilung der Genehmigung für die Anlage und den Betrieb eines Landeplatzes hat in Übereinstimmung mit den einschlägigen deutschen Vorschriften und des Luftverkehrsrechts der Europäischen Union sowie mit den für die Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften der Internationalen Zivilluftfahrt Organisation zu erfolgen. Die Genehmigung enthält neben Angaben wie Bezeichnung und Lage des Landeplatzes auch die Arten der Luftfahrzeuge, die den Landeplatz benutzen dürfen.	Regierungspräsidium
Flugverkehrskontrollfreigabe zur besonderen Benutzung des kontrollierten Luftraums	Luftverkehr	Flugverkehrskontrolle ist ein Teilbereich der Flugsicherung und bezeichnet den bodenbasierten Dienst von Fluglotsen, die Flugzeuge am Boden und in der Luft leiten. Der primäre Zweck der Flugverkehrskontrolle ist es Kollisionen zu vermeiden, die Organisation und Beschleunigung des Verkehrsflusses, sowie die Bereitstellung von Informationen und Unterstützung der Piloten. Eine luftrechtliche Genehmigung ist notwendig, wenn Anlagen ein Hindernis für den Luftverkehr darstellen oder zu Störungen der Flugsicherungsanlagen führen können. Die luftrechtliche Genehmigung muss schriftlich bei der zuständigen Behörde beantragt werden.	Regierungspräsidium
Genehmigung einer Luftfahrtveranstaltung	Luftverkehr	Für Veranstaltungen, die auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden sollen, ist eine Erlaubnis erforderlich. Auch für sportliche Veranstaltungen, Wasserfestlichkeiten und sonstige Veranstaltungen auf Wasserstraßen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können, ist eine Genehmigung der zuständigen Stelle erforderlich. Luftfahrtveranstaltungen, d.h. öffentliche Veranstaltungen von Wettbewerben oder Schaufvorstellungen an denen Luftfahrzeuge beteiligt sind, bedürfen ebenso einer Genehmigung.	Regierungspräsidium
Berechtigung zum Zugang zu nicht allgemein zugänglichen Bereichen	Luftverkehr	Personen in der Luftfahrt benötigen eine Berechtigung zum Zugang zu nicht allgemein zugänglichen Bereichen. Die Luftsicherheitsbehörde überprüft vor Erteilung der Berechtigung, die Zuverlässigkeit der genannten Personen. Hierzu erfolgt die Zuverlässigkeitsüberprüfung gemäß der Luftsicherheits-Zuverlässigkeitsüberprüfungsverordnung.	Polizeipräsidium
Zuverlässigkeitsüberprüfungen im Luftverkehr	Luftverkehr	Die Zuverlässigkeitsüberprüfung wird für bestimmte Personen unterschiedlicher Berufsgruppen durchgeführt. Nach der bestandenen Zuverlässigkeitsprüfung erfolgt die Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung. Solche Berufsgruppen sind unter anderem Gewerbetreibende bei überwachungsbedürftigen Gewerben, Güterkraftverkehrsgeschäfte, sowie der Luftverkehr. Gegebenenfalls ist darüber hinaus eine gesonderte Erlaubniserteilung im Einzelfall erforderlich.	Polizeipräsidium
Luftfahrtveranstaltungen	Luftverkehr	Für Veranstaltungen, die auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden sollen, ist eine Erlaubnis erforderlich. Auch für sportliche Veranstaltungen, Wasserfestlichkeiten und sonstige Veranstaltungen auf Wasserstraßen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können, ist eine Genehmigung der zuständigen Stelle erforderlich. Luftfahrtveranstaltungen, d.h. öffentliche Veranstaltungen von Wettbewerben oder Schaufvorstellungen an denen Luftfahrzeuge beteiligt sind, bedürfen ebenso einer Genehmigung.	Regierungspräsidium

Berechtigung zur praktischen Ausbildung von Privatflugzeugführern	Luftverkehr	Personen, die ausbilden oder erworbene Qualifikationen weitergeben, benötigen in einigen Fällen eine Erlaubnis. Erforderlich ist ein Nachweis der fachlichen, berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten sowie der persönlichen Eignung. Dazu gibt es Prüfungen oder auch Zuerkennungen auf Antrag und Nachweis. Zuständig ist die Industrie und Handelskammer am Ort der Betriebsstätte.	Regierungspräsidium
Genehmigung zum Starten und Landen außerhalb der Betriebsstunden des Flugplatzes	Luftverkehr	Luftfahrzeuge dürfen auch außerhalb der dafür genehmigten Flugplätze starten und landen, wenn sie eine Erlaubnis der zuständigen Luftfahrtbehörde haben. Ferner wird eine Erlaubnis für Starts und Landungen auf Flugplätzen außerhalb der Start- oder Landebahnen, die in der Genehmigung für den Flugplatz festgelegt sind, benötigt. Zudem ist für Starts und Landungen außerhalb der Betriebszeiten sowie innerhalb von Zeiten mit Betriebsbeschränkung eine Erlaubnis einzuholen.	Regierungspräsidium
Kunstflugberechtigung	Luftverkehr	Unterschiedliche Pilotenlizenzen berechtigen zum Flug unter bestimmten Umständen, beispielsweise die Berechtigung zur Durchführung kontrollierter Sichtflüge, die Instrumentenflugberechtigung, die Kunstflugberechtigung oder die Schleppberechtigung. Ausländische Lizenzen und Berechtigungen im Luftverkehr können in Deutschland anerkannt werden. Weiterhin ist eine Befreiung von der theoretischen Ausbildung zum Erwerb einer Lizenz für Privatluftfahrzeugführer zum Führen anderer Luftfahrzeugarten möglich.	Regierungspräsidium
Berechtigung zur praktischen Ausbildung von Segelflugzeugführern	Luftverkehr	Personen, die ausbilden oder erworbene Qualifikationen weitergeben, benötigen in einigen Fällen eine Erlaubnis. Erforderlich ist ein Nachweis der fachlichen, berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten sowie der persönlichen Eignung. Dazu gibt es Prüfungen oder auch Zuerkennungen auf Antrag und Nachweis. Zuständig ist die Industrie und Handelskammer am Ort der Betriebsstätte.	Regierungspräsidium
Berechtigung zur Durchführung kontrollierter Sichtflüge	Luftverkehr	Unterschiedliche Pilotenlizenzen berechtigen zum Flug unter bestimmten Umständen, beispielsweise die Berechtigung zur Durchführung kontrollierter Sichtflüge, die Instrumentenflugberechtigung, die Kunstflugberechtigung oder die Schleppberechtigung. Ausländische Lizenzen und Berechtigungen im Luftverkehr können in Deutschland anerkannt werden. Weiterhin ist eine Befreiung von der theoretischen Ausbildung zum Erwerb einer Lizenz für Privatluftfahrzeugführer zum Führen anderer Luftfahrzeugarten möglich.	Regierungspräsidium
Theoretische Ausbildung zum Erwerb einer Lizenz für Privatluftfahrzeugführer zum Führen anderer Luftfahrzeugarten	Luftverkehr	Unterschiedliche Pilotenlizenzen berechtigen zum Flug unter bestimmten Umständen, beispielsweise die Berechtigung zur Durchführung kontrollierter Sichtflüge, die Instrumentenflugberechtigung, die Kunstflugberechtigung oder die Schleppberechtigung. Ausländische Lizenzen und Berechtigungen im Luftverkehr können in Deutschland anerkannt werden. Weiterhin ist eine Befreiung von der theoretischen Ausbildung zum Erwerb einer Lizenz für Privatluftfahrzeugführer zum Führen anderer Luftfahrzeugarten möglich.	Regierungspräsidium
Luftfahrerkartei	Luftverkehr	Privatluftfahrzeuge dürfen nur von Besitzern einer gültigen Lizenz geflogen werden. Die Lizenz wird nach bestandener theoretischer und praktischer Prüfung mit einem Luftfahrerschein mit einer bestimmten Klassenberechtigung erteilt. Eine wichtige Voraussetzung zur Erlangung der Lizenz zum Führen von Luftfahrzeugen ist die Auskunft aus der Luftfahrerkartei.	Regierungspräsidium
Schleppberechtigung	Luftverkehr	Unterschiedliche Pilotenlizenzen berechtigen zum Flug unter bestimmten Umständen, beispielsweise die Berechtigung zur Durchführung kontrollierter Sichtflüge, die Instrumentenflugberechtigung, die Kunstflugberechtigung oder die Schleppberechtigung. Ausländische Lizenzen und Berechtigungen im Luftverkehr können in Deutschland anerkannt werden. Weiterhin ist eine Befreiung von der theoretischen Ausbildung zum Erwerb einer Lizenz für Privatluftfahrzeugführer zum Führen anderer Luftfahrzeugarten möglich.	Regierungspräsidium

Berechtigung zur praktischen Ausbildung von Reisemotorseglerführern	Luftverkehr	Personen, die ausbilden oder erworbene Qualifikationen weitergeben, benötigen in einigen Fällen eine Erlaubnis. Erforderlich ist ein Nachweis der fachlichen, berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten sowie der persönlichen Eignung. Dazu gibt es Prüfungen oder auch Zuerkennungen auf Antrag und Nachweis. Zuständig ist die Industrie und Handelskammer am Ort der Betriebsstätte.	Regierungspräsidium
Meldung von Bewerbern um eine Lizenz zum Führen eines Luftfahrzeuges	Luftverkehr	Eine zentrale Voraussetzung für die Ausbildung von Luftfahrtpersonal ist laut Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung die Meldung jedes neu aufgenommenen Bewerbers bei der zuständigen Stelle. Die Meldung muss spätestens acht Tage nach Ausbildungsbeginn durch den Ausbildungsbetrieb oder die registrierte Ausbildungseinrichtung erfolgen. Diese Meldung ist bei Bewerbern um eine Lizenz zum Führen von Segelflugzeugen oder nicht motorgetriebenem Luftsportgerät nur dann erforderlich, wenn Zweifel an der Erfüllung der Voraussetzungen oder der erforderlichen Zuverlässigkeit bestehen.	Regierungspräsidium
Luftrechtliche Genehmigung im Bauschutzbereich von Flughäfen	Luftverkehr	Flugverkehrskontrolle ist ein Teilbereich der Flugsicherung und bezeichnet den bodenbasierten Dienst von Fluglotsen, die Flugzeuge am Boden und in der Luft leiten. Der primäre Zweck der Flugverkehrskontrolle ist es Kollisionen zu vermeiden, die Organisation und Beschleunigung des Verkehrsflusses, sowie die Bereitstellung von Informationen und Unterstützung der Piloten. Eine luftrechtliche Genehmigung ist notwendig, wenn Anlagen ein Hindernis für den Luftverkehr darstellen oder zu Störungen der Flugsicherungsanlagen führen können. Die luftrechtliche Genehmigung muss schriftlich bei der zuständigen Behörde beantragt werden.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zur Ausbildung von Luftfahrern oder Personal für die Flugsicherung	Luftverkehr	Personen, die ausbilden oder erworbene Qualifikationen weitergeben, benötigen in einigen Fällen eine Erlaubnis. Erforderlich ist ein Nachweis der fachlichen, berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten sowie der persönlichen Eignung. Dazu gibt es Prüfungen oder auch Zuerkennungen auf Antrag und Nachweis. Zuständig ist die Industrie und Handelskammer am Ort der Betriebsstätte.	Regierungspräsidium
Zulassung einer Ausbildungsorganisation für Luftfahrtpersonal	Luftverkehr	Bildungsstätten werden bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen anerkannt. Bildungsstätten sind unter anderem Forschungseinrichtungen, Ausbildungsstätten, Schulungsveranstalter für Ausbildungen, Ausbildungsorganisationen, Weiterbildungsstätten, Privathochschulen, Niederlassungen von Hochschulen, Berufsakademien, Ergänzungsschulen, Ersatzschulen, Privatschulen und Deutsche Schulen im Ausland.	Regierungspräsidium
Betrieb von unbemannten Luftfahrtsystemen und Flugmodellen	Luftverkehr	Bei unbemannten Luftfahrtsysteme handelt es sich um unbemannte Fluggeräte, die nicht zu Zwecken des Sports oder der Freizeitgestaltung betrieben werden. Zuständig für die Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb von unbemannten Luftfahrtsystemen sind die Luftfahrtbehörden der Länder. Dient die Nutzung des Geräts dem Zwecke des Sports oder der Freizeitgestaltung, so gelten die Regelungen über Flugmodelle.	Regierungspräsidium
Zulassung als Kontrollstelle für geschützte Herkunftsbezeichnungen	Marken	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrzeugausrüstung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Regierungspräsidium

Fahrerkarte	Personenbeförderung	Für bestimmte Kraftfahrzeuge zur Güter- oder Personenbeförderung ist die Verwendung eines digitalen Kontrollgeräts vorgeschrieben, das Lenk- und Ruhezeiten aufzeichnet. Die individuelle Fahrerkarte ersetzt die bisherige Tachoscheibe und speichert mindestens 28 Tage lang die Lenk- und Ruhezeiten. Sie muss beantragt, bei Verlust oder Diebstahl ersetzt und bei Fehlfunktionen erneuert werden. Im Luftverkehr werden Daten in Luftfahrerkartei geführt. Auskunft über die Einträge kann beantragt werden.	Regierungspräsidium
Genehmigung für Ausflugsfahrten und Ferienzielreisen	Personenbeförderung	Die entgeltliche oder geschäftsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen ist genehmigungspflichtig. Darunter fällt der Linienverkehr, zum Beispiel der Verkehr mit Omnibussen und Straßenbahnen, sowie der Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, zum Beispiel der Verkehr mit Taxen, Ausflugsfahrten und Ferienzielreisen, oder der Verkehr mit Mietwagen und Mietomnibussen. Wenn gewerblich bis zu acht Personen befördert werden sollen, ist ein Führerschein zur Fahrgastbeförderung – auch Personenbeförderungsschein genannt – notwendig.	Regierungspräsidium
Genehmigung für den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen	Personenbeförderung	Die entgeltliche oder geschäftsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen ist genehmigungspflichtig. Darunter fällt der Linienverkehr, zum Beispiel der Verkehr mit Omnibussen und Straßenbahnen, sowie der Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, zum Beispiel der Verkehr mit Taxen, Ausflugsfahrten und Ferienzielreisen, oder der Verkehr mit Mietwagen und Mietomnibussen. Wenn gewerblich bis zu acht Personen befördert werden sollen, ist ein Führerschein zur Fahrgastbeförderung – auch Personenbeförderungsschein genannt – notwendig.	Regierungspräsidium
Genehmigung für den Verkehr mit Omnibussen	Personenbeförderung	Die entgeltliche oder geschäftsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen ist genehmigungspflichtig. Darunter fällt der Linienverkehr, zum Beispiel der Verkehr mit Omnibussen und Straßenbahnen, sowie der Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, zum Beispiel der Verkehr mit Taxen, Ausflugsfahrten und Ferienzielreisen, oder der Verkehr mit Mietwagen und Mietomnibussen. Wenn gewerblich bis zu acht Personen befördert werden sollen, ist ein Führerschein zur Fahrgastbeförderung – auch Personenbeförderungsschein genannt – notwendig.	Regierungspräsidium
Genehmigung für den Verkehr mit Straßenbahnen	Personenbeförderung	Die entgeltliche oder geschäftsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen ist genehmigungspflichtig. Darunter fällt der Linienverkehr, zum Beispiel der Verkehr mit Omnibussen und Straßenbahnen, sowie der Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, zum Beispiel der Verkehr mit Taxen, Ausflugsfahrten und Ferienzielreisen, oder der Verkehr mit Mietwagen und Mietomnibussen. Wenn gewerblich bis zu acht Personen befördert werden sollen, ist ein Führerschein zur Fahrgastbeförderung – auch Personenbeförderungsschein genannt – notwendig.	Regierungspräsidium
Mietomnibusgenehmigung	Personenbeförderung	Die entgeltliche oder geschäftsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen ist genehmigungspflichtig. Darunter fällt der Linienverkehr, zum Beispiel der Verkehr mit Omnibussen und Straßenbahnen, sowie der Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, zum Beispiel der Verkehr mit Taxen, Ausflugsfahrten und Ferienzielreisen, oder der Verkehr mit Mietwagen und Mietomnibussen. Wenn gewerblich bis zu acht Personen befördert werden sollen, ist ein Führerschein zur Fahrgastbeförderung – auch Personenbeförderungsschein genannt – notwendig.	Regierungspräsidium
Unternehmenskarte	Personenbeförderung	Für bestimmte Kraftfahrzeuge, die erstmals in den Verkehr gebracht werden, ist die Verwendung eines digitalen Kontrollgeräts vorgeschrieben. Betroffen sind unter anderem Fahrzeuge die zur Personenbeförderung dienen und die nach ihrer Bauart und Ausstattung geeignet und dazu bestimmt sind, mehr als neun Personen zu befördern. Das digitale Kontrollgerät zeichnet die Lenk- und Ruhezeiten auf und erschwert Manipulationen. Eine Unternehmenskarte weist das Unternehmen aus und ermöglicht die Anzeige, das Herunterladen und den Ausdruck der Daten, die in dem Kontrollgerät gespeichert sind.	Regierungspräsidium

Ausnahmen von der Nutzungspflicht eines Kontrollgeräts im Straßenverkehr	Personenbeförderung	Die Straßenverkehrsbehörden können durch Ausnahmegenehmigung von den allgemeinen Verkehrsregeln der Straßenverkehrsordnung und den besonderen Verkehrsregeln der Beschilderung und Markierung befreien. Das ist nur in besonders dringenden Ausnahmesituationen gerechtfertigt, und auch nur dann, wenn die Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs nicht beeinträchtigt wird.	Staatliche Technische Überwachung Hessen LB
Fahrpreisschädigung bei Verspätung im Schienenpersonennahverkehr	Personenbeförderung	Schwerbehinderte Menschen und deren Begleitpersonen sind unter bestimmten Voraussetzungen im öffentlichen Personenverkehr unentgeltlich zu befördern. Die den Verkehrsbetrieben entstandenen Fahrgeldausfälle werden auf Antrag erstattet. Weiterhin könne allen Reisenden Fahrpreisschädigung bei Verspätung im Schienenpersonennahverkehr gewährt werden. Bei einer Verspätung ab 60 Minuten werden 25 Prozent und bei einer Verspätung ab 120 Minuten 50 Prozent des gezahlten Fahrpreises erstattet.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Fahrgeldausfälle	Personenbeförderung	Schwerbehinderte Menschen und deren Begleitpersonen sind unter bestimmten Voraussetzungen im öffentlichen Personenverkehr unentgeltlich zu befördern. Die den Verkehrsbetrieben entstandenen Fahrgeldausfälle werden auf Antrag erstattet. Weiterhin könne allen Reisenden Fahrpreisschädigung bei Verspätung im Schienenpersonennahverkehr gewährt werden. Bei einer Verspätung ab 60 Minuten werden 25 Prozent und bei einer Verspätung ab 120 Minuten 50 Prozent des gezahlten Fahrpreises erstattet.	Regierungspräsidium
Schiffsbauregister	Schiffsbauregister	In das deutsche Schiffsregister werden Seeschiffe und Binnenschiffe eingetragen, die berechtigt oder verpflichtet sind, die deutsche Bundesflagge zu führen. Die Register für Seeschiffe und Binnenschiffe werden getrennt von dem Amtsgericht geführt, in dessen Registerbezirk sich der Heimathafen oder der Heimatort des Schiffes befindet. Das Schiffsregister ist öffentlich und gibt Auskunft über Eigentum und rechtliche Verhältnisse bezüglich der eingetragenen Schiffe. Das Bauwerk eines Schiffes ist in das Schiffsbauregister des Amtsgerichts einzutragen, in dessen Schiffsregister das fertige Schiff einzutragen wäre, wenn der Bauort sein Heimatort wäre.	Amtsgericht
Schiffsregister	Schiffsregister	In das deutsche Schiffsregister werden Seeschiffe und Binnenschiffe eingetragen, die berechtigt oder verpflichtet sind, die deutsche Bundesflagge zu führen. Die Register für Seeschiffe und Binnenschiffe werden getrennt von dem Amtsgericht geführt, in dessen Registerbezirk sich der Heimathafen oder der Heimatort des Schiffes befindet. Das Schiffsregister ist öffentlich und gibt Auskunft über Eigentum und rechtliche Verhältnisse bezüglich der eingetragenen Schiffe. Das Bauwerk eines Schiffes ist in das Schiffsbauregister des Amtsgerichts einzutragen, in dessen Schiffsregister das fertige Schiff einzutragen wäre, wenn der Bauort sein Heimatort wäre.	Amtsgericht
Beglaubigter Auszug aus dem Schiffszertifikat	Schiffsregister	In das deutsche Schiffsregister werden Seeschiffe und Binnenschiffe eingetragen, die berechtigt oder verpflichtet sind, die deutsche Bundesflagge zu führen. Die Register für Seeschiffe und Binnenschiffe werden getrennt von dem Amtsgericht geführt, in dessen Registerbezirk sich der Heimathafen oder der Heimatort des Schiffes befindet. Das Schiffsregister ist öffentlich und gibt Auskunft über Eigentum und rechtliche Verhältnisse bezüglich der eingetragenen Schiffe. Das Bauwerk eines Schiffes ist in das Schiffsbauregister des Amtsgerichts einzutragen, in dessen Schiffsregister das fertige Schiff einzutragen wäre, wenn der Bauort sein Heimatort wäre.	Amtsgericht
Wissenschaftliche Forschungsvorhaben in Schulen	Schulangelegenheiten	Erhebungen an Schulen sind in Deutschland in der Regel genehmigungspflichtig. Genehmigungen sind auf Landesebene bei den Schulaufsichtsbehörden einzuholen.	Hessisches Kultusministerium

Schulische Leistungen	Schulangelegenheiten	In öffentlichen Schulen wird ein Halbjahreszeugnis zum Ende des ersten Schulhalbjahres und ein Jahreszeugnis zum Ende des zweiten Schulhalbjahres mit Mitteilung über die Versetzung ausgegeben. Die Beurteilung der Leistungen in den einzelnen Fächern erfolgt in der Regel in Form von Schulnoten. Wer die Schule ohne Abschluss verlassen hat oder einen höheren Bildungsabschluss erreichen möchte, kann durch die Schulfremdenprüfung Bildungsabschlüsse nachträglich erwerben, wobei hierfür eine selbstständige Vorbereitung auf die Prüfung erfolgen muss.	Hessisches Kultusministerium
Befähigungsschein nach dem Sprengstoffgesetz	Sicherheit und Ordnung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Erlaubnispflicht zum gewerbsmäßigen Umgang und Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen	Sicherheit und Ordnung	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Erlaubnis zum gewerbsmäßigen Umgang und Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen	Sicherheit und Ordnung	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Genehmigung zum Lagern und Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände	Sicherheit und Ordnung	Für Lagerung und Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen ist unter bestimmten Umständen eine staatliche Genehmigung einzuholen. Pyrotechnische Gegenstände werden nach dem Grad der von ihnen ausgehenden Gefährdung und ihrem Verwendungszweck in unterschiedliche Kategorien eingeteilt. Wenn Privatpersonen zwischen dem 2. Januar und dem 30. Dezember Feuerwerkskörper der Kategorie II abbrennen möchten, muss grundsätzlich eine Ausnahme vom Abbrennverbot bei der Gewerbeaufsicht beantragt werden. Die Ausnahmen sind gebührenpflichtig und es ist ein besonderer Anlass gefragt.	Regierungspräsidium
Lagergenehmigung für explosionsgefährliche Stoffe	Sicherheit und Ordnung	Für die Aufbewahrung von explosionsgefährlichen Stoffen ist eine Genehmigung nach dem Sprengstoffgesetz notwendig. Genehmigungspflichtig sind sowohl die Errichtung und der Betrieb von Lagern, in denen explosionsgefährliche Stoffe zu gewerblichen Zwecken aufbewahrt werden sollen, als auch die wesentliche Änderung der Beschaffenheit oder des Betriebs solcher Lager. Die Genehmigung beinhaltet auch weitere, die Lagerung betreffende behördliche Entscheidungen, insbesondere baurechtliche Vorschriften.	Regierungspräsidium
Veranstaltung einer Lotterie	Sicherheit und Ordnung	Für Veranstaltungen, die auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden sollen, ist eine Erlaubnis erforderlich. Auch für sportliche Veranstaltungen, Wasserfestlichkeiten und sonstige Veranstaltungen auf Wasserstraßen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können, ist eine Genehmigung der zuständigen Stelle erforderlich. Luftfahrtveranstaltungen, d.h. öffentliche Veranstaltungen von Wettbewerben oder Schauführungen an denen Luftfahrzeuge beteiligt sind, bedürfen ebenso einer Genehmigung.	Regierungspräsidium

Umgang mit Airbag- und Gurtstraffereinheiten	Sicherheit und Ordnung	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Buchmacher	Sicherheit und Ordnung	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Kampfmittelbelastung	Sicherheit und Ordnung	Kampfmittel sind Gegenstände bzw. Teile von diesen, die ehemals zur Kriegsführung bestimmt waren oder noch bestimmt sind. Hierzu zählen unter anderem Bomben, Minen oder Granaten aus den beiden Weltkriegen. Zur ordnungsmäßigen Prüfung bzw. Beseitigung dieser Gegenstände muss ihr Auffinden unverzüglich an das zuständige Ordnungsamt bzw. die Polizei gemeldet werden. Diese ordnen dann die fachkundige Räumung der Kampfmittel durch Experten an.	Regierungspräsidium
Anzeigepflicht nach § 14 Sprengstoffgesetz	Sicherheit und Ordnung	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Zulassung als Wettveranstalter	Sicherheit und Ordnung	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Anzeige des Verdachts auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung	Sicherheit und Ordnung	Bei Verstößen gegen geltendes Recht, kann Anzeige bei der jeweils zuständigen Stelle erstattet oder vor Gericht geklagt werden. Alternativen sind Schlichtung und außergerichtliche Konfliktlösungen.	Regierungspräsidium
Unbedenklichkeitsbescheinigung nach 1. Sprengstoffverordnung	Sicherheit und Ordnung	Die Zuverlässigkeitsüberprüfung wird für bestimmte Personen unterschiedlicher Berufsgruppen durchgeführt. Nach der bestandenen Zuverlässigkeitsprüfung erfolgt die Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung. Solche Berufsgruppen sind unter anderem Gewerbetreibende bei überwachungsbedürftigen Gewerben, Güterkraftverkehrsgeschäfte sowie der Luftverkehr. Gegebenenfalls ist darüber hinaus eine gesonderte Erlaubniserteilung im Einzelfall erforderlich.	Regierungspräsidium
Bestellung einer verantwortlichen Personen nach dem Sprengstoffgesetz	Sicherheit und Ordnung	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Regierungspräsidium

Akten im Bußgeldverfahren	Sicherheit und Ordnung	In Bußgeldverfahren kann unter Aufsicht und unter Beachtung des Datenschutzes Akteneinsicht in die eigene Vorgangsakte genommen werden. Ebenso ist unter bestimmten Umständen eine Besichtigung von sichergestellten und beschlagnahmten Gegenständen möglich. Weiterhin kann eine Ratenzahlung oder Stundung beantragt und bewilligt werden, falls es einer Person nach den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zumutbar ist, berechnete Forderungen einer Bußgeldstelle zu begleichen.	Regierungspräsidium
Eingriffe in Natur und Landschaft	Naturschutz	Naturschutzrechtliche Genehmigungen sind notwendig, um Ausnahmen von Regelungen zum Naturschutz, wie den Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverböten geltend zu machen, oder Eingriffe in Natur und Landschaft vorzunehmen. Zugriffs- und Störungsverböte dienen dem Tier- und Pflanzenschutz, Besitzverböte sollen verhindern, dass Tiere oder Pflanzen zum Zwecke einer Haltung oder Ausstellung getötet oder ihrem Lebensraum entnommen werden, Vermarktungsverböte verhindern, dass Tiere und Pflanzen oder aus ihnen gewonnene Erzeugnisse gehandelt werden. Ausnahmen von den Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverböten, als einer zentralen Regelung zum Artenschutz, sind unter eng abgesteckten Umständen für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung, als Eingriffe für bestimmte Bauvorhaben, oder für gesetzlich vorgeschriebene Untersuchungen vorgesehen und immer genehmigungspflichtig. Eingriffe in Natur und Landschaft sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können. Eingriffe in Natur und Landschaft bedürfen einer Genehmigung durch das zuständige Umweltamt.	Regierungspräsidium
Zoo	Naturschutz	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Partnerschaftsregister	Partnerschaftsregister	Die Partnerschaft ist eine Rechtsform, in der sich Angehörige freier Berufe zusammenschließen können. Partnerschaften können die Eintragung in das öffentliche Partnerschaftsregister beantragen, welches beim Amtsgericht auf Grundlage des Registerrechts geführt wird. Darin wird die Partnerschaft als juristische Person mit Angaben über ihre Rechtsverhältnisse erfasst.	Amtsgericht
Genehmigung für die Anwendung eines zugelassenen Pflanzenschutzmittels in einem anderen Anwendungsgebiet	Pflanzenschutz	Die Produkt- und Stoffzulassung gewährleistet den Schutz der Bürger durch Kontrolle von chemischen, biologischen, technischen und anderen Gefahrenquellen im Rahmen ihrer amtlichen Zulassung. Zulassungspflichtigen Stoffe sind unter anderem Chemikalien (giftige Stoffe, Biozid), Pflanzenschutzmittel oder Fahrzeuge und Telekommunikationsanlagen. Amtliche Zulassungsverfahren sind weiterhin in den folgenden Bereichen vorgesehen: Gewerbe (Spielgeräte, Medizinprodukte), Sicherheit und Ordnung (Explosivstoffe, Sprengzubehör), Tierhaltung und Tierschutz (Futtermittel, Tierimpfstoffe) und andere.	Regierungspräsidium
Genehmigung zum Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln	Pflanzenschutz	Die Produkt- und Stoffzulassung gewährleistet den Schutz der Bürger durch Kontrolle von chemischen, biologischen, technischen und anderen Gefahrenquellen im Rahmen ihrer amtlichen Zulassung. Zulassungspflichtigen Stoffe sind unter anderem Chemikalien (giftige Stoffe, Biozid), Pflanzenschutzmittel oder Fahrzeuge und Telekommunikationsanlagen. Amtliche Zulassungsverfahren sind weiterhin in den folgenden Bereichen vorgesehen: Gewerbe (Spielgeräte, Medizinprodukte), Sicherheit und Ordnung (Explosivstoffe, Sprengzubehör), Tierhaltung und Tierschutz (Futtermittel, Tierimpfstoffe) und andere.	Regierungspräsidium

Bescheinigung über den Sachkundenachweis für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln	Pflanzenschutz	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Bescheinigung über die Sachkundenachweise für die Abgabe von Pflanzenschutzmitteln und für die Beratung über deren Anwendung	Pflanzenschutz	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln aus der Luft	Pflanzenschutz	Die Produkt- und Stoffzulassung gewährleistet den Schutz der Bürger durch Kontrolle von chemischen, biologischen, technischen und anderen Gefahrenquellen im Rahmen ihrer amtlichen Zulassung. Zulassungspflichtigen Stoffe sind unter anderem Chemikalien (giftige Stoffe, Biozid), Pflanzenschutzmittel oder Fahrzeuge und Telekommunikationsanlagen. Amtliche Zulassungsverfahren sind weiterhin in den folgenden Bereichen vorgesehen: Gewerbe (Spielgeräte, Medizinprodukte), Sicherheit und Ordnung (Explosivstoffe, Sprengzubehör), Tierhaltung und Tierschutz (Futtermittel, Tierimpfstoffe) und andere.	Regierungspräsidium
Anzeige zum Handel mit Pflanzenschutzmitteln	Pflanzenschutz	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Anzeige zur Beratung über und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln	Pflanzenschutz	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen, sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Rechtsdienstleistungen aufgrund besonderer Sachkunde	Rechtsdienstleistungen	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Oberlandesgericht
vorübergehende Registrierung vorübergehender Rechtsdienstleistungen	Rechtsdienstleistungen	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen, sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Oberlandesgericht

Ausländisches Scheidungsurteil	Scheidung	Eine Ehe kann durch das Familiengericht geschieden werden, wenn sie gescheitert ist. Ehepartner müssen vor Einreichung eines Scheidungsantrags mindestens ein Jahr getrennt gelebt haben. In dem Scheidungsverfahren regelt das Familiengericht auf Antrag eines oder beider Ehegatten auch die Angelegenheiten, die mit der Scheidung im Zusammenhang stehen, wie zum Beispiel elterliche Sorge, der Umgang mit den gemeinsamen Kindern, Unterhaltsansprüche, die Aufteilung des Hausrates, usw. Unter bestimmten Umständen ist zudem eine Anerkennung von ausländischen Scheidungsurteilen möglich.	Oberlandesgericht
Wassersportfahrzeuge	Schifffahrt	Seeschiffe über 24 Meter Länge benötigen einen Internationalen Schiffsmessbrief, Seeschiffe von 15 bis 24 Meter Länge einen nationalen Schiffsmessbrief. Für Seeschiffe unter 15 Metern Länge kann bei Bedarf ein nationaler Schiffsmessbrief ausgestellt werden. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie ist zuständig für die Vermessung aller Seeschiffe unter deutscher Flagge.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Zeugnisse für Seeleute	Schifffahrt	Seeleute können beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie einen Seeleute- Ausweis beantragen. Der Ausweis ist freiwillig, 10 Jahre gültig und keine Voraussetzung für den Dienst auf Kauffahrteischiffen, den sogenannten „Handelsschiffen“, unter deutscher Flagge. Er ist weder Passersatz noch amtlicher Identitätsnachweis. Dagegen müssen alle an Bord tätigen Besatzungsmitglieder ein gültiges Seediensttauglichkeitszeugnis haben. Dieses darf nur durch besonders qualifizierte Ärzte ausgestellt werden.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Bootszeugnis	Schifffahrt	Sollen Sportboote auf Binnenwasserstraßen gewerblich vermietet werden, müssen diese dafür technisch zugelassen sein. Die technische Zulassung in Form eines Bootszeugnis erfolgt durch die zuständigen Wasserstraßen- und Schifffahrtsämter.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Genehmigung für das Befahren von Gewässern, die nicht für die Schifffahrt bestimmt sind	Schifffahrt	Schiffe dürfen in Deutschland nur auf folgenden Gewässern fahren: Rhein, Neckar und Main, Bodensee, der Hochrhein zwischen Basel und Neuhausen, zahlreiche bekannt gegebene Nebengewässer des Rheins und die obere Donau bei Ulm. Auf anderen Gewässern als diesen braucht ist eine Erlaubnis notwendig.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Beibehaltungsgenehmigung der deutschen Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit	Grundsätzlich führt der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Ausnahmen gelten beim Erwerb der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, Erwerb der Staatsangehörigkeit der Schweiz, Erwerb der Staatsangehörigkeit eines Staates mit dem Deutschland ein bilaterales Abkommen abgeschlossen hat oder auf Antrag bei Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung vor Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit durch die zuständige deutsche Staatsangehörigkeitsbehörde. Die Zuständigkeit liegt im Ausland bei der Botschaft oder dem zuständigen Konsulat, in Deutschland bei der Stadt- oder Kreisverwaltung.	Regierungspräsidium
Einbürgerung	Staatsangehörigkeit	Einbürgerung ist die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an einen ausländischen Staatsbürger. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein ausländischer Staatsbürger einen Einbürgerungsantrag in der Bundesrepublik Deutschland stellen. Dieser Antrag wird von den Städten, Gemeinden oder Landkreisen entgegengenommen.	Regierungspräsidium
Miteinbürgerung	Staatsangehörigkeit	Einbürgerung ist die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an einen ausländischen Staatsbürger. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein ausländischer Staatsbürger einen Einbürgerungsantrag in der Bundesrepublik Deutschland stellen. Dieser Antrag wird von den Städten, Gemeinden oder Landkreisen entgegengenommen.	Regierungspräsidium

Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Betriebsregister	Statistik	Das statistische Berichtssystem der Agrarstatistiken besteht aus einer Reihe von Einzelstatistiken, die die wirtschaftliche Situation im Agrarsektor abbilden. Gesteuert wird dieses Berichtssystem durch das zentrale Betriebsregister Landwirtschaft. Durch die Nutzung von bereits verfügbaren Verwaltungsdaten können Auskunftspflichtige in vielen Bereichen von Berichtspflichten entlastet werden. Das agrarstatistische System ermöglicht ein umfassendes Gesamtbild von Struktur und Entwicklung tierischer und pflanzlicher Produktion und ihrer Bestände sowie der sozialökonomischen Verhältnisse der Betriebe einschließlich der Arbeitskräfte in Deutschland.	Regierungspräsidium
Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung der Agrarstruktur	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung der Bodenflächen	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung der Bodennutzung	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung der Erzeugungen	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt

Erhebung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung der Rebflächen	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung der Traubenernte	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Regierungspräsidium
Erhebung der Viehbestände	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung der Weinbestände	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung des Baumobstanbaus	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung in forstwirtschaftlichen Erzeugnisbetrieben	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt

Erhebung über Schlachtungen	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Ernte- und Betriebsberichterstattung	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Schlachtgewichtsstatistik	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Haupterhebung der Landwirtschaftszählung	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Statistische Erhebungen bei Beherbergungsbetrieben im Reiseverkehr	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Einzelangaben aus dem Betriebsregister	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Einzelangaben für eine Bundesstatistik	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Teilnehmer an einer Bundesstatistik	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt

Bevölkerungsentwicklung	Statistik	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Hessisches Statistisches Landesamt
Berichte	Statistik	Statistische Jahresberichte und sonstige Veröffentlichungen zu Statistiken bieten der Öffentlichkeit und Behörden die Möglichkeit, Informationen über verschiedene Bereiche der Gesellschaft bzw. Wirtschaft zu erhalten und diese zu nutzen. Dazu gehören unter anderem der Mietspiegel, der Verbraucherpreisindex, der Armuts- und Reichtumsbericht, Daten für die Wissenschaft, und die Ergebnisse der Bundesstatistiken.	Hessisches Statistisches Landesamt
Steuerfreibeträge	Steuern	Steuerliche Freibeträge für Kinder stehen jeweils beiden Elternteilen zu. Sie können unter bestimmten Voraussetzungen auf einen Elternteil sowie auf Groß- oder Stiefeltern übertragen werden. Für die Übertragung der Freibeträge ist ein Antrag nötig.	Finanzamt
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	Steuern	Das Einkommen von natürlichen Personen ist Gegenstand der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer wird von bestimmten Einkünften grundsätzlich durch Steuerabzug erhoben, zum Beispiel die Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer. Die Abgabe der schriftlichen und unterschriebenen Einkommensteuererklärung nach amtlichem Vordruck erfolgt beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt.	Finanzamt
Arbeitnehmersparzulage	Steuern	Das Einkommen von natürlichen Personen ist Gegenstand der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer wird von bestimmten Einkünften grundsätzlich durch Steuerabzug erhoben, zum Beispiel die Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer. Die Abgabe der schriftlichen und unterschriebenen Einkommensteuererklärung nach amtlichem Vordruck erfolgt beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt.	Finanzamt
Einkommensteuer	Steuern	Das Einkommen von natürlichen Personen ist Gegenstand der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer wird von bestimmten Einkünften grundsätzlich durch Steuerabzug erhoben, zum Beispiel die Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer. Die Abgabe der schriftlichen und unterschriebenen Einkommensteuererklärung nach amtlichem Vordruck erfolgt beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt.	Finanzamt
Erbschaftsteuer	Steuern	Wenn im Rahmen eines Todesfalles Vermögen auf eine andere Person übertragen wird, so unterliegt dieser Vorgang der Erbschaftsteuer. Bei der Erbschaftsteuer richten sich die Freibeträge nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erwerber und Erblasser. Die Steuersätze sind ebenfalls vom Verwandtschaftsverhältnis und von der Höhe des Erwerbes abhängig.	Finanzamt
Gewerbsteuer	Steuern	Die Gewerbesteuer wird auf den Ertrag von Gewerbebetrieben erhoben (Gewerbeertragsteuer). Das ist der Gewinn aus dem Gewerbebetrieb abzüglich bzw. zuzüglich bestimmter Beträge und gibt die Ertragskraft des Betriebs wieder. Die Gewinnermittlung erfolgt nach den Regeln des Einkommensteuer- und des Körperschaftsteuergesetzes. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer fließen an die Gemeinden. Die Gewerbesteuererklärung wird an das zuständige Finanzamt übermittelt.	Finanzamt

Grunderwerbsteuer	Steuern	Die Grunderwerbsteuer entspricht einer Rechtsverkehrssteuer, die von den Bundesländern erhoben wird. Besteuert werden mit der Grunderwerbsteuer Rechtsvorgänge über inländische Grundstücke, wenn sich diese Vorgänge auf den Erwerb eines Grundstücks beziehen. Darunter fallen Kaufverträge oder sonstige Rechtsgeschäfte, deren Ziel die Übereignung eines Grundstücks ist. Zum anderen gehören auch Enteignungsverfahren, Zwangsversteigerungsverfahren und die Abänderung eines Gesellschafterbestandes. Die Höhe der Grunderwerbsteuer richtet sich nach dem jeweiligen Bundesland. In bestimmten Fällen ist es möglich, auf Antrag von der Grunderwerbsteuer befreit zu werden. Nach Zahlung der Grunderwerbsteuer erstellt das zuständige Finanzamt eine grunderwerbsteuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung, die besagt, dass die Eintragung des Kaufes in das Grundbuch aus steuerlicher Sicht gewährt werden kann.	Finanzamt
Grundsteuer	Steuern	Die Grundsteuer entspricht einer Gemeindesteuer, die an Gemeinden bzw. Städte entrichtet werden muss. Die Höhe der Grundsteuer wird durch das Grundsteuergesetz bestimmt. Die Bewertung des jeweiligen Grundstücks fällt in den Bereich des Bewertungsgesetzes. Grundsätzlich wird die Grundsteuer erhoben für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A), Betriebsgrundstücke, aber auch Teileigentum, Erbbaurechte und privates Wohneigentum (Grundsteuer B). Die zu entrichtende Grundsteuer wird durch das zuständige Finanzamt ermittelt. Es errechnet den Einheitswert auf Basis des Bewertungsgesetzes, den Grundsteuermessbetrag und darauf aufbauend die zu zahlende Steuer, welche jährlich berechnet wird.	Finanzamt
Körperschaftsteuer	Steuern	Die Körperschaftsteuer ist eine besondere Art der Einkommenssteuer. Sie kann sowohl auf juristische Personen, wie Kapitalgesellschaften, oder andere Personenvereinigungen und Vermögensmassen Anwendung finden. Grundlage der Bemessung ist das Einkommen der Körperschaft im jeweiligen Kalenderjahr. Unter bestimmten Voraussetzung kann die Befreiung von der Körperschaftsteuer beantragt werden.	Finanzamt
Schenkungsteuer	Steuern	Die Schenkungssteuer ist die Steuer auf ein Erbe zu Lebzeiten. Sie wird bei Schenkungen ab einem gewissen Freibetrag erhoben. Der Freibetrag für die Schenkungssteuer kann alle zehn Jahre erneut in Anspruch genommen werden.	Finanzamt
Steuerliche Abmeldung eines Unternehmens	Steuern	Bei vorläufiger oder endgültiger Einstellung einer gewerblichen Tätigkeit, einer selbständigen bzw. freiberuflichen Tätigkeit, einer land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit, bei Beendigung der Beteiligung an einer Personengesellschaft, bei Auflösung einer Körperschaft oder bei Auflösung einer Vereinigung besteht die steuerliche Pflicht, das zuständige Finanzamt umgehend zu benachrichtigen.	Finanzamt
Steuerliche Anmeldung eines Unternehmens	Steuern	Bei Aufnahme einer gewerblichen Tätigkeit, einer Selbstständigkeit bzw. Freiberuflichkeit, einer land- oder forstwirtschaftlichen Tätigkeit, der Beteiligung an oder Gründung von einer Personengesellschaft, Kapitalgesellschaft oder eines Vereins, besteht die steuerliche Pflicht, das zuständige Finanzamt umgehend zu benachrichtigen. Dazu stellt das zuständige Finanzamt einen Fragebogen bereit, mit dessen Hilfe alle Daten für eine zutreffende Besteuerung abgefragt werden. Die Art des Fragebogens richtet sich nach der Rechtsform der Gründung. Es wird zudem eine Steuernummer zugeteilt.	Finanzamt

Umsatzsteuer	Steuern	Die Umsatzsteuer gehört zu den Besitz- und Verkehrssteuern. Sie ist eine allgemeine Verbrauchsteuer, mit der grundsätzlich der gesamte private und öffentliche Verbrauch belastet wird. Steuerbefreiungen kommen nur unter bestimmten engen Voraussetzungen in Betracht. Unternehmer, die am innergemeinschaftlichen Handels- und Dienstleistungsverkehr teilnehmen, erhalten auf Antrag beim Bundeszentralamt für Steuern für umsatzsteuerliche Zwecke eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer. Gegebenenfalls kann die Führung eines Umsatzsteuerheftes verpflichtend sein.	Finanzamt
Wohnungsbauprämie	Steuern	Die Wohnungsbauprämie ist eine staatliche Vergünstigung zur Förderung des Wohnungsbaus. Zu den begünstigten Aufwendungen gehören insbesondere die Beiträge an Bausparkassen zur Erlangung von Baudarlehen sowie Aufwendungen für den ersten Erwerb von Anteilen an Bau- und Wohnungsgenossenschaften. Der Antrag auf Wohnungsbauprämie ist beim Bausparunternehmen erhältlich, zuständig ist das örtliche Finanzamt.	Finanzamt
Steueransprüche	Steuern	Wenn aus persönlichen oder sachlichen Gründen die Zahlung des Steuerbetrages bis zum festgesetzten Datum für den Steuerpflichtigen eine erhebliche Härte bedeutet, kann dieser unter Angabe von Gründen die ganze oder teilweise Stundung der Steuerschuld beim Finanzamt beantragen. Dies muss rechtzeitig erfolgen, da bei verzögerter Zahlung Säumniszuschläge erhoben werden.	Finanzamt
Kirchensteuer	Steuern	Die Kirchensteuer ist eine Steuer, die in der Bundesrepublik Deutschland von Religionsgemeinschaften mit der Stellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für ihre Mitglieder erhoben wird. Sie soll die Ausgaben der Kirchen in ihrer Gemeindefarbeit mitfinanzieren. Die Kirchenlohnsteuer wird stellvertretend für die Kirchen von den Finanzämtern eingezogen, die hierfür eine Aufwandsentschädigung erhalten. Bemessen wird die zu zahlende Kirchensteuer am der Einkommens- bzw. Lohnsteuer.	Finanzamt
Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale	Steuern	Arbeitgeber müssen bei jeder Lohnzahlung die Lohnsteuer, den Solidaritätszuschlag und ggf. die Kirchensteuer vom Arbeitslohn des Arbeitnehmers einbehalten, beim zuständigen Finanzamt der Betriebsstätte anmelden und dorthin abführen. Die konkreten Beträge dafür sind nach den persönlichen Besteuerungsmerkmalen der beschäftigten Person zu berechnen. Diese Daten sind in einer Datenbank der Finanzverwaltung als elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale gespeichert.	Finanzamt
Bescheinigung in Steuersachen	Steuern	Zur Erhaltung und Bewahrung schutzwürdiger Baudenkmale kann auf Antrag eine öffentliche Förderung, ein Zuschuss oder Darlehen bewilligt werden. Neben dieser unmittelbaren Förderung dienen Steuererleichterungen als Ausgleich für die Kosten, die das Denkmalschutzrecht den Eigentümern auferlegt. Um die steuerlichen Vergünstigungen in Anspruch nehmen zu können, benötigt der Eigentümer eine spezielle Steuerbescheinigung, die dem Finanzamt vorzulegen ist.	Finanzamt
Anzeige einer Freiberuflichen Tätigkeit	Steuern	Bei Aufnahme einer gewerblichen Tätigkeit, einer Selbstständigkeit bzw. Freiberuflichkeit, einer land- oder forstwirtschaftlichen Tätigkeit, der Beteiligung an oder Gründung von einer Personengesellschaft, Kapitalgesellschaft oder eines Vereins, besteht die steuerliche Pflicht, das zuständige Finanzamt umgehend zu benachrichtigen. Dazu stellt das zuständige Finanzamt einen Fragebogen bereit, mit dessen Hilfe alle Daten für eine zutreffende Besteuerung abgefragt werden. Die Art des Fragebogens richtet sich nach der Rechtsform der Gründung. Es wird zudem eine Steuernummer zugeteilt.	Finanzamt
Kapitalertragsteuer	Steuern	Die Kapitalertragsteuer ist eine besondere Erhebungsform der Einkommens- und Körperschaftssteuer. Sie entsteht mit dem Zufluss der Kapitalerträge und hat das Ziel, Einkünfte aus Kapitalvermögen zu besteuern und Hinterziehung zu erschweren.	Finanzamt

Bescheinigung für steuerliche Vergünstigungen für Baudenkmale und Gebäude in Sanierungsgebieten	Steuern	Zur Erhaltung und Bewahrung schutzwürdiger Baudenkmale kann auf Antrag eine öffentliche Förderung, ein Zuschuss oder Darlehen bewilligt werden. Neben dieser unmittelbaren Förderung dienen Steuererleichterungen als Ausgleich für die Kosten, die das Denkmalschutzrecht den Eigentümern auferlegt. Um die steuerlichen Vergünstigungen in Anspruch nehmen zu können, benötigt der Eigentümer eine spezielle Steuerbescheinigung, die dem Finanzamt vorzulegen ist.	Finanzamt
Umsatzsteuerheft	Steuern	Die Umsatzsteuer gehört zu den Besitz- und Verkehrssteuern. Sie ist eine allgemeine Verbrauchsteuer, mit der grundsätzlich der gesamte private und öffentliche Verbrauch belastet wird. Steuerbefreiungen kommen nur unter bestimmten engen Voraussetzungen in Betracht. Unternehmer, die am innergemeinschaftlichen Handels- und Dienstleistungsverkehr teilnehmen, erhalten auf Antrag beim Bundeszentralamt für Steuern für umsatzsteuerliche Zwecke eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer. Gegebenenfalls kann die Führung eines Umsatzsteuerheftes verpflichtend sein.	Finanzamt
Bescheinigung für den Lohnsteuerabzug	Steuern	Arbeitgeber müssen bei jeder Lohnzahlung die Lohnsteuer, den Solidaritätszuschlag und ggf. die Kirchensteuer vom Arbeitslohn des Arbeitnehmers einbehalten, beim zuständigen Finanzamt der Betriebsstätte anmelden und dorthin abführen. Die konkreten Beträge dafür sind nach den persönlichen Besteuerungsmerkmalen der beschäftigten Person zu berechnen. Diese Daten sind in einer Datenbank der Finanzverwaltung als elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale gespeichert.	Finanzamt
Besteuerung von Lotterien, Ausspielungen und Sportwetten	Steuern	Veranstaltungen, die der Rennwettsteuer oder der Lotteriesteuer unterliegen, müssen beim zuständigen Finanzamt angemeldet werden. Steuerschuldner ist bei Lotterien, Ausspielungen und Sportwetten der Veranstalter. Innerhalb einer Woche nach Ablauf jedes halben Kalendermonats ist die Steuer auf Rennwetten zu entrichten. Dagegen ist die Steuer für Lotterien und Ausspielungen vom Veranstalter zu entrichten, bevor mit dem Losabsatz begonnen wird. Bei Sportwetten ist die Steuer am 15. Tag nach Ablauf des Anmeldezeitraums fällig.	Finanzamt
Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber	Steuern	Arbeitgeber mit Angestellten müssen die abzuführende Lohnsteuer beim Finanzamt anmelden. In der Lohnsteueranmeldung wird die Summe der abzuführenden Lohnsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschläge angegeben. Wie oft eine Lohnsteueranmeldung abgegeben werden muss, hängt von der Höhe der im Vorjahr angemeldeten Lohnsteuer ab. Anmeldezeitraum kann der Monat, das Vierteljahr oder das Kalenderjahr sein.	Finanzamt
Steuerabzug bei Bauleistungen	Steuern	Der Steuerabzug bei Bauleistungen ist eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer. Die erhobene Abzugsteuer wird auf die vom Leistenden zu entrichtenden Lohnsteuern, Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer angerechnet.	Finanzamt
Grundsteuermessbetrag	Steuern	Die Grundsteuer entspricht einer Gemeindesteuer, die an Gemeinden bzw. Städte entrichtet werden muss. Die Höhe der Grundsteuer wird durch das Grundsteuergesetz bestimmt. Die Bewertung des jeweiligen Grundstücks fällt in den Bereich des Bewertungsgesetzes. Grundsätzlich wird die Grundsteuer erhoben für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A), Betriebsgrundstücke, aber auch Teileigentum, Erbbaurechte und privates Wohneigentum (Grundsteuer B). Die zu entrichtende Grundsteuer wird durch das zuständige Finanzamt ermittelt. Es errechnet den Einheitswert auf Basis des Bewertungsgesetzes, den Grundsteuermessbetrag und darauf aufbauend die zu zahlende Steuer, welche jährlich berechnet wird.	Finanzamt

rechtsfähige Stiftung	Stiftungen	Eine Stiftung, innerhalb der sich natürliche oder juristische Stifter verpflichten, auf Dauer und zur Verwirklichung eines bestimmten Zwecks, diese mit dem benötigten Vermögen auszustatten, erlangt ihre Rechtsfähigkeit durch staatliche Anerkennung. Die Anerkennung kann zudem eine Gemeinnützigkeit umfassen. Zur Anerkennung als rechtsfähige Stiftung sind Stiftungsgeschäft und Satzung bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einzureichen. Die Anerkennung kann geprüft und wieder aufgehoben werden.	Regierungspräsidium
Stiftungssatzung	Stiftungen	Satzungsänderungen einer Stiftung sind unter Beachtung des wirklichen und mutmaßlichen Willens des Stifters zulässig. Der Stifter sollte die Voraussetzungen und das Verfahren von Satzungsänderungen bereits bei der Errichtung der Stiftung festgelegt haben. Satzungsänderungen durch Stiftungsorgane bedürfen der Genehmigung der Stiftungsbehörde an dem Ort, an dem die Stiftung ihren Sitz hat. Bei Beschlüssen über Satzungsänderungen, die steuerliche Aspekte betreffen, muss die vorherige Zustimmung des Finanzamtes eingeholt werden.	Regierungspräsidium
Stiftungsverzeichnis	Stiftungen	Jede Stiftungsbehörde führt ein Verzeichnis der rechtsfähigen Stiftungen, die ihren Sitz im jeweiligen Regierungsbezirk haben. Die Stiftung muss jede Änderung der Anschrift und jede Änderung der Zusammensetzung der vertretungsberechtigten Organe der Stiftungsbehörde mitteilen. Die Eintragung im Stiftungsverzeichnis begründet aber nicht die Vermutung ihrer Richtigkeit. Das Stiftungsverzeichnis kann jede Person ohne Angabe von Gründen einsehen.	Regierungspräsidium
Erstattung von Geldstrafen und Kosten des Verfahrens nach Strafrechtlichem Rehabilitierungsgesetz	strafrechtliche Rehabilitierung	Mit der Rehabilitierung von Unrecht wird für verschiedene Umstände aus der Vergangenheit eine juristische und soziale Wiedergutmachung seitens der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Dazu gehören unter anderem die Rehabilitierung, Unterstützungsleistungen, Beschädigtenversorgung, besondere Zuwendung für Haftopfer, Hinterbliebenenversorgung, Kapitalentschädigung sowie die Erstattung von Geldstrafen und Kosten des Verfahrens nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz; die Beschädigtenversorgung und Eingliederungshilfe nach dem Häftlingshilfegesetz; die Rehabilitierung, Ausgleichsleistungen und Weiterbildungskosten nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.	Regierungspräsidium
Hinterbliebenenversorgung nach Strafrechtlichem Rehabilitierungsgesetz	strafrechtliche Rehabilitierung	Mit der Rehabilitierung von Unrecht wird für verschiedene Umstände aus der Vergangenheit eine juristische und soziale Wiedergutmachung seitens der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Dazu gehören unter anderem die Rehabilitierung, Unterstützungsleistungen, Beschädigtenversorgung, besondere Zuwendung für Haftopfer, Hinterbliebenenversorgung, Kapitalentschädigung sowie die Erstattung von Geldstrafen und Kosten des Verfahrens nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz; die Beschädigtenversorgung und Eingliederungshilfe nach dem Häftlingshilfegesetz; die Rehabilitierung, Ausgleichsleistungen und Weiterbildungskosten nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.	Regierungspräsidium
Kapitalentschädigung nach Strafrechtlichem Rehabilitierungsgesetz	strafrechtliche Rehabilitierung	Mit der Rehabilitierung von Unrecht wird für verschiedene Umstände aus der Vergangenheit eine juristische und soziale Wiedergutmachung seitens der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Dazu gehören unter anderem die Rehabilitierung, Unterstützungsleistungen, Beschädigtenversorgung, besondere Zuwendung für Haftopfer, Hinterbliebenenversorgung, Kapitalentschädigung sowie die Erstattung von Geldstrafen und Kosten des Verfahrens nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz; die Beschädigtenversorgung und Eingliederungshilfe nach dem Häftlingshilfegesetz; die Rehabilitierung, Ausgleichsleistungen und Weiterbildungskosten nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.	Regierungspräsidium

Rehabilitierung nach Strafrechtlichem Rehabilitierungsgesetz	strafrechtliche Rehabilitierung	Mit der Rehabilitierung von Unrecht wird für verschiedene Umstände aus der Vergangenheit eine juristische und soziale Wiedergutmachung seitens der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Dazu gehören unter anderem die Rehabilitierung, Unterstützungsleistungen, Beschädigtenversorgung, besondere Zuwendung für Haftopfer, Hinterbliebenenversorgung, Kapitalentschädigung sowie die Erstattung von Geldstrafen und Kosten des Verfahrens nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz; die Beschädigtenversorgung und Eingliederungshilfe nach dem Häftlingshilfegesetz; die Rehabilitierung, Ausgleichsleistungen und Weiterbildungskosten nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.	Regierungspräsidium
Unterstützungsleistungen nach Strafrechtlichem Rehabilitierungsgesetz	strafrechtliche Rehabilitierung	Mit der Rehabilitierung von Unrecht wird für verschiedene Umstände aus der Vergangenheit eine juristische und soziale Wiedergutmachung seitens der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Dazu gehören unter anderem die Rehabilitierung, Unterstützungsleistungen, Beschädigtenversorgung, besondere Zuwendung für Haftopfer, Hinterbliebenenversorgung, Kapitalentschädigung sowie die Erstattung von Geldstrafen und Kosten des Verfahrens nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz; die Beschädigtenversorgung und Eingliederungshilfe nach dem Häftlingshilfegesetz; die Rehabilitierung, Ausgleichsleistungen und Weiterbildungskosten nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.	Regierungspräsidium
ausländische Berufsqualifikation im Straßenpersonenverkehr	Straßenpersonenverkehr	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
leitende Tätigkeiten im Straßenpersonenverkehr	Straßenpersonenverkehr	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Finanzielle Leistungsfähigkeit von Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs	Straßenpersonenverkehr	Zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit von Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs ist es unter anderem erforderlich, dass sie im Verlauf eines Geschäftsjahres jederzeit in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Dazu müssen das Eigenkapital und die Reserven des Unternehmens nicht weniger als 9.000 Euro für das erste Fahrzeug oder 5.000 Euro für jedes weitere Fahrzeug betragen.	Regierungspräsidium
Persönlichen Zuverlässigkeit von Unternehmen und den zur Führung der Geschäfte bestellten Personen für den Straßenpersonenverkehr	Straßenpersonenverkehr	Die Zuverlässigkeitsüberprüfung wird für bestimmte Personen unterschiedlicher Berufsgruppen durchgeführt. Nach der bestandenen Zuverlässigkeitsprüfung erfolgt die Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung. Solche Berufsgruppen sind unter anderem Gewerbetreibende bei überwachungsbedürftigen Gewerben, Güterkraftverkehrsgeschäfte sowie der Luftverkehr. Gegebenenfalls ist darüber hinaus eine gesonderte Erlaubniserteilung im Einzelfall erforderlich.	Regierungspräsidium
Berufszugangsvoraussetzungen nach § 13 Abs. 1 PBefG	Straßenpersonenverkehr	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium
Ausbildungsstätten für die beschleunigte Grundqualifikation und die Weiterbildung von Berufskraftfahrern	Straßenpersonenverkehr	Bildungsstätten werden bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen anerkannt. Bildungsstätten sind unter anderem Forschungseinrichtungen, Ausbildungsstätten, Schulungsveranstalter für Ausbildungen, Ausbildungsorganisationen, Weiterbildungsstätten, Privathochschulen, Niederlassungen von Hochschulen, Berufsakademien, Ergänzungsschulen, Ersatzschulen, Privatschulen und Deutsche Schulen im Ausland.	Regierungspräsidium

Pflegeeinrichtungen	Pflegeversicherung	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson	Pflegeversicherung	Nach den Statuten der gesetzlichen Krankenversicherung können Versicherte über die ärztliche Behandlung hinaus auch Leistungen der häuslichen Krankenpflege in Anspruch nehmen. Eine häusliche Krankenpflege kann hierbei sowohl im eigenen Haushalt, in der Familie als auch an sonstigen geeigneten Orten erfolgen. Zu diesen Orten zählen etwa Schulen oder betreute Wohngruppen. Kriterium für den Zuspruch von Leistung der häuslichen Krankenpflege ist die Notwendigkeit einer Krankenhausbehandlung, die nicht ausführbar ist, oder durch häusliche Krankenpflege vermieden bzw. verkürzt werden kann.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Kombinationsleistung von Geld- und Sachleistung für gesetzlich Pflegeversicherte	Pflegeversicherung	Zu den Pflegeangeboten und -leistungen gehört einerseits die Informationserteilung zu Kurzzeitpflege, Tagespflege, Nachtpflege oder vollstationäre Pflege für gesetzlich Pflegeversicherte und, andererseits, die Gewährung konkreter Hilfen, wie der Kombinationsleistung von Geld- und Sachleistung, Leistungen des Persönlichen Budgets für gesetzlich Pflegeversicherte, oder die Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen. Für Menschen mit Behinderung werden weiterhin Kosten für eine Pflege in vollstationären Einrichtungen übernommen und für Pflegeversicherte mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf, Kosten für zusätzlichen Betreuungsleistungen.	Hessisches Ministerium für soziales und Integration
Tagespflege für gesetzlich Pflegeversicherte	Pflegeversicherung	Zu den Pflegeangeboten und -leistungen gehört einerseits die Informationserteilung zu Kurzzeitpflege, Tagespflege, Nachtpflege oder vollstationäre Pflege für gesetzlich Pflegeversicherte und, andererseits, die Gewährung konkreter Hilfen, wie der Kombinationsleistung von Geld- und Sachleistung, Leistungen des Persönlichen Budgets für gesetzlich Pflegeversicherte, oder die Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen. Für Menschen mit Behinderung werden weiterhin Kosten für eine Pflege in vollstationären Einrichtungen übernommen und für Pflegeversicherte mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf, Kosten für zusätzlichen Betreuungsleistungen.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
vollstationäre Pflege für gesetzlich Pflegeversicherte	Pflegeversicherung	Zu den Pflegeangeboten und -leistungen gehört einerseits die Informationserteilung zu Kurzzeitpflege, Tagespflege, Nachtpflege oder vollstationäre Pflege für gesetzlich Pflegeversicherte und, andererseits, die Gewährung konkreter Hilfen, wie der Kombinationsleistung von Geld- und Sachleistung, Leistungen des Persönlichen Budgets für gesetzlich Pflegeversicherte, oder die Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen. Für Menschen mit Behinderung werden weiterhin Kosten für eine Pflege in vollstationären Einrichtungen übernommen und für Pflegeversicherte mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf, Kosten für zusätzlichen Betreuungsleistungen.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Kosten zusätzlicher Betreuungsleistungen für Pflegeversicherte mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf	Pflegeversicherung	Zu den Pflegeangeboten und -leistungen gehört einerseits die Informationserteilung zu Kurzzeitpflege, Tagespflege, Nachtpflege oder vollstationäre Pflege für gesetzlich Pflegeversicherte und, andererseits, die Gewährung konkreter Hilfen, wie der Kombinationsleistung von Geld- und Sachleistung, Leistungen des Persönlichen Budgets für gesetzlich Pflegeversicherte, oder die Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen. Für Menschen mit Behinderung werden weiterhin Kosten für eine Pflege in vollstationären Einrichtungen übernommen und für Pflegeversicherte mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf, Kosten für zusätzlichen Betreuungsleistungen.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Berechnung der betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen	Pflegeversicherung	Die Gründung eines Pflegedienstes oder Pflegeheims beruht auf den Bestimmungen des Pflegeversicherungsgesetzes. Für Pflegeeinrichtungen ist zudem eine Zulassung zu beantragen. Die Höhe der Vergütung der Pflegeeinrichtung orientiert sich dabei unter anderem an den Pflegestufen. Einrichtungen können zudem unter besonderen Bedingungen eine Pauschalförderung erhalten, durch die das zu zahlende Investitionsentgelt der zu pflegenden Personen gemindert wird.	Regierungspräsidium
Pauschalförderung für Einrichtungen nach SGB XI	Pflegeversicherung	Die Gründung eines Pflegedienstes oder Pflegeheims beruht auf den Bestimmungen des Pflegeversicherungsgesetzes. Für Pflegeeinrichtungen ist zudem eine Zulassung zu beantragen. Die Höhe der Vergütung der Pflegeeinrichtung orientiert sich dabei unter anderem an den Pflegestufen. Einrichtungen können zudem unter besonderen Bedingungen eine Pauschalförderung erhalten, durch die das zu zahlende Investitionsentgelt der zu pflegenden Personen gemindert wird.	Regierungspräsidium
Pflegeversicherungsbeitrag	Pflegeversicherung	Die Pflegeversicherung deckt bestimmte Aufwendungen, welche durch die Pflegebedürftigkeit entstehen, auf Grundlage eines Leistungskatalogs. Darüberhinausgehende Leistungen werden von den Betroffenen selbst getragen. Finanziert wird die gesetzliche Pflegeversicherung aus Beiträgen, die je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entrichtet werden. Bei der Beitragserhebung wird nach Versicherten mit und ohne Kindern unterschieden, wobei für kinderlose Versicherte höhere Beiträge anfallen. Zudem wird kassenindividuell ein Zusatzbeitrag erhoben.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Entschädigung für Zwangsarbeiter	Sozialleistungen	Auf Antrag konnten ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit kriegs- oder kriegsfolgenbedingt von einem ausländischen Staat zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, bis zum 31. Dezember 2017 einen Antrag auf Gewährung einer einmaligen Anerkennungsleistung stellen. Die Durchführung der Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter wird durch das Bundesverwaltungsamt übernommen.	Regierungspräsidium
Vereinbarungen nach § 75 SGB XII	Sozialleistungen	Träger von Einrichtungen bzw. Diensten für Menschen mit Behinderung oder wohnungslose Menschen können einen Antrag auf Abschluss einer Leistungsvereinbarung bezüglich Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, sowie einer Prüfungs- und Vergütungsvereinbarung stellen. Die Vergütung ist differenziert nach Hilfebedarfsgruppen bzw. Leistungsgruppen und muss den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Träger der Sozialhilfe ist nach einer Prüfung und dem Abschluss der Vereinbarung, zur Übernahme der Vergütungen für die vereinbarte Leistung verpflichtet.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Beförderung gefährlicher Güter	Straßenverkehr	Wer in Deutschland gefährliche Güter mit Lastkraftwagen befördert, muss diverse Bestimmungen beachten, insbesondere in Bezug auf Verpackung und Kennzeichnung der Ladung. Darüber hinaus benötigen Gefahrgutfahrer eine sogenannte "ADR- Bescheinigung", um einen entsprechend beladenen Lastkraftwagen fahren zu dürfen. Die Industrie- und Handelskammern stellen die ADR-Bescheinigung nach erfolgreicher Teilnahme an einer Schulung und anschließend bestandener Prüfung aus.	Regierungspräsidium
Strafen und Bußgelder im Straßenverkehr	Straßenverkehr	Im Punktekatalog des Kraftfahrt-Bundesamts sind die Informationen darüber zu finden, welche Straftat oder Ordnungswidrigkeit im Straßenverkehr mit wie vielen Punkten oder einem Fahrverbot geahndet werden. Sollte das Bußgeld oder die Strafe für eine begangene Ordnungswidrigkeit oder Straftat rechtskräftig geworden sein, werden die vergebenen Punkte ins Verkehrszentralregister eingetragen.	Regierungspräsidium

Anerkennung von Stellen für Fahrtschreiber- und Kontrollgeräteprüfungen	Straßenverkehr	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Anerkennung der Kraftfahrzeugwerkstätten für die Durchführung der Gassystemeinbauprüfungen	Straßenverkehr	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Anerkennung von Werkstätten zur Durchführung von Sicherheitsprüfungen	Straßenverkehr	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Ausnahmegenehmigung für ein Schlachten ohne Betäubung	Tierhaltung und Tierschutz	Zum Schlachten oder Zurichten von Tieren, deren Fleisch zum menschlichen Verzehr bestimmt ist, wird eine Erlaubnis benötigt. Diese kann einer einzelnen Person bzw. Einzelfirma oder einer Kapitalgesellschaft erteilt werden. Voraussetzung ist der Nachweis der erforderlichen Sachkunde als Schlachter. Die Hausschlachtung ist eine Schlachtung außerhalb gewerblicher Schlachtstätten, wobei das Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Tierbesitzers verwendet werden darf. Neben dem Nachweis der notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten des Schlachters muss dafür auch eine amtliche Fleischuntersuchung durch die zuständige Behörde erfolgen.	Regierungspräsidium
Futtermittel	Tierhaltung und Tierschutz	Die Produkt- und Stoffzulassung gewährleistet den Schutz der Bürger durch Kontrolle von chemischen, biologischen, technischen und anderen Gefahrenquellen im Rahmen ihrer amtlichen Zulassung. Zulassungspflichtigen Stoffe sind unter anderem Chemikalien (giftige Stoffe, Biozid), Pflanzenschutzmittel oder Fahrzeuge und Telekommunikationsanlagen. Amtliche Zulassungsverfahren sind weiterhin in den folgenden Bereichen vorgesehen: Gewerbe (Spielgeräte, Medizinprodukte), Sicherheit und Ordnung (Explosivstoffe, Sprengzubehör), Tierhaltung und Tierschutz (Futtermittel, Tierimpfstoffe) und andere.	Regierungspräsidium

Versuchsvorhaben an Wirbeltieren	Tierhaltung und Tierschutz	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Haustierhaltung	Tierhaltung und Tierschutz	Personen, die mit einem Hund als Haustier leben, sind verpflichtet, den Hund anzumelden. Die Meldepflicht ist mit ihren Bestimmungen in der jeweiligen kommunalen Satzung festgelegt. Zudem ist eine gesondert durchzuführende Eintragung im Hunderegister notwendig. Zur Haltung eines als „Kampfhund“ definierten Tieres wird darüber hinaus eine Erlaubnis benötigt. Bei Aufgabe der Hundehaltung oder bei Abgabe, Tod, oder Verlust des Hundes, ist er im zentralen Hunderegister abzumelden. Derselbe Ablauf trifft ebenso auf die Haltung von Wirbeltiere der besonders geschützten Arten zu.	Regierungspräsidium
Tiergehege	Tierhaltung und Tierschutz	Tiergehege sind dauerhafte Einrichtungen, in denen Tiere wildlebender Arten außerhalb von Wohn- und Geschäftsgebäuden während eines Zeitraums von mindestens 7 Tagen im Jahr gehalten werden und die kein Zoo sind. Die Errichtung, Erweiterung, wesentliche Änderung und der Betrieb eines Tiergeheges sind der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat im Voraus anzuzeigen.	Regierungspräsidium
Tierschutzbeauftragte	Tierhaltung und Tierschutz	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Regierungspräsidium
Tierversuche	Tierhaltung und Tierschutz	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Besamungsstationen und Embryo-Entnahmeeinheiten	Tierhaltung und Tierschutz	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Bestellung eines weisungsbefugten Verantwortlichen zur Einhaltung der Anforderungen des Tierschutzgesetzes	Tierhaltung und Tierschutz	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Regierungspräsidium
Antrag auf Beihilfen und sonstige Leistungen von der Tierseuchenkasse	Tierhaltung und Tierschutz	Bei Verdacht auf eine Tierseuche müssen sofort das zuständige Veterinäramt und ein Tierarzt informiert werden. Um Schäden durch Tierverluste oder andere Schäden nach amtlichen Maßnahmen zu verringern, können Beihilfen von der Tierseuchenkasse beantragt werden. Dieser Antrag wird mit den erforderlichen Nachweisen über das Veterinäramt an die Tierseuchenkasse weitergeleitet.	Regierungspräsidium

Schutz vor Tierseuchen	Tierhaltung und Tierschutz	Eier aus Legehennenställen können nur dann in den Verkehr gebracht werden, wenn für den jeweiligen Betrieb eine Registriernummer bzw. ein Erzeugercode vorliegt. Die Eier des jeweiligen Stalls müssen vor ihrem Verkauf durch die Registriernummer gekennzeichnet werden. Die Vergabe von Registriernummern erfolgt über das Landesamt für Verbraucherschutz auf Länderebene.	Regierungspräsidium
Nicht gewerbsmäßige Haltung gefährlicher Wildtiere	Tierhaltung und Tierschutz	In Deutschland ist die nicht gewerbsmäßige Haltung gefährlicher Wildtiere verboten. Gefährliche Wildtiere können Menschen durch Körperkraft, Gifte oder Verhalten erheblich verletzen und sind daher ihrer Art nach als allgemein gefährlich eingestuft. Dies sind zum Beispiel Raubtiere, Giftschlangen, Reptilien, Amphibien, giftige Spinnen und Skorpione. Die zuständige Behörde kann auf Antrag Ausnahmen von dem Verbot zulassen, wenn ein berechtigtes Interesse an der Haltung besteht, zum Beispiel für wissenschaftliche Forschung oder für vergleichbare Zwecke.	Regierungspräsidium
Kennnummer für Betriebe zur Haltung von Legehennen	Tierhaltung und Tierschutz	Eier aus Legehennenställen können nur dann in den Verkehr gebracht werden, wenn für den jeweiligen Betrieb eine Registriernummer bzw. ein Erzeugercode vorliegt. Die Eier des jeweiligen Stalls müssen vor ihrem Verkauf durch die Registriernummer gekennzeichnet werden. Die Vergabe von Registriernummern erfolgt über das Landesamt für Verbraucherschutz auf Länderebene.	Regierungspräsidium
Genehmigung zur Einfuhr von Wirbeltieren aus Drittländern zu Versuchszwecken	Tierhaltung und Tierschutz	Alle Waren, die aus einem Nicht-EU-Staat eingeführt bzw. in einem solchen Staat ausgeführt werden, müssen durch den Zoll abgefertigt werden. Besonders sensible Waren bedürfen zusätzlich einer Genehmigung oder Zertifizierung, um ihre Ein- bzw. Ausfuhr zu ermöglichen. Dazu gehören unter anderem Arzneimittel, eingetragene Archivgute und geschützte Pflanzen- und Tierarten. Ebenso genehmigungspflichtig sind die Einfuhr von Wirbeltieren aus Drittländern zu Versuchszwecken oder von Schadorganismen im Rahmen von pflanzenschutztechnischen Forschungsprojekten.	Regierungspräsidium
Anzeige von Eingriffen oder Behandlungen an Tieren zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung	Tierhaltung und Tierschutz	Bestimmte tierärztliche Behandlungen bedürfen einer Erlaubnis. Darunter fallen Amputationen bei Wirbeltieren – dazu zählt beispielsweise das Kürzen der Schnabelspitzen von Nutzgeflügel – obliegen einer Erlaubnis. Diese wird erteilt, wenn die durchführende Person die Notwendigkeit des Eingriffs glaubhaft dargelegt hat und über die erforderlichen Fähigkeiten zur Durchführung verfügt. Weiterhin kann die Tierseuchenkasse, unter Vorlage eines ausgefüllten und vom behandelnden Tierarzt unterschriebenen Antragformulars, Zuschüsse bei Schutzimpfungen für Tiere gewähren.	Regierungspräsidium
Anzeige von Eingriffen und Behandlungen an Tieren zur Herstellung, Gewinnung, Aufbewahrung oder Vermehrung von Stoffen, Produkten oder Organismen	Tierhaltung und Tierschutz	Bestimmte tierärztliche Behandlungen bedürfen einer Erlaubnis. Darunter fallen Amputationen bei Wirbeltieren – dazu zählt beispielsweise das Kürzen der Schnabelspitzen von Nutzgeflügel – obliegen einer Erlaubnis. Diese wird erteilt, wenn die durchführende Person die Notwendigkeit des Eingriffs glaubhaft dargelegt hat und über die erforderlichen Fähigkeiten zur Durchführung verfügt. Weiterhin kann die Tierseuchenkasse, unter Vorlage eines ausgefüllten und vom behandelnden Tierarzt unterschriebenen Antragformulars, Zuschüsse bei Schutzimpfungen für Tiere gewähren.	Regierungspräsidium
Benennung eines weisungsbefugten Verantwortlichen für die Einhaltung der Anforderungen des Tierschutzgesetzes beim Schlachten	Tierhaltung und Tierschutz	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Regierungspräsidium

Maßnahmen zur Prävention und Ausgleich bei Schäden durch Wölfe	Tierhaltung und Tierschutz	Ersatzpflichtige Wildschäden sind durch bestimmte Wildarten verursachte Schäden an Grundstücken und Pflanzen. Wildschäden an Grundstücken auf denen die Jagd ruht oder nicht ausgeübt werden darf, wie bewohnte Bereiche, Friedhöfe oder Parkanlagen, werden nicht erstattet. Der weit überwiegende Teil aller Wild- und Jagdschäden wird direkt zwischen der geschädigten Person und dem Jagdpächter einvernehmlich geregelt. Zudem gibt es Förderungen von Präventionsmaßnahmen in Form von freiwilligen Zuwendungen zur Prävention und dem Ausgleich von Schäden.	Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Meldung über Auszahlungspreise und Mengen von Schlachtvieh	Tierhaltung und Tierschutz	Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben Statistiken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Anordnung und Durchführung der Erhebungen beruhen auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder. Unternehmen sind dazu verpflichtet, einen Beitrag zu diesen statistischen Erhebungen zu leisten. Bei welcher Statistik ein Unternehmen zur Mitwirkung verpflichtet ist, ergibt sich aus dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.	Regierungspräsidium
Anerkennung als Sachverständiger für Hunde	Tierhaltung und Tierschutz	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Geflügelpest	Tierhaltung und Tierschutz	Eine öffentliche Bekanntmachung erfolgt in unterschiedlichen Bereichen. So werden im Handwerk die Satzung, Wahlergebnisse von Arbeitnehmervertretern, sowie Beschlüsse der Vollversammlung einer Handwerkskammer öffentlich bekanntgemacht. Im Bereich des Immissionsschutzes werden sachverständige Stellen zur Verifizierung von Zuteilungsanträgen sowie Sachverständige nach dem Immissionsschutz-Gesetz bekanntgemacht; im Bereich des Gefahrguttransports sind es Schulungsveranstalter für Lehrgänge der Gefahrgutbeauftragten. Ebenso erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung bei Tierkrankheiten von allgemeinem Interesse, wie zum Beispiel der Geflügelpest.	Regierungspräsidium
Abfindung für Unfallversicherte	Unfallversicherung	Versicherten der gesetzlichen Unfallversicherung wird Verletztenrente gewährt, wenn durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit eine Minderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist. Ist die unfallversicherte Person durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit verstorben, erhält der Ehepartner eine Rente. Alternativ können Geschädigte bzw. deren Ehepartner eine einmalige Abfindung ausgezahlt bekommen.	Regierungspräsidium
Leistungen der Rentenversicherung zur Teilhabe am Arbeitsleben	Rentenversicherung	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden für gesetzlich Rentenversicherte oder für gesetzlich Unfallversicherte gewährt, die aus gesundheitlichen Gründen ihren Beruf nicht mehr ausüben können. Auf diesem Wege soll die Eingliederung im Berufsleben erhalten oder wieder ermöglicht werden. Zu diesen Leistungen zählen zudem Werkstätten für behinderte Menschen.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Rente wegen Todes bei Verschollenheit	Rentenversicherung	Für den Anspruch auf die so genannte Regelaltersrente genügen bereits fünf Jahre Versicherungszeit. Die Festlegung des Rentenbeginns erfolgt auf Antrag, wenn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Es gibt weiterhin die Altersrente für langjährig Versicherte, für besonders langjährig Versicherte sowie für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute. Auch wenn Menschen wegen Krankheit oder Behinderung nicht mehr vollumfänglich arbeiten können, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf eine Rente wegen Erwerbsminderung oder teilweiser Erwerbsminderung.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Übergangsgeld für Rentenversicherte	Rentenversicherung	Übergangsgeld dient zur Sicherung des Lebensunterhalts, wenn Versicherte, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhalten und bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Der Antrag wird bei einem der Rehabilitationsträger gestellt, beispielsweise Kranken-, Renten-, Unfallversicherung oder Träger der sozialen Entschädigung. Arbeitsunfähige Personen, oder Personen, die wegen der Teilnahme an der Maßnahme keiner ganztägigen Erwerbstätigkeit nachgehen können, erhalten auch während Maßnahmen zur medizinischen Rehabilitation Übergangsgeld. Der Anspruch auf Übergangsgeld besteht außerdem für den Zeitraum, in dem die berufliche Eignung abgeklärt oder eine Arbeitserprobung durchgeführt wird.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Waisenrente für gesetzlich Rentenversicherte	Rentenversicherung	Eine Waisenrente erhalten Kinder unter bestimmten Voraussetzungen nach dem Tod eines Elternteils. Eine Waisenrente bekommen leibliche oder adoptierte Kinder, Stiefkinder und Pflegekinder die im Haushalt des Verstorbenen lebten, Enkel und Geschwister die im Haushalt des Verstorbenen lebten oder von ihm überwiegend unterhalten wurden. Die Waisenrente wird in den gegebenen Fällen von der gesetzlichen Sozialversicherung, Renten- oder Unfallversicherung übernommen.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Witwenrente für gesetzlich Rentenversicherte	Rentenversicherung	Die gesetzliche Rentenversicherung sichert Hinterbliebene bei einem Todesfall ab. Das gilt sowohl für Ehepartner als auch für eingetragene Lebenspartner. Zuständig ist die Deutsche Rentenversicherung. Hinterbliebene können unter Umständen im Versicherungsfall auch Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung beziehen.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Abschrift aus dem Vereinsregister	Vereine	Das öffentliche Vereinsregister macht die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse eines eingetragenen Vereins (e. V.) jederzeit für Dritte feststellbar. Durch Einsicht in das Vereinsregister können beispielsweise Informationen darüber bezogen werden, wer als Vorstand einen Verein nach außen vertritt. Die Vereinsregister werden bei den jeweiligen Registergerichten geführt, die Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des Vereins.	Amtsgericht
Ausdrucke aus dem elektronischen Vereinsregister	Vereine	Das öffentliche Vereinsregister macht die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse eines eingetragenen Vereins (e. V.) jederzeit für Dritte feststellbar. Durch Einsicht in das Vereinsregister können beispielsweise Informationen darüber bezogen werden, wer als Vorstand einen Verein nach außen vertritt. Die Vereinsregister werden bei den jeweiligen Registergerichten geführt, die Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des Vereins.	Amtsgericht
Vereinsregister	Vereine	Das öffentliche Vereinsregister macht die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse eines eingetragenen Vereins (e. V.) jederzeit für Dritte feststellbar. Durch Einsicht in das Vereinsregister können beispielsweise Informationen darüber bezogen werden, wer als Vorstand einen Verein nach außen vertritt. Die Vereinsregister werden bei den jeweiligen Registergerichten geführt, die Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des Vereins.	Amtsgericht
Gemeinnütziger Verein	Vereine	Um als Verein anerkannt zu werden sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, wobei ein Verein in der Regel ideell bestimmt ist. Die Verleihung der Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein kommt nur in Betracht, wenn der Zweck des Vereins auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist und es dem Verein nicht zugemutet werden kann, sich in einer anderen handels- oder gesellschaftsrechtlichen Rechtsform zu organisieren, um die Rechtsfähigkeit zu erlangen. Der Verein stellt einen Antrag zur Aufnahme in das Vereinsregister, die zuständigen Stellen nehmen dann gegebenenfalls die Eintragung vor.	Amtsgericht

Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein	Vereine	Um als Verein anerkannt zu werden sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, wobei ein Verein in der Regel ideell bestimmt ist. Die Verleihung der Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein kommt nur in Betracht, wenn der Zweck des Vereins auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist und es dem Verein nicht zugemutet werden kann, sich in einer anderen handels- oder gesellschaftsrechtlichen Rechtsform zu organisieren, um die Rechtsfähigkeit zu erlangen. Der Verein stellt einen Antrag zur Aufnahme in das Vereinsregister, die zuständigen Stellen nehmen dann gegebenenfalls die Eintragung vor.	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
gerichtlich bestellte Vorstandsmitglieder	Vereine	Das öffentliche Vereinsregister macht die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse eines eingetragenen Vereins (e. V.) jederzeit für Dritte feststellbar. Durch Einsicht in das Vereinsregister können beispielsweise Informationen darüber bezogen werden, wer als Vorstand einen Verein nach außen vertritt. Die Vereinsregister werden bei den jeweiligen Registergerichten geführt, die Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des Vereins.	Amtsgericht
Flurstück	Vermessung und Kataster	Eine Flurbereinigung dient dem Ziel, eine raumordnerisch gewollte, regionaltypische, ökonomisch sinnvolle und umweltverträgliche Nutzung des Grund und Bodens (Landnutzung) auf der Grundlage konzeptioneller Vorgaben in sozialverträglicher Weise zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern. Flurstücksbildung ist die Zerlegung von einem Flurstück in zwei oder mehrere neue Flurstücke. Die neu gebildeten Flurstücke sind Voraussetzung, damit diese als selbständige Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden können. Eine besonders schnelle Variante der Flurstücksbildung ist die Sonderung. Sie kann durchgeführt werden, wenn auf Grundlage des Liegenschaftskatasters die Bestimmung der neuen Flurstücksgrenzen und die Flächenberechnung genau und zuverlässig erfolgen kann.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Flurstücksgrenze	Vermessung und Kataster	Eine Flurbereinigung dient dem Ziel, eine raumordnerisch gewollte, regionaltypische, ökonomisch sinnvolle und umweltverträgliche Nutzung des Grund und Bodens (Landnutzung) auf der Grundlage konzeptioneller Vorgaben in sozialverträglicher Weise zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern. Flurstücksbildung ist die Zerlegung von einem Flurstück in zwei oder mehrere neue Flurstücke. Die neu gebildeten Flurstücke sind Voraussetzung, damit diese als selbständige Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden können. Eine besonders schnelle Variante der Flurstücksbildung ist die Sonderung. Sie kann durchgeführt werden, wenn auf Grundlage des Liegenschaftskatasters die Bestimmung der neuen Flurstücksgrenzen und die Flächenberechnung genau und zuverlässig erfolgen kann.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Gebäudeeinmessung	Vermessung und Kataster	Das Liegenschaftskataster ist das landesweit flächendeckende Register sämtlicher Flurstücke (Parzellen, Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte) und deren Beschreibung. In einem beschreibenden Teil (Liegenschaftsbuch) und in Karten (Liegenschaftskarte) werden die Flurstücke mit ihrer räumlichen Lage, Art der Nutzung und Größe, sowie auf den Flurstücken befindliche Gebäude beschrieben. Um Eintragungen im Liegenschaftskataster zu prüfen, kann Einsicht darin gewährt, bzw. Auszüge aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte erstellt werden.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Grundstückswert	Vermessung und Kataster	Die Bodenrichtwerte sind die durchschnittlichen Lagewerte des Bodens für eine Mehrheit von Grundstücken, für die im Wesentlichen gleiche Nutzungs- und Wertverhältnisse vorliegen. Der Bodenrichtwert bezieht sich immer auf ein unbebautes Grundstück. Sie werden von den Gutachterausschüssen auf der Grundlage ihrer Kaufpreissammlung mindestens alle zwei Jahre ermittelt und beschlossen. Die Veröffentlichung erfolgt mittels Bodenrichtwertkarten oder Bodenrichtwerttabellen.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation

Grundstücksteilung	Vermessung und Kataster	Die Grundstücksteilungsgenehmigung wird in der Bundesrepublik Deutschland vom jeweiligen Grundbuchamt gewährt. Ihr muss die Erklärung des jeweiligen Grundbucheigentümers vorausgehen, dass ein Grundstücksteil im Grundbuch abgeschrieben werden soll, um es als selbständiges Grundstück oder zusammen mit anderen Grundstücken neu im Grundbuch einzutragen. Voraussetzung für die Genehmigung ist, dass durch die Teilung keine baurechtswidrigen Zustände entstehen. Hierfür liegt die Verantwortung beim Bauherrn bzw. Grundstückseigentümer. Das Vermessungsamt muss die Teilung vorbereiten.	Amtsgericht
Grundstücksvermessung	Vermessung und Kataster	Eine genaue Vermessung der Grundstücksgrenzen kann durch unterschiedliche Gründe notwendig sein, beispielsweise für die Erarbeitung eines Bauplanes. In diesem Fall ist ein Antrag auf Vermessung bei der jeweiligen unteren Vermessungsbehörde zu stellen. Die Vermessung selbst wird daraufhin von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren durchgeführt. Deren Ergebnisse werden in das Liegenschaftskataster übernommen, in dem auch die Lage der Grenzpunkte eingetragen wird. Die Gebühren werden vom jeweiligen Bundesland bestimmt.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Liegenschaftskataster	Vermessung und Kataster	Das Liegenschaftskataster ist das landesweit flächendeckende Register sämtlicher Flurstücke (Parzellen, Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte) und deren Beschreibung. In einem beschreibenden Teil (Liegenschaftsbuch) und in Karten (Liegenschaftskarte) werden die Flurstücke mit ihrer räumlichen Lage, Art der Nutzung und Größe, sowie auf den Flurstücken befindliche Gebäude beschrieben. Um Eintragungen im Liegenschaftskataster zu prüfen, kann Einsicht darin gewährt, bzw. Auszüge aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte erstellt werden.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Auskunft aus der Kaufpreissammlung	Vermessung und Kataster	Die Kaufpreissammlung enthält die Ergebnisse der Auswertung von Grundstückskauf- und Grundstückstauschverträgen sowie von anderen Vorgängen der Eigentumsübertragung. Sie wird von den Gutachterausschüssen für Immobilienwerte für ihren Zuständigkeitsbereich geführt und ist die Grundlage für die Grundstückswertermittlung. Personen, die ein berechtigtes Interesse darlegen, können anonymisierte (nicht grundstücksbezogene) Auskünfte aus der Kaufpreissammlung erhalten. Grundstücksbezogene Auskünfte aus der Kaufpreissammlung werden an Behörden, sonstige öffentliche Stellen sowie öffentlich bestellte und vereidigte oder zertifizierte Sachverständige für Immobilienbewertung erteilt, wenn sie die Auskunft zur Wertermittlung benötigen. Auskünfte aus der Kaufpreissammlung können kostenpflichtig bei den örtlichen Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Immobilienwerte beantragt werden.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Betreuungsverein	Vormundschaft	Um als Verein anerkannt zu werden sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, wobei ein Verein in der Regel ideell bestimmt ist. Die Verleihung der Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein kommt nur in Betracht, wenn der Zweck des Vereins auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist und es dem Verein nicht zugemutet werden kann, sich in einer anderen handels- oder gesellschaftsrechtlichen Rechtsform zu organisieren, um die Rechtsfähigkeit zu erlangen. Der Verein stellt einen Antrag zur Aufnahme in das Vereinsregister, die zuständigen Stellen nehmen dann gegebenenfalls die Eintragung vor.	Regierungspräsidium
Sorgerechtsverfügung	Vormundschaft	Zentrale Register sind elektronische Registrierungsstellen der Bundesnotarkammer für private sowie notarielle Vollmachten und Verfügungen aus dem gesamten Bundesgebiet. Damit besteht die Möglichkeit Registrierungen zum Testament, zur Vorsorge, Patientenverfügung und Betreuung vorzunehmen. Im plötzlich eintretenden Notfall können somit Klärungen über die elektronisch geführten Inhalte in den zentralen Registern erfolgen. Des Weiteren können auch Sorgerechtsverfügungen sowie Todeserklärungen verwahrt werden.	Amtsgericht

Hochschulzugang für Begabte ohne Hochschulreife	Begabtenförderung	Zu den Hochschulangelegenheiten gehören Immatrikulation, Exmatrikulation, Unterbrechung des Studiums, Namensänderung bei der Hochschule sowie die Festsetzung und Erhebung des Studienbeitrags. Weiterhin zählen der Hochschulzugang für Berufstätige oder Begabte ohne Hochschulreife sowie für ausländische Studienbewerber dazu.	Hochschulen
Bewilligungsverfahren nach WHG	Wasser	Für jede Einwirkung auf ein Gewässer, die nicht der privaten Wasserversorgung dient oder eine vorübergehende Entnahme in geringen Mengen darstellt, wird eine behördliche Bewilligung benötigt. Mehrere Arten der wasserrechtlichen Gestattung werden auf Basis des Wasserhaushaltsgesetzes unterschieden. Zuständig sind in der Regel die Kreisverwaltungsbehörden oder größere kreisangehörige Gemeinden.	Regierungspräsidium
Einleiten von Abwasser in Gewässer	Wasser	Eigentümer eines Grundstücks müssen für die Entsorgung des Abwassers aufkommen. Die Entsorgung des Abwassers fällt in die Zuständigkeit der Kommunen. Die Kommunen erheben dazu Abwassergebühren durch einen Gebührenbescheid auf der Grundlage einer Satzung.	Regierungspräsidium
Eignung von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Wasser	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Wasserbuch	Wasser	Das Wasserbuch ist ein öffentliches Buch, welches die wesentlichen wasserwirtschaftlichen Rechtsverhältnisse enthält. Neben der Funktion als Register, hat das Wasserbuch besondere Bedeutung für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union und zur Bereitstellung von Umweltinformationen für die Öffentlichkeit. Eintragungen, Löschungen oder Änderungen im Wasserbuch selbst bzw. die behördliche Entscheidung hierüber stellen einen Verwaltungsakt dar, genauso die Entscheidung darüber, ob Auskunft aus dem Wasserbuch gewährt wird oder nicht.	Regierungspräsidium
Benutzung eines Gewässers	Wasser	Die Wasserbehörden überwachen im Auftrag des Gesetzgebers die Gewässer sowie die Einhaltung und Erfüllung der wasserrechtlichen Anforderungen. Die Wasserbehörden erteilen oder widerrufen die Erlaubnisse und Bewilligungen für die Gewässerbenutzung. In besonderen Fällen können die Länder bestimmen, dass keine Erlaubnis erforderlich ist.	Regierungspräsidium
Abwasseranlagen	Wasser	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Erlaubnisfreie Benutzung von Küstengewässern	Wasser	Die Wasserbehörden überwachen im Auftrag des Gesetzgebers die Gewässer sowie die Einhaltung und Erfüllung der wasserrechtlichen Anforderungen. Die Wasserbehörden erteilen oder widerrufen die Erlaubnisse und Bewilligungen für die Gewässerbenutzung. In besonderen Fällen können die Länder bestimmen, dass keine Erlaubnis erforderlich ist.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz	Wasser	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Regierungspräsidium

Sachverständige Stellen nach Indirekteinleiterverordnung	Wasser	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Installateurverzeichnis	Wasser	Über Personen, die bestimmte Berufe ausüben bzw. über ganze Unternehmen, können Register geführt werden. In der Regel erfolgt die Eintragung automatisch, für bestimmte Berufe ist ein schriftlicher Antrag auf Eintragung in das jeweilige Register zu stellen. Bestimmte Änderungen sind melde- bzw. eintragungspflichtig, Löschungen sind teilweise ebenso meldepflichtig. Ein Registerauszug ist ein Auszug aus dem Register um Auskünfte zu unterschiedlichen Informationen über die registrierte Person oder das Unternehmen zu erhalten.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Anerkennung einer Sachverständigenorganisation für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Wasser	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Abwasseruntersuchung	Wasser	Hilfsmittel, die für eine häusliche Krankenpflege benötigt werden, werden unter bestimmten Voraussetzungen von der Krankenkasse bezahlt. Pflegehilfsmittel werden, ebenfalls unter ähnlichen Voraussetzungen, von der Pflegeversicherung bezahlt.	Regierungspräsidium
Abwasserabgabe	Wasser	Für die Benutzung der Trinkwasserversorgung und der Anlagen zur Abwasserentsorgung werden Wasser- und Abwassergebühren erhoben. Die Abwassergebühr teilt sich in die Gebühren Schmutzwasser, berechnet nach dem Frischwasserverbrauch und dem Niederschlagwasser, berechnet nach versiegelten und entwässerten Flächen. Zuständig für die öffentliche Ver- und Entsorgung sind die Gemeinden, diese stehen unter der Aufsicht der Bundesländer.	Regierungspräsidium
Zulassung von Bildungsangeboten für Lehrkräfte	Weiterbildung	Bestimmte Bildungsmaßnahmen bedürfen einer Zulassung von einer fachkundigen Stelle. Diese ist dann sowohl für den Weiterbildungsanbieter als auch für das Bildungsangebot notwendig. Weiterbildungsanbieter und auch die entsprechenden Bildungsmaßnahmen haben vielfältige Voraussetzungen für die Erteilung der Zulassung zu erfüllen.	Hessische Lehrkräfteakademie
Antrag auf Förderung eines Projektes im Rahmen der ESF-Richtlinie "Berufliche Bildung"	Weiterbildung	Unter bestimmten Voraussetzungen können Weiterbildungskosten zu einer beruflichen Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit übernommen werden. Weitere Maßnahmen der Weiterbildungsförderung sind unter anderem der Weiterbildungsscheck, der Prämiegutschein, die Qualifizierung während des Bezugs von Kurzarbeitergeld bzw. von Transferkurzarbeitergeld sowie die Erwachsenenbildung nach Programmen der Europäischen Union.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Sachkundenachweis nach Chemikalien-Ozonschichtverordnung	Weiterbildung	Wer bestimmte Berufe ausüben möchte, benötigt eine Erlaubnis. Voraussetzung ist oftmals eine entsprechende Unterrichtung oder ein Sachkundenachweis. Die Anerkennung von Sachkunde und Berufszugang erfolgt unter anderem durch eine Sachkundeprüfung, eine Sachkundebescheinigung, einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis oder eine Zertifizierung.	Regierungspräsidium

öffentlicher Personennahverkehr	Wirtschaftsförderung	Die Wirtschaftsförderung durch Zuwendungen an Unternehmen hat die Aufgabe der Sicherung und zukunftsfähigen Entwicklung des Standorts Deutschland sowie der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Weiterhin gehören auch Maßnahmen zur Erschließung von Auslandsmärkten zur Wirtschaftsförderung.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Maßnahmen zur Erschließung von Auslandsmärkten	Wirtschaftsförderung	Die Wirtschaftsförderung durch Zuwendungen an Unternehmen hat die Aufgabe der Sicherung und zukunftsfähigen Entwicklung des Standorts Deutschland sowie der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Weiterhin gehören auch Maßnahmen zur Erschließung von Auslandsmärkten zur Wirtschaftsförderung.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Prüfungsstellen der Sparkassen- und Giroverbände	Wirtschaftsförderung	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Spezialisierte ambulante Palliativversorgung für Krankenversicherte	Krankenversicherung	Das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland beinhaltet einen vielfältigen Maßnahmenkatalog zur medizinischen und psychologischen Betreuung der betroffenen Menschen und ihrer Angehörigen. Damit geht einher, dass die entsprechenden Leistungen zur spezialisierten ambulante Palliativversorgung bzw. zu stationären und ambulanten Hospizleistungen Bestandteile der Regelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung sind und ihre Finanzierung übernommen wird.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Stationäre und ambulante Hospizleistungen für Krankenversicherte	Krankenversicherung	Das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland beinhaltet einen vielfältigen Maßnahmenkatalog zur medizinischen und psychologischen Betreuung der betroffenen Menschen und ihrer Angehörigen. Damit geht einher, dass die entsprechenden Leistungen zur spezialisierten ambulante Palliativversorgung bzw. zu stationären und ambulanten Hospizleistungen Bestandteile der Regelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung sind und ihre Finanzierung übernommen wird.	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Lohnsteuerhilfverein	Steuerberatung	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen, sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Hessisches Ministerium der Finanzen
Hochwasservorhersage	Hochwasser	Die Zuständigkeit für den Hochwasserschutz, maßgeblich Bauleitplanung und die Gefahrenabwehr fällt den Gemeinden zu. Zudem können Zuwendungen für Maßnahmen zur Verbesserung des Zustandes der Gewässer zum Schutz vor Hochwasser gewährt werden sowie Zuwendungen für Maßnahmen zur Beseitigung von hochwasserbedingten Schäden.	Regierungspräsidium
Hochwassergefahren, geeignete Vorsorgemaßnahmen und Verhaltensregeln	Hochwasser	Die Zuständigkeit für den Hochwasserschutz, maßgeblich Bauleitplanung und die Gefahrenabwehr fällt den Gemeinden zu. Zudem können Zuwendungen für Maßnahmen zur Verbesserung des Zustandes der Gewässer zum Schutz vor Hochwasser gewährt werden sowie Zuwendungen für Maßnahmen zur Beseitigung von hochwasserbedingten Schäden.	Regierungspräsidium

Hochwassersoforthilfen	Hochwasser	Für deutsche Haushalte besteht im Fall von Hochwasserereignissen die Möglichkeit auf Gewährung staatlicher Hochwasserhilfen, da der in Folge eines Hochwassers bzw. Überschwemmung oder Vermurung entstandene Schaden meist nur teilweise von Versicherungsleistungen abgedeckt ist. In der Regel erfolgt diese Hilfe über speziell eingerichtete Katastrophenfonds. In einzelnen Fällen kann eine Unterstützung aus dem Sozialbereich beantragt werden, zum Beispiel über den Familienhärteausgleich.	Regierungspräsidium
Aufbauhilfen nach Hochwassern	Hochwasser	Für deutsche Haushalte besteht im Fall von Hochwasserereignissen die Möglichkeit auf Gewährung staatlicher Hochwasserhilfen, da der in Folge eines Hochwassers bzw. Überschwemmung oder Vermurung entstandene Schaden meist nur teilweise von Versicherungsleistungen abgedeckt ist. In der Regel erfolgt diese Hilfe über speziell eingerichtete Katastrophenfonds. In einzelnen Fällen kann eine Unterstützung aus dem Sozialbereich beantragt werden, zum Beispiel über den Familienhärteausgleich.	Regierungspräsidium
Finanzielle Hilfen bei Elementarschäden	Katastrophenschutz	Zur Milderung außergewöhnlicher Notlagen in Folge von nicht versicherbaren Schäden, die durch Elementarereignisse entstanden sind und die von den Betroffenen weder aus eigener Kraft noch durch Eigenvorsorge beseitigt werden können, gibt es Möglichkeiten für staatliche Finanzhilfen. Diese finanziellen Hilfen werden bei Schäden an Gebäuden und Hausrat bei Privateigentum, an landwirtschaftlichen und gärtnerischen sowie an gewerblichen Betrieben gewährt.	Regierungspräsidium
Energieeffizienz-Expertenliste	Erneuerbare Energien	Über Personen, die bestimmte Berufe ausüben bzw. über ganze Unternehmen, können Register geführt werden. In der Regel erfolgt die Eintragung automatisch, für bestimmte Berufe ist ein schriftlicher Antrag auf Eintragung in das jeweilige Register zu stellen. Bestimmte Änderungen sind melde- bzw. eintragungspflichtig, Löschungen sind teilweise ebenso meldepflichtig. Ein Registerauszug ist ein Auszug aus dem Register um Auskünfte zu unterschiedlichen Informationen über die registrierte Person oder das Unternehmen zu erhalten.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Sachverständige für bautechnischen Brand- und Explosionsschutz	Architektur	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Verwaltungsverfahren über eine einheitliche Stelle	Organisation	Einheitliche Ansprechpartner wurden zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie geschaffen und bieten Unternehmen einen Service aus einer Hand.	Regierungspräsidium
Bürgertelefon der Hessischen Landesregierung / Probleme mit Ämtern und Institutionen	Sonderleistungen	k.A.	Hessische Staatskanzlei
Sachverständige für Gashochdruckleitungen	Ingenieurwesen	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Verzeichnis der auswärtigen Beratenden Ingenieure	Ingenieurwesen	Über Personen, die bestimmte Berufe ausüben bzw. über ganze Unternehmen, können Register geführt werden. In der Regel erfolgt die Eintragung automatisch, für bestimmte Berufe ist ein schriftlicher Antrag auf Eintragung in das jeweilige Register zu stellen. Bestimmte Änderungen sind melde- bzw. eintragungspflichtig, Löschungen sind teilweise ebenso meldepflichtig. Ein Registerauszug ist ein Auszug aus dem Register um Auskünfte zu unterschiedlichen Informationen über die registrierte Person oder das Unternehmen zu erhalten.	Regierungspräsidium
Anzeige der Errichtung einer Gashochdruckleitung	Ingenieurwesen	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Anzeige der Aufnahme der Tätigkeit als Prüfsachverständiger für Brandschutz	Ingenieurwesen	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Anzeige der Aufnahme der Tätigkeit als Prüfsachverständiger für Standsicherheit	Ingenieurwesen	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Anzeige der Aufnahme der Tätigkeit als Prüfsachverständiger für Standsicherheit	Ingenieurwesen	Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige erstatten Gutachten und erbringen andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten. Die öffentliche Bestellung und Vereidigung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind. Die Rechte und Pflichten von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen können durch Rechtsverordnungen oder Sachverständigenordnungen geregelt sein.	Regierungspräsidium
Kindergeld für Landesbedienstete	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessische Bezügestelle
Hessentag	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessische Staatskanzlei
Berufsausübung als Beamtin oder Beamter im gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst (Zugführertätigkeit)	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessische Landesfeuerweherschule
Berufsausübung als hauptberuflicher Werkfeuerwehrangehöriger im höheren Werkfeuerwehrdienst (Leitungstätigkeit)	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessische Landesfeuerweherschule
OASIS - Spielersperrsystem	_nicht im LeiKa	k.A.	Regierungspräsidium
Investitionskosten nach § 82 SGB XI	_nicht im LeiKa	k.A.	Regierungspräsidium

Investive Förderung von Einrichtungen der Behindertenhilfe	_nicht im LeiKa	k.A.	Regierungspräsidium
Nichtinvestive Förderung von Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungsstrukturen und Versorgungskonzepte zur Entlastung pflegender Angehöriger	_nicht im LeiKa	k.A.	Regierungspräsidium
Nichtinvestive Förderungen von Behindertenverbänden	_nicht im LeiKa	k.A.	Regierungspräsidium
Schiedsstelle nach § 78g SGB VIII – Jugendhilfe	_nicht im LeiKa	k.A.	Regierungspräsidium
Nichtinvestive Maßnahmen für Einrichtungen der offenen Altenhilfe	_nicht im LeiKa	k.A.	Regierungspräsidium
Anerkennung von Bildungsnachweisen	_nicht im LeiKa	k.A.	Staatliches Schulamt
Aufnahme- und Beratungszentren (ABZ)	_nicht im LeiKa	k.A.	Staatliches Schulamt
MitSprache - Deutsch 4U (Landesprogramm zur Förderung niedrigschwelliger Deutschkurse für Flüchtlinge, Asylbewerber und Geduldete)	_nicht im LeiKa	k.A.	Regierungspräsidium
Stiftung Anerkennung und Hilfe	_nicht im LeiKa	k.A.	Regierungspräsidium
Staatliche Prüfung für Übersetzerinnen und Übersetzer, Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Lehrerinnen und Lehrer für Deutsche Gebärdensprache (DGS) in Hessen (ÜDPVO) Vom 16. Januar 2018	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessische Lehrkräfteakademie
Auskunft über personenbezogene Daten beim Verfassungsschutz	_nicht im LeiKa	In den Leistungsbereich Datenauskunft und Akteneinsicht fallen unter anderem die Gewährung von Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz sowie die Akteneinsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Weiterhin kann auf Antrag eine Auskunft zu gespeicherten personenbezogenen Daten nach Sicherheitsüberprüfungsgesetz sowie zu personenbezogene Daten beim Verfassungsschutz erfolgen.	Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
Sportstättenförderung	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Integration durch Sport - Förderprogramm Sport und Flüchtlinge	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Förderung Behindertensport und Inklusion im Sport	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Förderung Leistungssport	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Förderung Gesundheitssport	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Förderung Großveranstaltungen Sport	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Anzeige von Bohrungen	_nicht im LeiKa	Bohrungen müssen gemäß Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz) beim zuständigen Geologischen Dienst angemeldet werden. Der für Hessen zuständige Geologische Landesdienst im Sinne des § 1 des Lagerstättengesetzes ist das HLNUG. Nach Gesetzeslage besteht eine Anzeige- und Mitteilungspflicht (§ 3), eine Auskunftspflicht mit Zutritt der beauftragten Personen zu Bohrungen (§ 5), eine Berichts- bzw. Kartenvorlagepflicht (§ 6) eine Pflicht zur Aufbewahrung von Belegmaterial (Bohrproben). Die Anzeige erfolgte bislang mit einem Formblatt. Zukünftig wird die Anzeige digital ermöglicht über die web-Anwendung Bohranzeige-online des HLNUG.	Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Anerkennung von Prüfstellen für Durchflussmeseinrichtungen und Drosselorgane nach Abwassereigenkontrollverordnung	_nicht im LeiKa	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Anerkennung von Untersuchungsstellen nach Abwassereigenkontrollverordnung	_nicht im LeiKa	Prüf- oder Überwachungsstellen prüfen, überwachen, bestätigen und dokumentieren, dass jeweils vorgeschriebene Anforderungen erfüllt werden. Die Stellen arbeiten unparteiisch, weisungsfrei, gewissenhaft und weisen entsprechende Kompetenzen nach. Die Anerkennung als Prüf- oder Überwachungsstelle erfolgt auf Antrag und nach einer Prüfung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Prüf- oder Überwachungsstellen gibt es unter anderem für die Bereiche Abfall, Baurecht, Bodenschutz, Chemikalien, Eichrecht, Gewerbe, Immissionsschutz, Kraftfahrreignung, Marken, Naturschutz, Pflanzenschutz, Straßenverkehr, Telekommunikation, Tierschutz, Wasser, Weiterbildung und Wirtschaftsförderung.	Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Genehmigungen nach verschiedenen tierseuchenrechtlichen Verordnungen	_nicht im LeiKa	Genehmigungen und Zulassungen nach diversen Verordnungen (§§ 3 und 6 ZustVVLf)	Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Anmeldung zur Fachschule	Berufsbildung	Anmeldung zur Fachschule inkl. Einreichung der erforderlichen Unterlagen	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
Erstunterweisung für Milchsammelwagenfahrer	Landwirtschaft	Anmeldung für eine Schulung für die fachliche Freigabe und Aufsicht	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
Anmeldung zur Seminaren Nebenerwerbslandwirtin	Berufsbildung	Anmeldung zu Seminaren für Nebenerwerbslandwirtinnen und Nebenerwerbslandwirte	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
Anmeldung zur Abschlussprüfung	Berufsbildung	Anmeldung zur Abschlussprüfung nach § 45.2 BBiG inkl. Einreichung der erforderlichen Unterlagen	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
Antrag auf Zuerkennung der Ausbildereignung	Berufsbildung	Antrag auf Zuerkennung der Ausbildereignung inkl. Einreichung der erforderlichen Unterlagen	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
Antrag auf Ausstellung Schulbescheinigung	Berufsbildung	Antrag auf Ausstellung einer Schulbescheinigung	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
Begleitscheine für Bodenproben	Landwirtschaft	Begleitscheine für Bodenproben	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
Anmeldung zur Meisterprüfung	Berufsbildung	Anmeldung zur Meisterprüfung Einreichung der erforderlichen Unterlagen	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
Automatisierte Wertberechnung für Standardimmobilien	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Abfallerzeugernummer beantragen	_nicht im LeiKa	Korrekte und ordnungsgemäße Abfallentsorgung schützt die Umwelt. Insbesondere im gewerblichen Bereich gelten besondere Anforderungen an die Entsorgung von Abfällen. Die jeweils zuständigen Behörden geben Informationen zur Entsorgung, Vermeidung und Verwertung von Abfällen, zum abfallrechtlichen Nachweisverfahren, zur Anzeige von Abfallsammlungen, zur Verbringung von Abfällen und den entsprechenden Gebühren.	Regierungspräsidium

Anmeldung zur Wettbürosteuer	_nicht im LeiKa	Eine Vergnügungssteuer kann von Städten und Gemeinden in eigener Zuständigkeit auf der Grundlage einer entsprechenden Satzung erhoben werden. Die Festlegung der Steuersätze ist ausschließlich den Kommunen überlassen. Die Vergnügungssteuer ist als Aufwandssteuer anzusehen, besteuert wird der jeweilige finanzielle Aufwand für das Vergnügen. Steuerschuldner ist der jeweilige Veranstalter.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Antrag auf Erlaubnis gemäß § 15 BioStoffV	_nicht im LeiKa	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Regierungspräsidium
Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung nach § 22 LWG für die Errichtung, wesentliche Änderung oder Beseitigung einer Anlage in, an, über oder unter einem oberirdischen Gewässer	_nicht im LeiKa	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung nach § 78 Wasserhaushaltsgesetz für ein Vorhaben in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet	_nicht im LeiKa	Zur Sicherung der Planung, beispielsweise von Bebauungsplänen, können Veränderungssperren beschlossen werden. Auf Antrag können hiervon Ausnahmen genehmigt werden. Beispielsweise kann das Bundesverwaltungsamt auf der Grundlage des § 9 g Abs. 4 Atomgesetz auf Antrag Ausnahmen von bestehenden Veränderungssperren erlauben.	Regierungspräsidium
Antrag auf Freistellung im Anzeigeverfahren gemäß § 43f EnWG	_nicht im LeiKa	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Antrag auf Genehmigung von Rohrfernleitungsanlagen	_nicht im LeiKa	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Antrag auf Luftbildauswertung	_nicht im LeiKa	Kampfmittel sind Gegenstände bzw. Teile von diesen, die ehemals zur Kriegsführung bestimmt waren oder noch bestimmt sind. Hierzu zählen unter anderem Bomben, Minen oder Granaten aus den beiden Weltkriegen. Zur ordnungsmäßigen Prüfung bzw. Beseitigung dieser Gegenstände muss ihr Auffinden unverzüglich an das zuständige Ordnungsamt bzw. die Polizei gemeldet werden. Diese ordnen dann die fachkundige Räumung der Kampfmittel durch Experten an.	Regierungspräsidium
Antrag auf Zulässigkeitsklärung bei Kündigung (bei besonderem gesetzlichen Kündigungsschutz)	_nicht im LeiKa	Unter bestimmten Voraussetzungen - unter anderem geregelt durch Mutterschutzgesetz, Elternzeitgesetz, Pflegegesetz oder für Menschen mit Behinderung - gilt ein besonderer Kündigungsschutz oder ein Kündigungsverbot. Kündigungen dieser Beschäftigten durch den Arbeitgeber sind nur mit einer Genehmigung der zuständigen Stelle möglich. Zuständig ist das Gewerbeaufsichtsamt.	Regierungspräsidium
Antrag gemäß § 57 Abs. 2 LWG NRW für den Bau, Betrieb und/oder die wesentliche Änderung einer Kläranlage	_nicht im LeiKa	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium

Antrag gemäß § 57 Abs. 2 LWG NRW für den Bau, Betrieb und/oder die wesentliche Änderung einer Mischwasserbehandlungsanlage (RÜB, SK, RBF)	_nicht im LeiKa	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Antrag zur Erlaubnis der abfallwirtschaftlichen Tätigkeit nach § 54 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)	_nicht im LeiKa	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Anzeige der abfallwirtschaftlichen Tätigkeit nach § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)	_nicht im LeiKa	In Deutschland herrscht Gewerbefreiheit, d.h. für die Ausübung der meisten Gewerbe ist keine besondere Erlaubnis erforderlich. Nur in bestimmten Branchen ist abweichend davon eine spezielle Erlaubnis notwendig. Selbstständige müssen ihr Gewerbe bei der zuständigen Gemeinde anzeigen. Diese informiert darüber, welche Gewerbe angezeigt werden müssen und wie hoch die Kosten sind.	Regierungspräsidium
Anzeige der vorgesehenen Bestellung/Entpflichtung einer/eines internen Geldwäschebeauftragten nach § 7 des Geldwäschegesetzes (GwG)	_nicht im LeiKa	Bestimmte Mitarbeiter übernehmen besondere Aufgaben, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte, Schutzbeauftragte, Informationsbeauftragte und Betriebsbeauftragte. Diese Tätigkeiten sowie auch deren Veränderungen oder das Erlöschen können unter Umständen bei der jeweils zuständigen Stelle anzeigepflichtig sein.	Regierungspräsidium
Anzeige nach § 7 StörfallVO für Biogasanlagen	_nicht im LeiKa	Der Betrieb von Anlagen mit Gefährdungspotenzial oder besonderer Bedeutung für Umwelt und Menschen muss regelmäßig überprüft werden und Nachweise von Sicherheitsmaßnahmen durch Sachverständige dokumentiert werden. Die Einhaltung von Standards nach dem Produktsicherheitsgesetz gewährleistet die Sicherheit von Mensch und Natur. Ein hohes Maß an Sicherheit erreichen Unternehmen, wenn Prozesse oder Abläufe reibungslos funktionieren. Das gilt für Anlagen, geschultes Fachpersonal und Produktionserzeugnisse.	Regierungspräsidium
Anzeige über eine beabsichtigte Betriebseinstellung einer genehmigungsbedürftigen Anlage gemäß § 15 Abs. 3 BImSchG	_nicht im LeiKa	Der Betrieb von Anlagen mit Gefährdungspotenzial oder besonderer Bedeutung für Umwelt und Menschen muss regelmäßig überprüft werden und Nachweise von Sicherheitsmaßnahmen durch Sachverständige dokumentiert werden. Die Einhaltung von Standards nach dem Produktsicherheitsgesetz gewährleistet die Sicherheit von Mensch und Natur. Ein hohes Maß an Sicherheit erreichen Unternehmen, wenn Prozesse oder Abläufe reibungslos funktionieren. Das gilt für Anlagen, geschultes Fachpersonal und Produktionserzeugnisse.	Regierungspräsidium
Anzeige über genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 67 Abs. 2 BImSchG	_nicht im LeiKa	Anlagen wirken durch Lärm, Erschütterungen oder andere Emissionen auf die Umwelt ein. Bestimmte Anlagen sind daher als gefährlich eingestuft. Soll eine solche Anlage in Betrieb genommen oder sollen daran Änderungen vorgenommen werden, sind eine Genehmigung beziehungsweise eine Zulassung erforderlich.	Regierungspräsidium
Arbeitsunfallmeldung	_nicht im LeiKa	Wenn ein Arbeitsunfall oder ein Wegeunfall (z.B. Unfall auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Kalendertagen oder den Tod eines Versicherten zur Folge hat, ist eine Anzeige zu erstatten. Anzeigepflichtig ist der Unternehmer oder sein Bevollmächtigter. Bevollmächtigte sind Personen, die vom Unternehmer zur Erstattung der Anzeige beauftragt sind.	Regierungspräsidium
Ausfuhrgenehmigung für Kulturgut	_nicht im LeiKa	Alle Waren, die aus einem Nicht-EU-Staat eingeführt bzw. in einem solchen Staat ausgeführt werden, müssen durch den Zoll abgefertigt werden. Besonders sensible Waren bedürfen zusätzlich einer Genehmigung oder Zertifizierung, um ihre Ein- bzw. Ausfuhr zu ermöglichen. Dazu gehören unter anderem Arzneimittel, eingetragene Archivgute und geschützte Pflanzen- und Tierarten. Ebenso genehmigungspflichtig sind die Einfuhr von Wirbeltieren aus Drittländern zu Versuchszwecken oder von Schadorganismen im Rahmen von pflanzenschutztechnischen Forschungsprojekten.	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Auskunft nach § 31 Abs. 1 BImSchG	_nicht im LeiKa	Der Betrieb von Anlagen mit Gefährdungspotenzial oder besonderer Bedeutung für Umwelt und Menschen muss regelmäßig überprüft werden und Nachweise von Sicherheitsmaßnahmen durch Sachverständige dokumentiert werden. Die Einhaltung von Standards nach dem Produktsicherheitsgesetz gewährleistet die Sicherheit von Mensch und Natur. Ein hohes Maß an Sicherheit erreichen Unternehmen, wenn Prozesse oder Abläufe reibungslos funktionieren. Das gilt für Anlagen, geschultes Fachpersonal und Produktionserzeugnisse.	Regierungspräsidium
Ausnahmegenehmigung für Rundfunk- und Fernsehaufnahmen	_nicht im LeiKa	Tätigkeiten mit bestimmten Merkmalen bzw. mögliche Auswirkungen für die Öffentlichkeit oder betroffene Arbeitnehmer bedürfen einer Tätigkeitsanzeige bzw. -erlaubnis. Dazu gehören beispielsweise Tätigkeiten mit Krankheitserregern, biologischen Arbeitsstoffen sowie Asbeststaub oder Staub von asbesthaltigen Materialien. Eine Anzeige ist weiterhin notwendig für den gewerblichen Umgang mit Medizinprodukten, der gewerbsmäßigen Schädlingsbekämpfung, des gewerblichen Umgangs mit Tiernebenprodukten, Sprengung mit explosionsgefährlichen Stoffen und vielen anderen Tätigkeiten.	Hessen Mobil - Straßen- und Verkehrsmanagement
Ausnahmegenehmigungen nach § 4 Abs. 5 Landes-Immissionsschutzgesetz RLP	_nicht im LeiKa	Für Gaststätten und öffentliche Vergnügungsstätten ist eine allgemeine Sperrzeit festgesetzt. In dieser Zeit müssen die Gaststätten ihren Betrieb einstellen. Sie können eine Sperrzeitverkürzung für Ihren Betrieb formlos bei der Gemeinde, in deren Bezirk die Betriebsstätte liegt, beantragen.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Bauartzulassung nach StrlSchV	_nicht im LeiKa	Die Produkt- und Stoffzulassung gewährleistet den Schutz der Bürger durch Kontrolle von chemischen, biologischen, technischen und anderen Gefahrenquellen im Rahmen ihrer amtlichen Zulassung. Zulassungspflichtige Stoffe sind unter anderem Chemikalien (giftige Stoffe, Biozid), Pflanzenschutzmittel, oder Fahrzeuge und Telekommunikationsanlagen. Amtliche Zulassungsverfahren sind weiterhin in den folgenden Bereichen vorgesehen: Gewerbe (Spielgeräte, Medizinprodukte), Sicherheit und Ordnung (Explosivstoffe, Sprengzubehör), Tierhaltung und Tierschutz (Futtermittel, Tierimpfstoffe) und andere.	Regierungspräsidium
Entfernungsbescheinigung beantragen	_nicht im LeiKa	Bei einem Arbeitsplatzwechsel, einem Umzug oder der Beantragung von Sozialleistungen wird gelegentlich ein Nachweis über die kürzeste üblicherweise befahrene Strecke zwischen zwei Orten gefordert, beispielsweise von der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Rentenversicherung, dem Finanzamt. Eine Entfernungsbescheinigung weist dazu die Entfernung bei Nutzung eines Personenkraftwagens auf öffentlich nutzbaren Straßen nach.	Finanzamt
Feststellungserklärung	_nicht im LeiKa	Das Einkommen von natürlichen Personen ist Gegenstand der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer wird von bestimmten Einkünften grundsätzlich durch Steuerabzug erhoben, zum Beispiel die Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer. Die Abgabe der schriftlichen und unterschriebenen Einkommensteuererklärung nach amtlichem Vordruck erfolgt beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt.	Finanzamt

Grundstücksmarktbericht	_nicht im LeiKa	Die Kaufpreissammlung enthält die Ergebnisse der Auswertung von Grundstückskauf- und Grundstückstauschverträgen sowie von anderen Vorgängen der Eigentumsübertragung. Sie wird von den Gutachterausschüssen für Immobilienwerte für ihren Zuständigkeitsbereich geführt und ist die Grundlage für die Grundstückswertermittlung. Personen, die ein berechtigtes Interesse darlegen, können anonymisierte (nicht grundstücksbezogene) Auskünfte aus der Kaufpreissammlung erhalten. Grundstücksbezogene Auskünfte aus der Kaufpreissammlung werden an Behörden, sonstige öffentliche Stellen sowie öffentlich bestellte und vereidigte oder zertifizierte Sachverständige für Immobilienbewertung erteilt, wenn sie die Auskunft zur Wertermittlung benötigen. Auskünfte aus der Kaufpreissammlung können kostenpflichtig bei den örtlichen Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Immobilienwerte beantragt werden.	Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation
Meldung nach § 12.01 Rheinschiffahrtspolizeiverordnung	_nicht im LeiKa	Eine Bewilligung ist nach Schifffahrtsanlagenrecht für neu errichtete, wesentlich geänderte oder nach Ablauf der Bewilligung wiederverwendete Schifffahrtsanlagen erforderlich. Auf Wasserstraßen dürfen nur frei fahrende Fähren errichtet werden, keine Hochseilfähren. Umschlaganlagen für bestimmte gefährliche Güter dürfen außerhalb von Häfen weder neu errichtet, noch wesentlich geändert oder wiederverwendet werden.	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Politische Bildungsarbeit in Hessen	_nicht im LeiKa	k.A.	Hessische Landeszentrale für politische Bildung